



Plenarprotokoll

52. Sitzung

Freitag, 15. Februar 2019

Modellprojekt zur kontrollierten Freigabe von Cannabis umsetzen ...	3922	Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3931
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1241		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	3932
Modellprojekt zur kontrollierten Freigabe von Cannabis	3922	Dr. Kai Dolgner [SPD].....	3932
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1272		Dr. Heiner Garg, Minister für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Fa- milie und Senioren.....	3935
		Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1241 2. Annahme des Alterna- tivantrags Drucksache 19/1272.....	3937
Flemming Meyer [SSW].....	3923	Gemeinsame Beratung	
Andrea Tschacher [CDU].....	3924	a) Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung	3937
Bernd Heinemann [SPD].....	3925	Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Grünen und FDP Drucksache 19/1155	
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3926		
Dennys Bornhöft [FDP].....	3928		
Claus Schaffer [AfD].....	3929		
Lars Harms [SSW].....	3930		

b) FridaysForFuture sind gelebte politische Bildung	3937	Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	3968
Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW		Thomas Hölck [SPD].....	3971
Drucksache 19/1234 (neu)		Beschluss: Überweisung des Antrags an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Bildungsausschuss.....	3971
FridaysForFuture sind gelebte politische Beteiligung	3938		
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP			
Drucksache 19/1260			
Schulpflicht ohne Wenn und Aber einhalten!	3938		
Alternativantrag der Fraktion der AfD			
Drucksache 19/1274			
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3938, 3952		
Martin Habersaat [SPD].....	3940, 3958		
Tobias Loose [CDU].....	3942		
Anita Klahn [FDP].....	3945		
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	3947, 3958		
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	3951		
Sandra Redmann [SPD].....	3953		
Kerstin Metzner [SPD].....	3954		
Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur	3955		
Beschluss: 1. Annahme des Antrags			
Drucksache 19/1155			
2. Ablehnung des Alternativantrags			
Drucksache 19/1274			
3. Annahme des Alternativantrags			
Drucksache 19/1260.....	3960		
Mindestvergütung für Auszubildende einführen	3960		
Antrag der Fraktion der SPD			
Drucksache 19/1239			
Tobias von Pein [SPD].....	3960		
Peer Knöfler [CDU].....	3961		
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3962		
Kay Richert [FDP].....	3963		
Volker Schnurrbusch [AfD].....	3965		
Flemming Meyer [SSW].....	3966		
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	3967		
		Gemeinsame Beratung	
		a) Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung nicht alleinlassen	3971
		Antrag der Fraktion der SPD	
		Drucksache 19/1236	
		Bundesweiter Daten- und Informationsaustausch von Kinder- und Jugendheimen stärken	3971
		Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP	
		Drucksache 19/1257	
		b) Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche	
		Tätigkeitsbericht 2016/17	3971
		Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein als Ombudsperson in der Kinder- und Jugendhilfe	
		Drucksache 19/1068	
		Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	3972
		Tobias von Pein [SPD].....	3973
		Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3974
		Dennys Bornhöft [FDP].....	3975
		Claus Schaffer [AfD].....	3977
		Flemming Meyer [SSW].....	3978
		Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	3979
		Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	3980
		Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	3981

Beschluss: 1. Annahme des Änderungsantrags Drucksache 19/1257 Absatz 2		Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags	3983
2. Annahme des Antrags Drucksache 19/1236 in mündlich geänderter Fassung (Übernahme des Änderungsantrags Drucksache 19/1257 Absatz 1) einschließlich des angenommenen Änderungsantrags Drucksache 19/1257 Absatz 2		Drucksache 19/1248	
3. Überweisung des Berichts Drucksache 19/1068 an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....	3982	Beschluss: Annahme.....	3983
Geldleistung gemäß § 10 in Verbindung mit § 6 Fraktionsgesetz an die fraktionslose Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein	3982	Reden zu Protokoll	
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 19/1216		Entwicklung einer Netzwerkstrategie Weltkultur- und Weltnaturerbe Schleswig-Holstein	3984
Thomas Rother [SPD], Berichterstatter.....	3982	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1103	
Beschluss: Annahme.....	3982	Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 19/1187	
Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Wahlkreis Ausschusses	3982	Anette Röttger [CDU].....	3984
Wahlvorschlag der Fraktion der AfD Drucksache 19/1231		Martin Habersaat [SPD].....	3984
Beschluss: Annahme.....	3982	Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3985
Entwicklung einer Netzwerkstrategie Weltkultur- und Weltnaturerbe Schleswig-Holstein	3982	Anita Klahn [FDP].....	3986
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1103		Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	3986
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 19/1187		Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur	3987
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Berichterstatterin..	3983		
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/1103.....	3983		

* * * *

Regierungsbank:

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Ich eröffne die heutige Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich zum einen der Frau Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack ganz herzlich zum Geburtstag gratulieren,

(Beifall)

zum anderen auch unserem Staatssekretär Dr. Matthias Badenhop.

(Beifall)

Ihnen beiden alles Gute zum Geburtstag!

Nach Mitteilung der Regierung sind wegen auswärtiger Verpflichtungen heute beurlaubt Ministerpräsident Daniel Günther, Minister Philipp Albrecht und Minister Dr. Bernd Buchholz. Der Abgeordnete Dr. Tietze hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtags mitgeteilt, dass er an der Teilnahme der heutigen Sitzung des Landtags verhindert ist.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir ganz herzlich auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schüler und Schülerinnen der Jes-Kruse-Skolen Eckernförde und des Gymnasiums Altenholz. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

Modellprojekt zur kontrollierten Freigabe von Cannabis umsetzen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1241

Modellprojekt zur kontrollierten Freigabe von Cannabis

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1272

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort für den SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

(Zurufe)

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Uns ist bewusst, dass die Freigabe von Cannabis ein sehr kontroverses Thema ist. Dementsprechend sind auch die Reaktionen auf diesen Vorstoß sehr unterschiedlich. Den einen geht ein begrenztes Projekt zur kontrollierten Freigabe nicht weit genug; andere fürchten den Untergang des Abendlandes und werfen mir vor, den Weg für den grenzenlosen Drogenkonsum zu ebnen.

Deshalb muss ich mir auch so etwas anhören wie „Drogen-Meyer“, „Fixer-Meyer“, und, und, und.

(Heiterkeit - Lars Harms [SSW]: Fix ist er ja!)

Deshalb möchte ich hier eins klarstellen: Der SSW möchte mit dem vorliegenden Antrag weder den Absatz von Cannabis ankurbeln noch Menschen zum Kiffen verleiten. Vielmehr geht es uns schlicht und einfach um den Schutz derjenigen, die Cannabis konsumieren.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht uns um eine wirksamere Prävention und Aufklärung über die hiermit verbundenen Risiken. Cannabis ist nicht harmlos. Im Gegensatz zum Alkohol, der in Deutschland jedes Jahr Zehntausende Todesopfer fordert, gibt es durch den Cannabiskonsum zwar keinen einzigen Todesfall; aber gerade für junge Menschen birgt der Cannabiskonsum erhebliche Risiken für die kognitive Entwicklung und die psychische Gesundheit. Hinzu kommt, dass Cannabis leichter zu bekommen ist als ein Arzttermin. Das gilt auch für die besonders gefährdeten jungen Konsumentinnen und Konsumenten.

Millionen von Menschen konsumieren in Deutschland regelmäßig Cannabis. Dabei sind oft nicht nur die Umstände beim Kauf, sondern auch die Qualität der Produkte zweifelhaft. Marihuana wird zum Beispiel mit Haarspray, Glas oder sogar Blei verunreinigt, um höhere Gewinne zu erzielen. Selbst bei ungestreckter Ware weiß die Käuferin oder der Käufer nie, wie hoch der Wirkstoffgehalt tatsächlich ist.

Das alles sind Faktoren, die die gesundheitlichen Risiken ungemein erhöhen. Im kriminellen Drogenmilieu sind dann nicht selten auch stärkere und höhere Drogen verfügbar.

Wer unter diesen Umständen meint, man könne so weitermachen wie bisher, verweigert sich der Realität.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Zumindest in Bezug auf Cannabis muss doch jeder einsehen, dass die bisherige Drogenpolitik - mit Kriminalisierung und Strafverfolgung - längst gescheitert ist.

(Beifall SSW)

Die Strafandrohung hat weder die Verfügbarkeit noch die Verbreitung der Droge eingeschränkt, im Gegenteil. Umfragen und Studien zufolge konsumieren immer mehr Menschen Cannabis. Außerdem sind darunter offenbar immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene. Leider nehmen damit auch der problematische Konsum und der Therapiebedarf zu.

Es gibt genug Argumente, die für einen neuen Weg in der Drogenpolitik sprechen. Zumindest der kleine Schritt, den Konsum von Cannabis zu entkriminalisieren, ist schon lange überfällig. Länder wie Portugal, die sogar in Bezug auf alle Drogen einen sehr liberalen Kurs fahren, machen es vor. In Portugal ist der Drogenkonsum klar zurückgegangen, vor allem unter jungen Menschen. Auch die hiermit verbundenen Sucht- und Kriminalitätsprobleme haben deutlich abgenommen.

Aber keine Sorge, liebe CDU: So weit wollen wir mit unserem Antrag ja gar nicht gehen. Das Beispiel zeigt vielmehr ganz deutlich, dass es weit bessere Ansätze gibt als pauschale Verbote und Strafverfolgung.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und FDP)

Man muss die Kirche im Dorf lassen. Wir fordern nichts Revolutionäres, sondern etwas, was sogar vom Koalitionsvertrag zwischen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gedeckt ist. Leider wurde der darin vereinbarte Modellversuch aber nur angekündigt. Passiert ist weiter nichts. Dabei kann das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte bei öffentlichem Interesse oder zu wissenschaftlichen Zwecken eine solche Freigabe von Cannabis durchaus erlauben.

Wenn Sie mich fragen: Beide Voraussetzungen dafür sind sogar erfüllt. Nur weil ähnliche Projekte in der Vergangenheit nicht genehmigt wurden, heißt das nicht, dass man so etwas nun gar nicht erst versuchen sollte. Nach unserer Auffassung muss die Landesregierung endlich loslegen und ausloten, wie wir, das Land, am besten zu einer Genehmigung kommen.

(Flemming Meyer)

(Christopher Vogt [FDP]: Auch nicht schlecht!)

Ein halbherziger Versuch gilt nicht.

Natürlich brauchen wir auch flankierende Präventionsangebote, ebenso wie glasklare Jugendschutzregelungen. Aber unter diesen Bedingungen kann uns ein Modellprojekt zur kontrollierten Freigabe von Cannabis wertvolle Erkenntnisse liefern.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Flemming Meyer [SSW]:

Für eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation noch in dieser Wahlperiode muss man dann endlich mal loslegen - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Andrea Tschacher.

Andrea Tschacher [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! „Gebt das Hanf frei!“, sang Stefan Raab.

(Beifall FDP)

„Marihuana ist nicht gut“, sang wiederum Helge Schneider. - Diese beiden Lieder, meine Damen und Herren, bilden das Meinungsspektrum nicht nur in unserer Jamaika-Koalition ganz gut ab. Für die Ermöglichung von Modellprojekten zur Erforschung der kontrollierten Abgabe von Cannabis,

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Herr Vogt, ist eine Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit Betäubungsmitteln eine grundlegende Voraussetzung.

In der Sitzung des Bundesrates im Jahr 2017 wurde eine entsprechende Entschließung hierzu nicht gefasst. Die Möglichkeit der Durchführung entsprechender Modellprojekte besteht insofern nicht.

Was sagt uns das? Auch im Bundesrat scheint es Raab- und Schneider-Fans zu geben. Für beide Versionen gibt es Argumente. Heute befassen wir uns erneut mit den Fragen: Wie wollen und können wir die Drogen- und Suchtpolitik in Schleswig-Holstein weiterentwickeln? Welche Möglichkeiten bestehen in Schleswig-Holstein, um ein Modellprojekt zur

kontrollierten Freigabe von Cannabis an Volljährige umzusetzen?

Ich persönlich - daraus mache ich keinen Hehl - sehe eine Legalisierung von Cannabis sehr skeptisch.

(Beifall CDU)

Es ist auch kein Geheimnis, dass wir uns als CDU, ob im Bund oder im Land, gegen eine Aufweichung im Wahlprogramm ausgesprochen haben. Warum haben wir das? Ich nenne vier wesentliche Punkte:

Die Cannabis-Sucht wird legalisiert. Cannabis ist kein harmloser Konsumartikel, sondern eine Einstiegsdroge.

(Beifall CDU)

Cannabis zum Freizeitkonsum ebnet den Weg zu sogenannten harten Drogen. Je früher der Erstkonsum, desto höher die Wahrscheinlichkeit der Suchtentstehung.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Die Legalisierung von Cannabis würde, so wie es auch bei Tabak und Alkohol der Fall ist, Herr Harms, den Konsum bei Jugendlichen erleichtern. Wir wissen, dass sich der THC-Gehalt in den letzten Jahren vervielfacht hat. Wir sind uns, so denke ich, einig darin, dass Cannabis weitreichende Folgen auf die Entwicklung eines Menschen hat. Ich empfehle hierzu, sich einmal mit den Suchtberatungsstellen und den psychiatrischen Krankenhäusern auszutauschen, wo Fachpersonal tagtäglich mit diesen Schäden und Folgen konfrontiert ist.

Ich habe in meiner beruflichen Tätigkeit im Jobcenter immer wieder die Erfahrung mit Menschen gemacht, die mit Psychosen infolge von Drogenkonsum eben nicht mehr in der Lage waren, einer geregelten Arbeit nachzugehen.

Das, meine Damen und Herren, sind sicherlich Extrembeispiele; aber es sind eben auch Wahrheiten, die genannt werden müssen. Ich sage auch ganz klar und deutlich: Kiffen und anschließend Autofahren sind tabu.

(Beifall CDU und Dennys Bornhöft [FDP])

Die erheblichen Bedenken, die hinsichtlich einer Freigabe seitens der CDU-Landtagsfraktion bestehen, habe ich hinreichend dargelegt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir prüfen gemeinsam, welche Möglichkeiten bestehen, ein Modellprojekt zur kontrollierten Freigabe von Cannabis an Volljährige in Schleswig-Holstein umzusetzen. So haben wir es

(**Andrea Tschacher**)

im Koalitionsvertrag vereinbart, und daran halten wir uns.

(Beifall CDU, FDP und Dr. Marret Bohn
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unser Fokus als CDU ist und bleibt aber die Nulltoleranz zum Gebrauch von Drogen an Schulen, Kindertagesstätten sowie Spiel- und Sportstätten.

(Beifall CDU - Unruhe)

Wir als CDU vertreten den Standpunkt - Herr Harms, hören Sie gut zu -, einen besonderen Schwerpunkt bei Prävention, Aufklärung und Beratung sowie Therapiebehandlung von Suchtkrankheiten zu setzen, vor allem bei jungen Menschen.

(Anhaltende Unruhe - Glocke Präsidentin)

- Danke, Frau Präsidentin.

Daher plädieren wir für eine Weiterentwicklung der bestehenden Präventions- und Beratungsprogramme. Dies beinhaltet die frühzeitige Aufklärung über die Gefahren im Umgang mit Drogen, so auch mit der sogenannten weichen Droge Cannabis.

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Helge Schneider und Stefan Raab sind manchmal eben auch hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag allgegenwärtig. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall CDU und vereinzelt
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Es ist augenscheinlich, dass gerade heute Morgen alle Mitglieder des Parlaments besonders fröhlich sind. Ich wünsche mir aber trotzdem, dass den Rednern wieder ein bisschen mehr Aufmerksamkeit gezollt wird.

Bevor wir mit der Rednerliste fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir Schülerinnen und Schüler des Förderzentrums und der Gemeinschaftsschule Schönberg auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Seit über 20 Jahren bemühen wir uns, die Auswirkungen der Illegalität von Cannabis in den Griff zu bekommen. Nicht nur die Gesundheitsexperten der Sozialdemo-

kraten fordern seit vielen Jahren eine Neuausrichtung der Cannabis-Politik. Die Kriminalisierung hat jedenfalls keinerlei präventive Wirkung entfalten können, bis heute nicht.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Konsum steigt weiter und ist über den illegalen und aggressiven Dealermarkt oft der Einstieg in sehr gefährliche und lebensbedrohende Suchtmittel von Kokain bis Crystal Meth.

Im Vordergrund der Diskussion stehen immer wieder Modellprojekte, die die regulierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene möglich machen. Der SSW hat den Ball aufgenommen, und auch der Koalitionsvertrag sieht eine Prüfung eines geeigneten Modellprojektes mit wissenschaftlicher Begleitung vor.

(Unruhe)

Der SSW hat dies also auf den Weg gebracht.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Heinemann, warten Sie bitte einen Moment! - Ich weiß nicht, ob ich das heute noch öfter sagen muss. Aber wenn Sie Gespräche führen, dann legen Sie diese bitte außerhalb des Plenarsaals. Es ist unglaublich laut hier. Ich glaube auch, der Abgeordnete Heinemann hat das Recht, jetzt gehört zu werden.

Bernd Heinemann [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Vereinzelter Beifall)

Das ist auch ein wichtiges Thema.

Seit 1996, als Sozialministerin Heide Moser in Schleswig-Holstein erstmals versuchte, die Cannabiskonsumenten aus dem Teufelskreis der kriminalisierten Konsumenten herauszuführen, hat sich manches geändert. Der Konsum hat zugenommen. Knapp 15.000 Patientinnen und Patienten nehmen in Deutschland Cannabis aus der Apotheke als Medikament zu sich - 15.000! -, und es werden immer mehr.

Eine verantwortungsvolle Drogenpolitik muss sich in erster Linie daran messen lassen, ob sie tatsächlich einen wirksamen Gesundheits-, Verbraucher- und Jugendschutz ermöglichen will. Aber die bisherige Cannabisverbotspolitik ist ganz offensichtlich gescheitert. Cannabiskonsum gehört heute wie Alkoholkonsum zur Lebensrealität in unserer Gesellschaft. Der Konsum von Cannabis lässt sich prak-

(Bernd Heinemann)

tisch genauso wenig verhindern wie der Konsum von Alkohol. Im Gegensatz zum Alkohol ist es bei Cannabis aufgrund der Verbotspolitik derzeit, abgesehen von medizinischer Verordnung, nicht möglich, Qualität, Wirkstoffgehalt oder auch andere Merkmale zu kontrollieren.

(Flemming Meyer [SSW]: Wie beim Glücksspiel!)

- Kollege Meyer hat das eben deutlich gemacht.

Eine bundeseinheitliche Entkriminalisierung des Cannabiskonsums würden Polizei und Justiz erheblich entlasten. Sie laufen nämlich den kriminellen Cannabiskonsumern hinterher, und die Gesellschaft sagt: Die armen Menschen! Lasst sie doch laufen! Und das tun Polizei und Justiz dann auch und sind dann doppelt gefrustet. Für nichts und wieder nichts sind sie auf der Straße und kümmern sich um die armen Cannabiskonsumern.

Es ist für die Polizei eine Zumutung, Cannabiskonsumern zu verfolgen - denen die Gesellschaft ja eigentlich eher helfen will. Staatsanwaltschaften und Gerichte haben bei ihnen kein gesellschaftsschädigendes Verhalten erkennen können; sie tun das, was sie tun müssen - und müssen sie dann wieder nach Hause schicken. Das ist alles Quatsch. Die Entlastung an dieser Stelle würde Ressourcen für wirksame Prävention, für Aufklärung und für einen konzentrierten Kampf gegen den illegalen Drogenhandel frei machen.

Dass eine liberalere Drogenpolitik erfolgreich sein kann - Kollege Meyer hat es ebenfalls gesagt -, können wir in Portugal erkennen. Denn dort ist vor 17 Jahren die Wende vollzogen worden; der Konsum wurde entkriminalisiert. Der Konsum von Cannabis ist seitdem besonders bei jungen Menschen massiv zurückgegangen. Frau Tschacher, in Portugal und Holland ist Cannabis eben keine Einstiegsdroge mehr, weil man sich auf den Weg gemacht hat. Das ist das richtige Ergebnis.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber, meine Damen und Herren, Entkriminalisierung allein ist nicht zielführend. So ist es auch in Portugal. Aufklärung und Prävention sind wichtige Bestandteile - da haben Sie recht; da gebe ich Ihnen vollkommen recht - einer erfolgreichen Drogenpolitik. Hier müssen wir noch stärker ansetzen, auch, um die Jugendlichen zu schützen.

Der Widerstand gegen die Legalisierung von Cannabis im Modellversuch bröckelt in diesen Tagen massiv. Am deutlichsten ist dies im Moment im Ge-

sundheitsausschuss des Deutschen Bundestags zu erkennen. Der Vorsitzende und CDU-Politiker Erwin Rüdell hat erklärt, dass er sich Cannabis-Modellprojekte vorstellen könne. Er schlägt vor - ich zitiere -, „in einem kontrollierten Versuch Cannabis in Apotheken an registrierte Nutzer über 18 Jahren abzugeben“.

(Zuruf Werner Kalinka [CDU] - Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

Das ist die Idee der CDU, jedenfalls im Deutschen Bundestag, im dortigen Gesundheitsausschuss. Damit ist der Vorschlag, den Heide Moser 1996 gemacht hat, jetzt auch bei der CDU im Bundestag angekommen. Meine Damen und Herren, darüber freuen wir uns. Die Widerstände in seiner Fraktion hält der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Übrigen für überwindbar. - Wir auch, meine Damen und Herren, wir auch!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Lars Harms [SSW])

Folgen Sie Ihrem prominenten Gesundheitspolitiker, und beteiligen Sie sich im Sozial- und Gesundheitsausschuss unseres Parlaments hier an diesem Vorschlag. Ihr Koalitionsvertrag steht Ihnen ja nicht im Weg; Sie können also handeln.

Wir beantragen übrigens die Überweisung in den Sozialausschuss. Wenn Sie über Ihren Antrag heute abstimmen lassen möchten, dann werden wir dem natürlich zustimmen; wir bitten aber, unseren Antrag an den Ausschuss zu überweisen, weil er ja weitergehend ist. Desgleichen bitten wir Sie, unseren Antrag - ich nenne ihn einmal so; er ist ja ein Antrag des SSW, aber ich fühle mich diesem Antrag sehr verbunden - zu überweisen. - Danke schön.

(Vereinzelt Heiterkeit, Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kaum ein anderes Thema auf der politischen Agenda der Bundesrepublik ist so langwierig, zäh und leider bisher auch erfolglos behandelt worden wie die Freigabe eines Modellprojekts zur kontrollierten Abgabe von Cannabis. Schon 1997 - mein Vorredner hat es gerade erwähnt - scheiterte die grüne Landesregierung mit einem An-

(Burkhard Peters)

trag beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Die grüne Landesregierung?)

- Nein, die rot-grüne Landesregierung.

(Zurufe: Aha! - Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Viele andere Städte in der ganzen Bundesrepublik bissen sich in der Folgezeit mit Anträgen an diesem Bundesamt die Zähne aus. Dabei ist in der Fachwelt, meine Damen und Herren - vereinzelt sogar bis in die CDU hinein; das wurde schon gesagt -, immer klarer geworden: Jegliche Prohibition gegen Genussmittel nützt nichts. Sie korrumpierte die Gesellschaft nachhaltig und musste zuletzt aufgegeben werden. Von der Prohibition von Kaffee im 18. Jahrhundert - das war in manchen deutschen Staaten verboten -

(Lars Harms [SSW]: Ein gefährlicher Stoff!)

bis zur Prohibition von Alkohol in den USA im 20. Jahrhundert waren solche Maßnahmen allesamt wirkungslos. Nur negative Folgen sind eindeutig belegt: Der Aufstieg der Mafia in den USA ist unmittelbar mit der Alkoholprohibition verbunden gewesen.

Meine Damen und Herren, diese Erkenntnis ist weder neu noch sensationell. 123 Strafrechtsprofessorinnen und -professoren haben sich schon 2013 mit einer Resolution an den Bundestag gewandt und dringend die Legalisierung des Cannabisbesitzes gefordert - 123 Professorinnen und Professoren; das sind mehr als zwei Drittel aller Strafrechtsprofessoren an deutschen Universitäten.

Auch die Polizeigewerkschaften fordern, dass dieser Unsinn endlich beendet wird, zuletzt der Bund Deutscher Kriminalbeamter.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Warum ist Prohibition Unsinn? Ich nenne sieben gute Gründe.

Erstens: Cannabiskonsum ist ohne Frage gefährlich, vor allem für Kinder und Jugendliche. Dies gilt jedoch für Tabak und Alkohol mindestens gleichermaßen. Cannabisbesitz wird mit dem scharfen Schwert des Strafrechts verfolgt, bei Alkohol und Tabak gilt dies jedoch nicht. - Liebe Kollegin Tschacher, die eigentlichen Einstiegsdrogen sind Tabak und Alkohol.

Zweitens: Mit dem Verbot gibt der Staat die Kontrolle über den Jugendschutz und die Reinheit der Droge auf. Der gigantische Drogenhandel wird in den Schwarzmarkt verdrängt, und dort gibt es eben keinen Jugendschutz und auch keine Kontrolle über die Reinheit.

Drittens: Der Zweck, nämlich die Abschreckung, wird systematisch verfehlt. Alle seriösen Studien zeigen, dass es eine Kausalität zwischen Strafan drohung und Konsum eben nicht gibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viertens: Prohibition schadet vor allem den Konsumentinnen und Konsumenten. Sie verhindert eine adäquate medizinische und psychotherapeutische Versorgung derjenigen Betroffenen, die wirklich ein Problem haben. Das Verbot kriminalisiert und stigmatisiert eine Straftat ohne Opfer.

Fünftens: Das Verbot erzeugt Beschaffungs- und Begleitkriminalität. Es fördert organisierte Kriminalität und korrumpiert den Rechtsstaat. Ein von Millionen Menschen gezeigtes Verhalten wird zwar unter Strafe gestellt, letztlich aber mangels Ressourcen überhaupt nicht effektiv verfolgt.

Sechstens: Prohibition produziert unsinnige Kosten. Die Mehrheit der Verfahren wird eingestellt, jährlich weit mehr als 100.000 in Deutschland. Das verschlingt bei Polizei und Staatsanwaltschaft Personal- und Sachmittel, die sich auf Kosten in Milliardenhöhe summieren. Der Staat gibt neunmal so viel für Sanktionsbemühungen in diesem Bereich aus als für Prävention. Das ist doch der Wahnsinn, wenn man sich das genau überlegt!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Bernd Heinemann [SPD])

Siebtens: Alle „Feldversuche“ mit der Freigabe des Cannabiskonsums in den Niederlanden, der Schweiz, Spanien, Portugal und Tschechien belegen: Der Konsum weitet sich nicht aus.

Deswegen war es gut, dass wir den Modellversuch vereinbart haben. Aber wieder stellt die bisher zwingende Genehmigung nach § 3 Absatz 2 BtMG durch das eingangs erwähnte Bundesinstitut eine nicht zu nehmende Hürde dar. Der Antrag im Bundesrat, eine Länderöffnungsklausel durchzusetzen, den wir als Land unterstützt haben, schmort seit 2017 im Bundesrat, im dortigen Ausschuss, ohne dass ein Plenumsbeschluss gefasst wurde. Das ist unglaublich, meine Damen und Herren; es ist einfach zum Mäusemelken!

(Burkhard Peters)

Ich hätte nicht übel Lust, darauf hinzuwirken, dass unser Land dennoch einen erneuten Antrag stellt, um endlich die Möglichkeit zu haben, gerichtlich gegen den Ablehnungsbescheid vorzugehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dann würden wir einmal weiterkommen. Dieser Stillstand ist unerträglich. Deshalb bitte ich darum, dass wir das im Innen- und Rechtsausschuss noch einmal genauer ventilieren. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es hat gute Gründe, dass das Thema Cannabis und seine Legalisierung in den Koalitionsverhandlungen von Jamaika bis zuletzt strittig gewesen ist. Schließlich treffen am Ende unterschiedliche Geisteshaltungen und Menschenbilder der Parteien aufeinander.

Ich will mich einmal zum Thema Cannabis outen. Auch wenn ich anders aussehe, habe ich noch nie in meinem Leben gekiffert.

(Zurufe: Was? - Heiterkeit)

- Ich habe noch nie in meinem Leben gekiffert, und ich werde es auch nicht tun, selbst wenn es legal wäre; denn ich persönlich finde kiffen schlecht.

(Tobias Loose [CDU]: Dann wissen Sie ja gar nicht, wovon Sie reden! - Heiterkeit)

- Genau, Herr Loose. Sie ebenfalls nicht.

Nun bin ich ja Mitglied der FDP. Nur, weil ich etwas persönlich schlecht finde, muss ich es anderen Volljährigen nicht automatisch verbieten.

(Beifall FDP und SSW)

Wir Freie Demokraten haben großes Vertrauen in den volljährigen, verständigen Bürger. Ich persönlich habe noch nie jemanden kennengelernt - ich weiß nicht, vielleicht Sie, Tobias Loose -, der sagt, er kiffe regelmäßig oder trinke extrem viel Wodka, weil er dann 120 Jahre alt oder noch älter werde. Die Menschen wissen, dass dies etwas ist, was ihre Gesundheit potenziell schädigt. Nach Meinung der FDP gibt es eine einzige Person, die einem Volljährigen vorschreiben kann, was er mit seinem Körper

tut. Das ist nicht Merkel, das ist nicht Spahn, das ist nicht Nahles - zugegeben, es ist auch nicht Lindner -, sondern das ist die volljährige Person selbst.

(Beifall FDP)

Das grenzt die FDP von anderen Parteien, insbesondere auch von der CDU, Herr Loose, ab.

Aber der freie Wille und die Selbstbestimmung enden dort, wo die Suchterkrankung beginnt. Deswegen ist die Haltung zur Legalisierung von Cannabis nicht nur mit der Frage verbunden, welche Entscheidungen man den Menschen überlässt, sondern auch eine Frage der Gesundheitspolitik. Auch aus gesundheitspolitischer Sicht spreche ich für eine kontrollierte Freigabe.

Die Bundesdrogenbeauftragte Mortler, CSU, sagt: Cannabis ist illegal, weil es verboten ist. - Das ist eine tolle, prägnante Logik. Ich übersetze es einmal kurz für alle. Das bedeutet, durch die präventive Wirkung der Strafandrohung wird die Verbreitung von Cannabis eingeschränkt. - Das ist Realitätsverweigerung.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW])

Das Verbot, das den Konsum und die Gesundheitsrisiken in Deutschland verhindern soll, ist gescheitert; denn Realität ist: Wer in Deutschland kiffen will, der kiffert leider in Deutschland. Nach der Statistik gibt das auch leider schon jeder siebte Minderjährige in Deutschland zu. Und wo holt man sich im Zweifelsfall Cannabis? Beim Dealer. Der Dealer fragt nicht nach dem Alter, er fragt nicht nach Allergien, er kann keine Angabe über den THC-Gehalt machen, er sagt auch nicht, dass es mit Blei, Rattengift oder Quarzsand gestreckt ist. Im Zweifelsfall fragt er aber, ob man noch etwas Härteres will. So ebnet die Illegalität Cannabis den Weg als vermeintliche Einstiegsdroge.

Wir sind der Meinung, dass eine kontrollierte Abgabe und ein Modellprojekt dafür sorgen können, dass einerseits die Minderjährigen davon abgehalten werden, diese Drogen zu konsumieren, und andererseits die Erwachsenen, die sie konsumieren wollen, zumindest wissen, was sie an Schadstoffen zu sich nehmen. Das wäre eine wirksame, uns in diesem Land voranbringende Suchtpolitik.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Flemming Meyer [SSW])

Ich denke und hoffe, dass jeder in diesem Haus eine bessere Präventionsarbeit haben möchte. Dies ist aber schwer, wenn ich Gelegenheitskiffer kriminalisiere. An wen soll man sich denn wenden, wenn

(Dennys Bornhöft)

man Fragen hat? An meinen Arzt oder Apotheker? An meine Lehrkraft? An die Polizei? Das funktioniert doch so nicht! Deswegen brauchen wir dringend wissenschaftliche Erkenntnisse aus einem Modellprojekt, um die bestmögliche Lösung im Umgang mit Cannabis zu finden. Hierfür soll der geforderte Modellversuch Grundlagen schaffen. International kann man schon nach einigen Ländern hinüberschauen, so zum Beispiel in die USA und nach Kanada. Aber es ist - auch für gesamtgesellschaftliche Akzeptanz - wichtig, dass wir in Deutschland eigene Erhebungen durchführen.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW])

Ich möchte, wenn ich das darf, ein Zitat aus dieser Plenarwoche vortragen:

„Verlassen Sie Ihren ideologischen Weg! Man muss sich fragen: Wie ist die Welt um mich herum? Was findet eigentlich tagtäglich statt? Wie wollen wir diesen großen Markt kontrollieren? Schließlich ist dieser große Markt Realität.“

(Zurufe CDU)

- Der Zitatgeber fühlt sich schon angesprochen. Dieses Zitat zum Thema Online-Glücksspiel stammt vom CDU-Vordenker Hans-Jörn Arp.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Lieber Hans-Jörn Arp, das war ein Plädoyer für eine zukunftsgerichtete Sucht- und Präventionspolitik in diesem Land. Die brauchen wir auch bei diesem Thema.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir appellieren vor allem an die CDU und SPD auf Bundesebene: Geben Sie sich endlich einen Ruck. Holen Sie die Konsumenten aus der Kriminalität. Legen Sie den Dealern das Handwerk, und machen Sie den Weg für ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt in diesem Land frei. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die AfD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Claus Schaffer das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Bei diesem Thema

schlagen zwei Herzen in meiner Brust, zum einen das des Kriminalbeamten, der - für Sie möglicherweise überraschend - tatsächlich Sympathie für eine Idee aufbringt, die zu einer Entlastung kriminalpolizeilichen Handelns führen kann. Strafrechtliche Repression im Konsumfeld illegaler Drogen - Cannabisprodukte gehören zweifelsohne dazu - ist in der deutschen Rechtsprechung zwiespältig geregelt, und sie wird bundesweit sogar noch zwiespältiger umgesetzt. So ist der Konsum erlaubt, der Besitz hingegen ist strafbar. Meine Damen und Herren, das ist schon Polizeischülern kaum noch zu vermitteln. Die Strafverfolgung auf diesem Teilgebiet der Drogenkriminalität bindet Kräfte, ohne dass ein echter Effekt verzeichnet werden kann. Aber die Formel „Kein polizeilicher Erfolg - gleich Straffreiheit - gleich legal“ kann hier nicht der Weg sein.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Gerade aus dem linkspolitischen Spektrum erreichen uns immer wieder Vorstöße, zum Beispiel Schwarzfahren oder Ladendiebstahl aus dem Strafgesetzbuch herauszunehmen. Meine Damen und Herren, diese Tür sollten wir gar nicht erst aufstoßen.

(Beifall AfD)

Andere wiederum treibt der Gedanke, mit der staatlich kontrollierten Abgabe von Drogen Steuereinnahmen zu generieren. Auch das klingt zunächst verlockend. Man würde sich an Tabak- und Alkoholsteuer orientieren, und der Dealer um die Ecke bekäme es nicht mehr mit der Polizei, sondern mit dem Zoll zu tun. Die Konsumenten würden dann vom Staat zur Kasse gebeten. Wenigstens zielt der SSW-Antrag darauf ab, eingenommene Steuern in Aufklärung, Suchtprävention und in die Behandlung von Suchterkrankungen zu stecken.

Einmal abgesehen davon, dass es schon merkwürdig anmutet, dass staatliche Drogen krankmachen würden und wiederum staatliche Gelder in die Bekämpfung dieser Erkrankungen fließen sollten, sehe ich schon verfassungsrechtliche Konflikte im Hinblick auf die Abgabenbelastung und Krankenversicherungsleistung aufkommen.

Für die AfD-Fraktion kann ich an dieser Stelle auflösen: Wir lehnen die Cannabisfreigabe strikt ab.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Ich will Ihnen auch erklären, warum. Cannabisprodukte sind Drogen. Der Konsum ohne medizinische Indikation, ohne ärztliche Aufsicht ist gesundheitsschädlich. Ein langjähriger Cannabiskonsum kann zu psychischer Abhängigkeit, irreversiblen Persön-

(Claus Schaffer)

lichkeitsveränderungen sowie körperlichen Schädigungen führen. Insbesondere im jungen Alter kann dies zu irreparablen Veränderungen im Gehirn führen. Eingeschränkte kognitive Fähigkeiten, auch Antriebs- und Lustlosigkeit sowie depressive Erscheinungsformen sind hier zu verzeichnen.

Meine Damen und Herren, der „bocklose Kiffer“, der sich das Hirn weggeraucht hat, ist doch Realität. Das wissen doch alle, die noch ein wenig Erinnerung an die eigene Jugendphase haben.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aha!)

Der Konsum von Alkohol und Tabak bereitet uns schon jetzt genug Sorgen. Immer mehr junge Menschen greifen immer früher zur Flasche oder zur Zigarette. Shisha-Bars schießen wie Pilze aus dem Boden und verleihen dem Tabakkonsum den Anschein des Neuen, des Modernen, des Weltoffenen und sind doch nichts anderes als weitere Anreize zum Tabakkonsum, noch dazu unter teils unhygienischen oder über den Konsum hinaus gesundheitsschädlichen Umgebungsbedingungen.

Laut Bundesinstitut für Arzneimittel- und Medizinprodukte verstößt die Freigabe gegen den Schutzzweck des Betäubungsmittelgesetzes. Die kontrollierte Abgabe dieses Rauschmittels ist - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis - „weder medizinisch noch ethisch vertretbar“.

Lassen Sie uns aber gern über die therapeutischen Möglichkeiten von Cannabisprodukten sprechen. Denn hier tun sich zahlreiche neue Felder auf, die auch unter Medizinern einen immer größeren Akzeptanzraum einnehmen. Die erweiterte Leistungsanerkennung durch Krankenkassen kann und muss hier ein Thema sein, um therapeutisch wirksames Cannabis einer größeren Anzahl von Patienten mit einer größeren Anzahl an Krankheitsbildern zugänglich zu machen.

Gefahren dürfen nicht schöngeredet werden, Straftaten dürfen nicht bagatellisiert werden, und der Drogenmissbrauch ist schon gar nicht zu fördern. Prävention und Suchthilfe sind ebenso wie die konsequente Strafverfolgung unsere Mittel der Wahl. Diese sind nach unserer Auffassung zu intensivieren. Denn auch darin stimmen wir sogar zu: Ein Weiter-wie-bisher kann es an dieser Stelle nicht geben. Das Modellprojekt Cannabisfreigabe lehnen wir jedoch ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird deutlich, dass es durchaus unterschiedliche Auffassungen in der Koalition gibt. Trotzdem: Wenn ich im Vorwege der Debatte lese, dass der Kollege Koch sagt: „Eigentlich haben wir den Koalitionsvertrag so gefasst, weil wir genau wussten, dass wir dies sowieso verhindern können, weil wir wissen, dass das alles irgendwie nicht geht“, dann frage ich mich schon: Was steht noch alles im Koalitionsvertrag, das nicht geht? - Die A 20 geht nicht, Windmühlenabstände gehen nicht, Kiffen geht nicht, es geht irgendwie gar nichts.

(Beifall SPD)

Ich finde, wir sollten uns auf die Dinge konzentrieren, die gehen, und ich glaube, das, was wir heute vorschlagen, geht. Deswegen finde ich es auch schade, dass die Koalition wieder mit einem Antrag kommt, der besagt: Wir wollen das mal prüfen. - Was Herr Koch und die CDU-Fraktion vom Prüfen halten, das wissen wir nun. Es wurde vorhin schon verkündet, dass schon alles geprüft sei und dass das alles nicht gehe. Jetzt wollen Sie noch einmal prüfen, was nach Ihrer Auffassung nicht geht. Das finde ich schon etwas merkwürdig.

Ich glaube, da sind wir als SSW etwas stringenter. Mal ehrlich, schauen wir uns das mal an: Die Polizei hat einen Mörderaufwand, in diesem Bereich tätig zu sein. Geringfügige Mengen werden eh freigestellt, obwohl sich die Leute kriminell verhalten. Das kennen wir übrigens aus einem anderen Zusammenhang, denken wir nur einmal an die Schwangerschaftsberatung. Da gibt es das gleiche System. Das ist völlig irrsinnig, das ist völlig unsinnig. Wir müssen entkriminalisieren, und wir müssen vor allen Dingen den Sumpf der Beschaffungskriminalität und die Verbindung mit den harten Drogen eindämmen, und das geht nur, indem wir die Möglichkeit schaffen, dass man Cannabis legal konsumieren kann. Anders geht das nicht.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, ganz wichtig an unserem Ansinnen ist dies, und deswegen sagen wir auch, es soll einen Modellversuch geben: Wir wollen natürlich auch gucken, wie wir den Gesundheitsschutz besser hinkriegen. Das geht nicht nur dadurch, dass man nachträglich versucht, den Leu-

(Lars Harms)

ten, die darunter leiden, eine medizinische Hilfeleistung zu geben. Klar will man das machen, aber es geht auch darum, Inhaltsstoffe, die schädlich sind, zu begrenzen. Das Cannabis von vor 30 Jahren ist ein anderes als das, was wir heute haben, und auch hier müssen wir als Staat im Sinne des Gesundheitsschutzes der Konsumenten eingreifen, von denen es in diesem Land wirklich genug gibt.

(Zuruf Andrea Tschacher [CDU])

Ein weiterer Punkt, der auch ganz wichtig ist: Wir wollen, dass dieser Modellversuch kontrolliert ist. Das soll nicht irgendetwas ins Blaue hinein sein, er soll wissenschaftlich fundiert sein. Wir müssen in Deutschland selbst auch Erkenntnisse dahin gehend gewinnen, wie man es hier machen könnte. Andere haben das auch gemacht, andere haben das umgesetzt. Ganz wichtig ist das, worauf der Kollege Peters gerade eben hingewiesen hat: § 3 des Betäubungsmittelgesetzes lässt dies durchaus zu. Ich finde, wenn er dies zulässt, dann kann man auch dem Koalitionsvertrag folgen und das anpacken und nicht nur rumschnacken.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Gäste! Herr Harms, ja, mich hat die Äußerung des CDU-Fraktionsvorsitzenden in der „taz“ auch verwundert. Verwundert hat mich nicht nur, dass er sich in der „taz“ zitieren lässt, sondern auch die Art seiner Aussagen hierzu mit der Prämisse: Na ja, das kommt eh nicht durch. - Ich glaube, das ist ein Politikstil, der diskussionswürdig ist, aber darauf will ich nicht weiter eingehen.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Ein Anlass für mich, hier noch einmal zu sprechen, war die Äußerung des Kollegen Schaffer von der AfD. Immer wieder mit dem Stigmata zu arbeiten, ist genau das Problem der Diskussion. Sie haben hier wieder vom „bocklosen Kiffer“ gesprochen. Das ist nicht die Realität, dieser Typ ist ein ganz kleiner Teil, der Ihnen vielleicht in den Kram passt und deswegen in Erinnerung bleibt, aber viele Menschen, die illegal und illegalisiert konsumieren, haben ihr Leben wunderbar im Griff. Sie wissen ganz genau, wann sie zur Arbeit gehen müssen, sie ha-

ben verantwortungsvolle Berufe und sind in dieser Verantwortung auch hochkompetent. Wenn Sie immer wieder vom bocklosen Kiffer sprechen, dann ist das nicht die Diskussion, die wir führen, sondern wir führen eine Diskussion über Menschen, die ein ganz anderes Bild verdient haben.

Wir haben mittlerweile auch Verbände, die sich im Bereich der Cannabisaufklärung engagieren. Ich nenne Mien Hämp in Kiel, aber auch den Hanfverband, der ganz klar macht: Es geht nicht darum, dass die Leute sich die Birne dichtkiffen, wie Sie das gerade gesagt haben, sondern es geht um einen verantwortungsbewussten und verantwortungsvollen Konsum unter Erwachsenen.

Niemand stellt diese Frage strittig, aber das Problem ist: Wenn ich mich an meine Jugend erinnere, dann war es für mich leichter, mit 14 Jahren an Gras zu kommen als an Wodka, und das ist ein Problem. Das liegt daran, dass der eine Markt illegal ist und der andere legal. Die Altersprüfungen, die wir an der Supermarktkasse finden, finden beim Dealer schlichtweg nicht statt. Wir schicken die Leute da in Problemsituationen, aus denen sie später womöglich nur schwer herauskommen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Sie sprechen von den Patientinnen und Patienten. Ja, Cannabis spielt auch im medizinischen Bereich eine immer wichtigere Rolle, und es ist gut, dass hier einiges erreicht wurde. Aber wir haben genau wegen dieser Stigmata das Problem, dass sich viele Ärztinnen und Ärzte weigern, die entsprechenden Medikamente zu verschreiben, und zwar selbst die Medikamente, die überhaupt keinen Rauschzustand bewirken und nur einen medizinischen Effekt haben. Ich habe Leute kennengelernt, die Multiple Sklerose haben. Sie sagen: Leute, ich habe Medikamente in meinem Körper, damit könnte ich halb Kiel etwas antun, aber Cannabis ohne Rauschwirkung - ich arbeite in der Verwaltung - wird mir verboten. Die Ärzte verschreiben mir das einfach nicht. Das liegt genau an der Debatte, wie sie teilweise geführt wird, weil wir hier immer wieder eine Stigmatisierung haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt FDP)

Die Diskussion um Steuern und so weiter ist schön und gut, sie bleibt auch wichtig, und das bleiben gute Argumente, aber es geht in erster Linie wirklich um den Jugendschutz, der durch einen kontrollierten, legalen Markt, der die Leute an die Hand nimmt und die nötigen Mittel für Prävention und

(Lasse Petersdotter)

Beratung bereitstellt, geprägt ist. Genau das ist der Weg, den wir brauchen.

Das Cannabiskontrollgesetz im Bund macht hier Vorschläge. Wir müssen sehen, ob es endlich Modellprojekte geben kann. Es gibt gute Vorschläge auch aus anderen Bundesländern. Die Behauptung, dass es kein wissenschaftliches Interesse am Görlitzer Park gebe, wo ein entsprechendes Modellprojekt angeregt wurde, muss die CDU im Bund erklären. Ich ärgere mich weiter darüber und hoffe, dass die Bewertung des Sozialministeriums in Bezug auf die Frage, welche Aufsichtsmöglichkeiten so ein Vorhaben in Schleswig-Holstein haben könnte, hier ein anderes Licht hineinbringt. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Oppositionsführer Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist 23 Jahre her, dass ich als Staatssekretär von Heide Moser verfolgt habe, welche Reaktionen es ausgelöst hat, als sie den Vorschlag gemacht hatte, einen Modellversuch zu machen und ihn wissenschaftlich überprüfen zu lassen, um herauszufinden, was dabei passiert. Das hat große Empörung und heftige Debatten hier im Landtag ausgelöst. Manches Argument habe ich heute wieder gehört.

Das Problem ist: Wenn man die Realität betrachtet, dann muss sich Politik auch immer an dem messen lassen, was man eigentlich bewirken will. Dabei ist der Vergleich zu anderen Dingen gar nicht passend. Wir wollen mitnichten, dass für Suchtmittel geworben wird, übrigens weder für legale noch für illegale. Das will kein Mensch, das sollten wir nicht wollen, aber wir wollen versuchen, zu verhindern, dass Jugendliche in Situationen kommen müssen, die wir ihnen ersparen sollten.

Wenn man bedenkt, wie lange es gebraucht hat, bis das als Heilmittel verschrieben werden konnte, dann ist das, ehrlich gesagt, kein Ruhmesblatt für diese Gesellschaft, dass wir für so etwas so lange brauchen, weil nämlich Menschen Hilfe vorenthalten wird. Es ist jetzt zwar zulässig, aber der Kollege Petersdotter hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Art der Diskussion drum herum und das Stigmatisieren immer noch dazu führen, dass dies schwieriger ist, als es eigentlich sein sollte.

Dann gibt es die Erfahrungen aus anderen Demokratien, die sich damit auseinandergesetzt haben, und die kann man sich doch einmal ansehen. Insofern finde ich die Empörung und die Dinge, die da teilweise unterstellt werden, vollständig daneben. Gerade dann, wenn man den gefährlichen Drogen, den harten, illegalen Drogen nicht auch noch Zugänge verschaffen möchte, muss man hier schon Unterschiede machen.

Ich will noch einmal etwas sagen, was übrigens auch in dem Antrag steht: Natürlich geht es darum, Jugendliche in ihrem Selbstwertgefühl zu stärken, sodass sie nicht zu einem Suchtverhalten greifen, wobei ich hinzufüge: Mancher Erwachsene ist kein gutes Beispiel in der Frage, Jugendlichen das zu vermitteln, nämlich dass es bessere Wege gibt als Suchtverhalten, um das zu erreichen, was man selbst für wichtig erachtet. Das lasse ich einmal beiseite, aber das ist in jedem Fall ein wichtiger Teil.

Ein Modellversuch ist ja eine sehr bescheidene Form, um zu testen, was dabei herauskommt. Es ist aber auch die einzig mögliche Form, um zu sehen, was in der Praxis passiert. Das ist ein Weg, der in die richtige Richtung führt.

Wenn zum Schluss die Koalitionsfraktionen einen Prüfauftrag beschließen wollen, um zu prüfen, ob sie das tun, was im Koalitionsvertrag steht, dann muss ich altmodisch als jemand, der schon Koalitionsverträge geschlossen hat, sagen: Ich prüfe das eigentlich, bevor ich den unterschreibe, und nicht erst ein Jahr später, nachdem er in Kraft ist.

(Beifall SPD und SSW)

Insofern finde ich, dass Sie dem wirklich zustimmen sollten. Das ist ein moderater Weg in die richtige Richtung. Sie sollten sich nicht weiter vertagen, denn auf die Dauer ist es nicht sehr spannend, ständig zu hören, wie toll das ist, dass man eine unterschiedliche Meinung haben darf. Irgendwann verlangt die Bevölkerung auch, dass von einer Regierung etwas entschieden wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte noch einmal auf den strafrechtlichen Aspekt eingehen. Ich finde die Debatten über das Thema, wie man sich durch den Konsum verschiedener

(Dr. Kai Dolgner)

Substanzen schädigt oder nicht schädigt, immer sehr spannend. Sehr spannend ist übrigens auch, dass hier oft Aussagen wiederholt werden, die schon seit 25 Jahren wissenschaftlich widerlegt sind. Es gibt durchaus ganze Staaten, in denen der Cannabiskonsum legal ist. Es gibt jahrzehntelange Untersuchungen an ehemaligen schwedischen Rekruten, die über 40 Jahre liefen, auch zum Thema Sozialprognose und so weiter.

Ich kann das alles und die Sorgen anerkennen und durchaus auch anerkennen, dass jemand, der bekifft ist, vielleicht nur glaubt, bessere Ideen zu haben - wenn man mit ihm redet, können einem da Zweifel kommen -: Aber das Strafrecht ist nach meiner Auffassung nicht dazu da, so etwas zu regeln. Wo ist der Unrechtscharakter von Selbstschädigung? Das ist doch die Frage, selbst wenn es eine Selbstschädigung ist, was es bei übermäßigem Konsum durchaus sein kann.

(Tobias Koch [CDU]: Dann geben Sie harte Drogen auch frei?)

- Herr Kollege Koch, fangen Sie erst einmal an, Ihren eigenen Koalitionsvertrag an der Stelle ernst zu nehmen. Dann können wir über andere Dinge reden.

(Vereinzelter Beifall SPD - Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Sie können mir gern eine Frage stellen. Dass wir beide unterschiedliche Wahrnehmungen zum Thema Logik haben, haben wir gestern durchaus erkannt. Sie haben zu einem Antrag argumentiert, den die SPD in dem Punkt gar nicht gestellt hat.

(Zuruf)

- Es war so. Sie haben noch drei Minuten weitergemacht, trotz meines entsprechenden Hinweises.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Kollege Koch, da ist ein Mikro, stellen Sie mir eine Zwischenfrage.

(Zurufe Christopher Vogt [FDP] und Claus Schaffer [AfD])

Selbstschädigung ist nicht sozial schädlich, sonst müssten Sie, Herr Kollege Koch, auf die Idee kommen, zum Beispiel meinen überhöhten Marzipankonsum zu verbieten, der durchaus zu Zivilisationskrankheiten führt. Wissen Sie, wie viele Menschen in Deutschland durch Diabetes II, einen erworbenen Diabetes, sterben? Das können Sie einmal mit der Zahl vergleichen, wie viele Menschen an Cannabis sterben. Ja, rein gesundheitstechnisch ist das Prob-

lematischste an einem Joint der Tabak. Damit nehmen Sie nämlich gesundheitsschädigende Substanzen auf. Aber ich habe Ihnen doch eben zugestimmt.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Als geborener Lübecker werde ich das auch nicht tun. Ich bin ja auch nicht dafür, den Marzipankonsum strafrechtlich zu verfolgen, damit man Ihre Logik nachvollziehen kann.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf: Gott sei Dank!)

Ich bin dafür, Selbstschädigung durch Konsum strafrechtlich nicht zu verfolgen, weil es komplett absurd ist, seine persönlichen Moralvorstellungen durch das Strafrecht durchsetzen zu wollen, wenn Sie das nicht durch Überzeugung der Menschen schaffen. Dafür ist das Strafrecht nicht da, auch wenn es immer wieder einmal gern dafür missbraucht worden ist.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Beifall Birgit Herdejürgen [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Rathje-Hoffmann?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ja, natürlich.

(Zuruf)

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]: Nein, um Marzipan geht es nicht. Das ist viel wichtiger.

Herr Dr. Dolgner, wissen Sie, dass im psychiatrischen Landeskrankenhaus in Rickling die Anzahl der Plätze für die Cannabitherapie verdoppelt worden sind? Und haben Sie sich einmal mit einem Arzt aus diesem Krankenhaus über die Folgen von Cannabissucht unterhalten? Haben Sie das?

(Zurufe Sandra Redmann [SPD] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Rathje-Hoffmann, Sie wissen, dass Cannabis zurzeit illegal ist. Hat diese Illegalität, die wir jetzt seit über 50 Jahren haben, irgendetwas an den Zuständen, die Sie gerade richtig beschreiben, geändert? Ich habe gerade eben konstatiert, dass ich der Letzte bin, der ernsthaft behauptet, dass es keine schädlichen Wirkungen bei der Verstärkung von Prädispositionen bei psychiatrischen Erkrankungen

(Dr. Kai Dolgner)

gibt. Das ist übrigens unbestritten. Es gibt Risikogruppen, die auf gar keinen Fall Cannabis konsumieren sollten, zum Beispiel, wenn man Schizophrenie in der Familie hat. Das ist überhaupt gar keine Frage. Aber auch darüber wird Sie Ihr Dealer nicht aufklären, schlicht und ergreifend.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt FDP)

Ihre Logik würde ich glauben, wenn Sie ein konsequentes Alkoholverbot fordern würden. Wissen Sie, wie viele Menschen wegen der Spätfolgen von Alkoholkonsum in Krankenhäusern liegen? Wissen Sie, dass sieben von acht Lungenkrebsfällen auf Tabakkonsum zurückzuführen sind? Wann kommt die Strafvorschrift zum Thema Tabakkonsum, frage ich mich an der Stelle. Ich habe meinen Redebeitrag damit gestartet, die Schädlichkeit nicht zu bestreiten. Ich sage nur: Das Strafrecht ist das falsche Instrument, um das in den Griff zu bekommen. Darum geht es im Endeffekt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Deshalb wird es durch Wiederholungen auch nicht besser.

Herr Kollege Koch, zu Ihrem Zwischenruf: Bei der Entkriminalisierung des Konsums geht es nicht darum, etwas total freizugeben und wie Smarties in der Welt zu verteilen. Darum geht es übrigens auch in Ihrem Koalitionsvertrag nicht.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Petersdotter?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ja.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege Dolgner. - Ich kann Ihrer Argumentation total folgen und teile die auch. Wie kommen Sie dann aber als SPD zu der Konsequenz, dass Sie sich für eine Entkriminalisierung und nicht für eine Legalisierung in Schleswig-Holstein einsetzen?

- Das kann ich Ihnen sagen. Wir setzen uns in einem ersten Schritt für eine Entkriminalisierung ein wegen der ganzen Argumentation, die ich gerade gebracht habe, die ich jetzt im Plenum - ein Großteil hat hoffentlich ein gutes Gedächtnis - nicht noch einmal wiederholen werde.

Zum Thema Inverkehrbringen, Handel, Legalisierung: Diazepine stehen zum Beispiel auch nicht im Betäubungsmittelgesetz. Es geht erst einmal um das Thema Verkehrsfähigkeit und wie man Verkehrsfähigkeit regelt. Für mich zählen tatsächlich die Argumente zum Thema Jugendschutz und zu unterschiedlichen Wirkungen in unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Und ja, ich habe ja auch gerade auf Frau Rathje Hoffmann geantwortet: Mir ist das schon bewusst, dass Cannabiskonsum bei gewissen Prädispositionen Krankheitsbildung begünstigen kann. Deshalb - das muss ich ganz ehrlich sagen - gehöre ich auch nicht zu der kompletten „Legalizeit“-Fraktion, die mehr oder weniger sagt: „Gebt das Dope möglichst überall frei“, sondern ich finde den Weg eigentlich sehr vernünftig, erst einmal eine Entkriminalisierung vorzunehmen, denn über die Entkriminalisierung können Sie als Wissenschaftler überhaupt erst die vernünftigen Feldversuche durchführen und sich tatsächlich über die restlichen Fragen unterhalten. Ein großes, auch wissenschaftliches Problem ist ja, dass wir - außer den schwedischen Studien - wenige lange Zeitreihen haben, um diese wichtigen Fragen zu klären und dann nach der Klärung der Frage zu überlegen, ob es überhaupt verkehrsfähig ist, in welcher Art und Form sinnvollerweise abgegeben wird. Man muss ja die schlechten Wirkungen des freien Handels von Alkohol nicht dadurch noch verstärken, dass man eine zwar weniger gefährliche Droge, aber eine, die die Gesundheit auch nicht immer fördert, freigibt - außer in gewissen Bereichen, bevor Sie jetzt mit dem Thema kommen, dass es durchaus bei gewissen Krankheitsbildern auch eine hilfreiche Wirkung haben kann.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Bornhöft?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ja.

Dennys Bornhöft [FDP]: Vielen Dank. - Sehr geehrter Kollege Dolgner, ich habe eine Nachfolgefrage zu Herrn Petersdotters Frage. Wenn Sie sagen, Sie möchten erst einmal entkriminalisieren, bevor Sie legalisieren, auch gerade im Wege Ihrer Argumentationskette: Sehen Sie nicht selbst die Schwäche oder die Befürchtung, dass eine Entkriminalisierung ohne eine legale Distribution dazu führt, dass es gerade Minderjährigen noch

(Dr. Kai Dolgner)

leichter als jetzt schon zugänglich wird und wir dann eine Verstärkung haben? Bedarf ein Modellprojekt oder eine Freigabe nicht auch zwingend der Kontrolle des Staates, damit man weiß, was man - in Anführungszeichen - zu sich nimmt und dass auch alle wissen: unter 18 - absolutes No-Go! Das würde ich gern von Ihnen kurz hören.

- Ich dachte, dass hätte ich dem Kollegen Lasse Petersdotter gerade gesagt. Der Begriff Legalisierung ist ein sehr weiter Begriff.

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Deshalb habe ich gesagt: Es geht erst einmal um das Thema grundsätzliche Verkehrsfähigkeit. Dann muss man sich über die Bedingungen der Abgabe unterhalten. Nichts anderes habe ich gesagt. Dazu gehört natürlich auch der Jugendschutz. Es gibt auch im Legalisierungsbereich die ganzen verschiedenen Positionen. Die kann ich Ihnen jetzt nicht im Rahmen der Antwort auf eine Zwischenfrage während eines Dreiminutenbeitrags beibringen. Aber lesen Sie noch einmal nach, was ich Herrn Petersdotter geantwortet habe: Die notwendigen Schritte, um überhaupt etwas machen zu können, sind eine Entkriminalisierung und eine bundesrechtliche Änderung, damit die Modellversuche tatsächlich vernünftig stattfinden können.

Selbst wenn ich etwas persönlich nicht glaube oder sage, der Effekt ist nicht so groß, wie ein anderer ihn einschätzt, besteht die Pflicht zur Sorgfältigkeit. In diesem Fall brauche ich keine Evaluation, durch die ich irgendwelche Zahlen abfrage. Zur Sorgfältigkeit gehört, dass ich mir anschauere, was in anderen Ländern schon passiert. In Kalifornien gilt das erst seit zwei Jahren, da haben wir noch nicht so viele Studienergebnisse. Da müssen wir Dinge - am besten deutschlandweit - selbst nachholen, damit wir genau die wichtigen Fragen zum Beispiel zum Thema Jugendschutz stellen können: Bis wann haben wir Entwicklungsverzögerungsfragen? Was ist mit psychiatrischen Erkrankungen?

Die Betten sind ja tatsächlich nicht aus Daffke eingerichtet worden. Genau deshalb sage ich, dass es vernünftig ist, an der Stelle schrittweise vorzugehen. Aber der erste Schritt ist doch wohl die Entkriminalisierung, oder sehen wir das unterschiedlich? Ich glaube, dass wir beide viel weniger Unterschiede haben als Sie mit Herrn Koch. Vielleicht diskutieren Sie das da weiter.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich stelle erstens fest, dass diese Koalition sich dazu verpflichtet hat, in der Drogenpolitik einen ganzheitlichen Ansatz zu wählen. Wir - und zwar alle drei Partner - haben im Koalitionsvertrag miteinander vereinbart, dass wir eine kohärente Drogen- und Suchtpolitik weiterentwickeln werden, die auf Prävention, Beratung, Therapie und Entkriminalisierung statt auf Repression setzt. Ich habe bisher noch niemanden vernommen, der sich von diesem Grundsatz der Drogenpolitik in Schleswig-Holstein verabschieden will.

Zweitens stelle ich für das Sozialministerium sehr deutlich fest, dass ein ebenfalls im Koalitionsvertrag vereinbarter Prüfauftrag nicht dadurch beendet wird, dass eine Bundesratsinitiative durch ein anderes Land gestellt wird - die übrigens die Zustimmung von Schleswig-Holstein fand. Nur weil diese Initiative keine Mehrheit fand, ist ein Prüfauftrag für uns jedenfalls nicht abgearbeitet und beendet.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir fiel jetzt vieles zu anderen Ländern ein; Reisen bildet ja. Möglicherweise wäre es spannend, wenn beispielsweise der Sozial- und Gesundheitsausschuss einmal nach Portugal führe.

(Birte Pauls [SPD]: Gute Idee! - Weitere Zurufe SPD)

Das zu empfehlen, will ich mir an dieser Stelle gar nicht anmaßen, ich käme aber gern mit, wenn Sie mich einladen.

Ich möchte an dieser Stelle, weil ich das in der Tat für den Kern der Debatte halte, etwas zur Exegese des Bundesbetäubungsmittelgesetzes sagen. Das Problem ist, lieber Flemming Meyer, lieber Lars Harms: So einfach, wie Sie es geschildert haben, ist es nicht. Eine Erlaubnis nach § 3 Absatz 2 des Bundesbetäubungsmittelgesetzes - darauf zielt Ihr Antrag im Kern ab, und darauf berufen Sie sich - kann nur „zu wissenschaftlichen oder anderen im öffentlichen Interesse liegenden Zwecken“ erteilt werden. Ob die Abgabe im Rahmen eines Modellprojekts einem wissenschaftlichen oder anderen im öffentli-

(Minister Dr. Heiner Garg)

chen Interesse liegenden Zweck dient, wird jeweils im Einzelfall geprüft.

Jetzt kommt es: Sie können § 3 Absatz 2 des Betäubungsmittelgesetzes nicht aus dem Kontext reißen, sondern müssen ihn zusammen mit § 5 Absatz 1 Nummer 6 sehen. Danach ist die Erlaubnis immer zu versagen, wenn

„die Art und der Zweck des beantragten Verkehrs nicht mit dem Zweck dieses Gesetzes, die notwendige medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, daneben aber den Missbrauch von Betäubungsmitteln oder die missbräuchliche Herstellung ausgenommener Zubereitungen sowie das Entstehen oder Erhalten einer Betäubungsmittelabhängigkeit soweit wie möglich auszuschließen, vereinbar ist“.

Das ist eigentlich der Kern des Problems.

Auch bei wissenschaftlicher Ausrichtung von Anträgen zu Modellprojekten zur kontrollierten Abgabe von Cannabis als Genussmittel handelt es sich nach Auffassung der Bundesregierung - jeder weiß, wer die Bundesregierung stellt - um interventionelle Studien mit Betäubungsmitteln, die außerhalb klinischer Prüfungen nach § 4 Absatz 23 des Arzneimittelgesetzes mit dem Schutzzweck des Betäubungsmittelgesetzes grundsätzlich nicht vereinbar sind.

Genau hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, drehen wir uns permanent im Kreis. Deswegen wäre eine Änderung des Bundesbetäubungsmittelgesetzes die willkommenste und beste Version, um endlich einen - aus meiner Sicht notwendigen - Modellversuch durchführen zu können.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, etwas zur Historie - denn die Versuche, nach § 3 Absatz 2 des Betäubungsmittelgesetzes Modellprojekte auf den Weg zu bringen, gab es -: Der Stadtbezirk Friedrichshain-Kreuzberg und die Stadt Münster haben jeweils einen Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Durchführung eines Modellprojekts zur kontrollierten Abgabe von Cannabis als Genussmittel beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte eingereicht. Beide Anträge wurden bestandskräftig abgelehnt.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war aber CDU-geführt!)

- Dafür kann ich nichts.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus hat die Forschungsinitiative Cannabiskonsum GmbH aus Berlin eine Erlaubnis zur Durchführung einer wissenschaftlichen Studie zu Cannabisfolgen bei psychisch gesunden erwachsenen Konsumenten beantragt, die im weitesten Sinne als Modellprojekt bezeichnet wird. Auch dieser Antrag wurde negativ beschieden. Der Widerspruch hatte keinen Erfolg. Die Forschungsinitiative Cannabiskonsum hat gegen den Widerspruchsbescheid Klage erhoben. Das Klageverfahren ist derzeit beim Verwaltungsgericht Köln anhängig.

Meine Damen und Herren, es gab verschiedene politische Lösungswege und Anläufe, auf die ich noch zu sprechen kommen will, um das Bundesbetäubungsmittelgesetz tatsächlich zu ändern. Es gab den Entschließungsantrag im Bundesrat, der - gegen die Stimmen von Schleswig-Holstein - 2017 keine Mehrheit fand. Schleswig-Holstein hat dieser Länderöffnungsklausel damals zugestimmt. Es gab aber auch Bundestagsinitiativen, zum Beispiel der FDP-Bundestagsfraktion vom 24. Januar 2018 - Cannabis-Modellprojekte ermöglichen - und der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20. Februar 2018 - Entwurf eines Cannabiskontrollgesetzes.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Beide politische Lösungswege sind gescheitert.

Die zentrale Frage, die wir weiter geprüft haben: Ist eine faktische Umsetzung ohne Änderung des BtMG trotzdem möglich? - Nach § 1 des Betäubungsmittelgesetzes, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, könnte die Bundesregierung - jeder weiß, wer sie stellt - den Wirkstoff Cannabis aus Anlage I per Rechtsverordnung herausnehmen.

(Lars Harms [SSW]: Das wäre die einfachste Lösung!)

Nach § 1 Betäubungsmittelgesetz sind „Betäubungsmittel im Sinne des Gesetzes ... die in den Anlagen I bis III aufgeführten Stoffe und Zubereitungen. Nach Absatz 2 könnte die Bundesregierung ermächtigt werden, dahin gehend „nach Anhörung von Sachverständigen durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Anlagen I bis III zu ändern oder zu ergänzen“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, damit will ich es an dieser Stelle bewenden lassen. Ich hätte es schön gefunden, die Lösung wäre so einfach, wie es der SSW skizziert hat. Ich glaube, ich konnte einigermaßen deutlich machen:

(Minister Dr. Heiner Garg)

So einfach ist es nicht. Ich will es mir nicht so einfach machen, das Ganze schwarz-weiß und holzschnittartig zu betrachten. Politik ist aber auch dafür da, gesellschaftlichen Realitäten nicht ständig, jahrzehntelang hinterherzulaufen, sondern sie ist dafür da, sie auch einmal aktiv mitzugestalten.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Birgit Herdejürgen [SPD])

Auch in Ihrer Fraktion, Herr Dr. Stegner, war in der Vergangenheit die Euphorie nicht ganz so groß.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dennys Bornhöft [FDP])

Ich erinnere mich an Reden von Herrn Eichstädt in diesem Plenum; es ist das Privileg, wenn man schon etwas länger dabei sein darf.

(Unruhe SPD)

Ich würde mich wirklich freuen, wenn Union und SPD im Bund es uns mit der Möglichkeit einer Länderklausel relativ rasch ermöglichen, einen Modellversuch auf den Weg zu bringen. Das Sozialministerium in Schleswig-Holstein ist die letzte Instanz, die sich dagegenstellen würde.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gestatten Sie mir die persönliche Bemerkung: Ich habe damals, als Heide Moser Cannabis über Apotheken kontrolliert abgeben wollte, den Streit mitgekriegt, den sie ausgehalten hat und wer sie im Regen stehen ließ. Das waren im damaligen Schleswig-Holsteinischen Landtag bedauerlicherweise ziemlich viele. Heute sind die Zeiten wirklich so weit, dass wir das, was wir in den Koalitionsvertrag geschrieben haben, auch tatsächlich umsetzen sollten.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Herr Minister hat die vereinbarte Redezeit um 3 Minuten erweitert. Diese stünde jetzt theoretisch sämtlichen Fraktionen zur Verfügung. - Ich sehe nicht, dass davon Gebrauch gemacht werden wird. Somit schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt, den Antrag Drucksache 19/1241 dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Unruhe)

- Das ist der SSW-Antrag.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Bitte noch einmal!)

- Es ist beantragt worden, die Drucksache 19/1241 dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Anhaltende Unruhe)

- Ihr macht mich fertig. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Okay. Damit ist der Antrag mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW, der Fraktionen von FDP, CDU, AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

(Zuruf: Von Teilen der SPD!)

- Von Teilen der SPD abgelehnt.

Es ist beantragt worden, in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Antrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1241, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein gegen die Stimmen von SPD und SSW abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1272, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Alternativantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU gegen die Stimmen der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein bei Enthaltung des SSW angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11 und 24 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung**

Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Grünen und FDP
Drucksache 19/1155

b) FridaysForFuture sind gelebte politische Bildung

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1234 (neu)

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

FridaysForFuture sind gelebte politische Beteiligung

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1260

Schulpflicht ohne Wenn und Aber einhalten!

Alternativantrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1274

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Vorsitzende Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bildung für nachhaltige Entwicklung - das hört sich erst einmal ein bisschen sperrig an, ist aber im Grunde einfach. Wir wollen, dass Soziales, Ökologie und Wirtschaft zusammen gedacht und in Einklang gebracht werden, um unsere Gesellschaft zukunftsfähig zu machen.

BNE - das ist die gängige Abkürzung, die ich jetzt nutzen werde, um Redezeit zu sparen - bedeutet auch, dass wir uns als Teil eines Kreislaufs verstehen müssen und dass wir nicht einfach endlos Ressourcen verbrauchen können, weil wir uns damit unserer eigenen Lebensgrundlage berauben, unserer und der der jungen Menschen, die in Zukunft leben wollen. BNE bedeutet auch, Mitgefühl und einen Sinn für Gerechtigkeit zu entwickeln. Wie kann es sein, dass Menschen in anderen Weltregionen leiden müssen, während sie die Güter produzieren, die ich täglich konsumiere, mit denen ich telefoniere, die ich esse, die ich vielleicht auch an habe?

Vor allem in unserem doch recht platten Bundesland sollte uns Nachhaltigkeit automatisch am Herzen liegen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Klimawandel als wichtiges Thema in diesem Bereich und der damit einhergehende ansteigende Meeresspiegel werden uns alle betreffen. Ich habe heute im „Morgenmagazin“ junge Vertreterinnen und Vertreter der Initiative Fridays for Future gehört, die gesagt haben, dass das Thema Klimawandel in vielen Bundesländern in den Schulen noch nicht so stark verankert ist, wie es das aus unserer Sicht sein müsste.

Das kann ich aus meiner persönlichen Erfahrung nicht bestätigen; ich erlebe viele Schulen, die sich auf den Weg zu nachhaltigem Unterricht machen. Auch das werden wir im Zusammenhang mit dieser Initiative für nachhaltige Entwicklung sicherlich noch überprüfen; vielleicht können uns die Schülerinnen und Schüler dann sagen, wie viel an ihren Schulen zu dem Thema gemacht wird.

Meine Damen und Herren, es ist nicht nur das Wasser, sondern es sind auch die Dürreperioden, die wir im letzten Sommer erlebt haben und die auch finanzielle Auswirkungen für uns hatten, die aber viel stärkere Auswirkungen auf unsere Natur und Umwelt haben. Auch die Relevanz von Küstenschutz steigt natürlich, wie uns Herr Albrecht in seiner Regierungserklärung am Mittwoch eindringlich vor Augen geführt hat.

Erfreulicherweise gibt es schon viele tolle Initiativen in Schleswig-Holstein, die Hoffnung geben. Es gibt die Auszeichnung als Zukunftsschule. Es gibt in Schleswig-Holstein 171 Zukunftsschulen, davon 42 der sogenannten Stufe drei. Stufe drei bedeutet, dass nicht nur das Thema im Unterricht behandelt wird, sondern dass aktiv etwas gemacht wird, was auf die Gesellschaft wirkt. Zum Beispiel baut eine Schule - ich glaube, in Pinneberg - eine Solaranlage aufs Dach und produziert selber Strom. Das sollte auch die MINT-Begeisterten in diesem Haus ansprechen. Das ist nicht nur ein Thema für Klimaschutz und BNE, sondern hat auch praktische, kluge Auswirkungen auf den Unterricht.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Das RBZ Wirtschaft in Kiel betreibt ein Schulcafé namens Kilimanjaro, eine Schülerinnen- und Schülerfirma. Da wird konkret Wirtschaft gelernt, Unternehmertum gelernt - was die FDP immer zu Recht fordert. Gleichzeitig wird gelernt, wie ich als zukünftiger Unternehmer oder als zukünftige Unternehmerin nachhaltig arbeiten kann, welche Auswirkungen es auf die Länder hat, in denen Kakao produziert wird, wenn ich Kakao einkaufe. Das ist ein tolles Projekt. Das sind Projekte, an die wir mit unserer Initiative anknüpfen wollen.

Aber Bildung für nachhaltige Entwicklung ist nicht nur ein Thema für Kinder und Jugendliche, im Grunde führen uns die Vertreterinnen und Vertreter von Fridays for Future vor Augen, dass wir ihnen gar nicht mehr so viel beibringen müssen, sondern dass es darum geht, wie wir uns als Erwachsene dem Thema stellen. Deswegen bin ich froh, dass zu dieser Strategie nicht nur Schule und Kita gehören,

(Eka von Kalben)

sondern auch Volkshochschulen, die Angebote machen, oder Filmfestivals.

Ein super Beispiel ist Green Screen in Eckernförde, wovon ich ein extremer Fan bin, wo immer wieder auf diese Themen hingewiesen wird. Aber auch innovative Unternehmen, die Fahrräder aus Bambus bauen und Kleiderstangen designen, die sich nachhaltig produzieren lassen, oder Firmen, die ihr Geld nicht mehr in Kohle investieren, Stichwort: Divestment. Auch das ist ein wichtiges Thema, das wir immer wieder mit unserer Finanzministerin für den eigenen Haushalt diskutieren, nicht einfach. Und es gibt Hochschulen, die innovative Studiengänge und Projekte ins Leben rufen und das Ganze wissenschaftlich begleiten.

Jetzt komme ich noch einmal auf die Kinder zurück, weil das mein Herzensthema ist, die Kita. Wir haben die KITA21.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Da wird nicht nur im Garten gebastelt, sondern es wird praktisch überlegt, wie man Fahrgemeinschaften bilden kann für die Kinder, die nicht zu Fuß oder mit dem Rad kommen, was natürlich an erster Stelle stehen sollte. Da wird sich Gedanken gemacht, wie man die Ernährung der Kinder organisiert, woher man die regionalen Produkte beziehen kann. Ich war neulich in Norderstedt; die beliefern dort sieben Kitas und kaufen ganz viel regional und möglichst Bio ein. Das ist für die Umwelt gut, und das ist für die Kinder gut. Insofern können wir manchmal von den Kleinsten lernen, nicht nur in Norderstedt, sondern an ganz vielen Stellen im Land.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Auch in Elmshorn, Frau Raudies.

An dieser Stelle möchte ich ein riesiges Dankeschön loswerden an all die engagierten Lehrer, Kita-Fachkräfte, Menschen im außerschulischen und kulturellen Bereich und Ehrenamtler, die sich für diese wichtige Aufgabe starkmachen: Herzlichen Dank für euer Engagement!

(Beifall)

Jetzt könnte man fragen: Wenn es schon so viel gibt, wozu dieser Antrag und warum mehr? - Ich finde, dass man von den Leuchtturm-Projekten im Land oder Best-Practice-Ansätzen, wie man oft sagt, jetzt in die Fläche gehen muss. Wir wollen mit unserem Vorschlag dafür sorgen, die Zivilgesellschaft und die Wirtschaftsverbände einzubeziehen, um das zu einer landesweiten Strategie zu machen.

Es gibt von der UNESCO ein Weltaktionsprogramm, auf Bundesebene gibt es den Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung, und jetzt kommt es auf die Landesebene an. Liebe Leute, man hat immer das Gefühl, man schreibt hier eine Strategie und da eine Strategie - es gab die Agenda 21 und alle möglichen Ansätze -, und das versendet. Wenn wir eines lernen müssen - das ist auch ein Teil der Diskussion heute zur Fridays-for-Future-Initiative der Schülerinnen und Schüler -, dann ist es, dass es nichts nützt zu sagen: Es hat alles nichts geholfen, jetzt machen wir nichts mehr.

Die jungen Leute gehen doch jede Woche dafür auf die Straße und sagen: Was ihr bisher gemacht habt, hat nicht gereicht. - Die Folgerung daraus darf aber nicht sein zu sagen: „Hilft nichts, machen wir nichts“, sondern die Folge muss sein, dass wir uns von den jungen Menschen wachrütteln lassen und weiter versuchen, unsere Zukunft, unseren Globus für unsere Enkel und Enkelinnen weiter zu schützen. Es reicht eben nicht, die Augen zuzumachen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das können wir von denjenigen lernen, die uns das vor Augen halten.

Deshalb bin ich dieser Bewegung sehr dankbar. Es berührt mich, wenn Tausende von Schülerinnen und Schülern und Studierenden auf die Straßen gehen.

Ich möchte nicht im Klein-Klein auf die Konsequenzen eingehen. Ich finde es schade, dass wir uns wegen eines Satzes nicht einigen konnten. Es mögen auch zwei Sätze sein. Ines Strehlau hat das für uns verhandelt, deshalb weiß ich nicht genau, wie der Stand zwischen den Fraktionen am Ende war. Ich weiß nur, dass es den demokratischen Parteien nicht gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Das finde ich wirklich schade. Es wäre nämlich so wichtig, in dieser Frage an einem Strang zu ziehen. Es wäre so wichtig, dass wir uns an dieser Stelle nicht auseinanderdividieren lassen.

Es geht wohl auch um die Folgen für Schülerinnen und Schüler und ob sich die Bildungsministerin hier vorne hinstellen und sagen soll: Es hat keine Folgen, Schulpflicht besteht nicht mehr, wir lassen es offen. - Liebe Freundinnen und Freunde, das ist gar nicht das, was die Schülerinnen und Schüler wollen. Stellt euch einmal vor, die Ministerin würde sich hier hinstellen und sagen: Super, dass ihr das macht, macht das weiter, und freitags gebe ich euch frei. - Dann käme keine Presse mehr. Dann fände hier keine Debatte mehr statt. Dann würden wir die Demonstranten auch nicht heute Nachmittag in die

(Eka von Kalben)

Jamaika-Fraktionen einladen. Dann wäre es irrelevant. Dann wäre das Unterricht. Dann wäre das Aktion. Dann würde das nicht so wahrgenommen werden.

Regeln müssen sein. Wenn es nötig ist, werden Regeln gebrochen.

(Beifall Tobias Loose [CDU])

Das nennt man zivilen Ungehorsam. Das erhält Aufmerksamkeit - allerdings!

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Danke, ja. - Ich weiß, dass das bestimmten Parteien noch weniger gefällt als anderen. So ist es aber. Nur so verändert sich die Welt. Das mag man gut oder schlecht finden, aber das ist Fakt. Fakt ist, dass es, wenn es erlaubt wäre, verpuffen würde. Deshalb ist es richtig, dass unsere Bildungsministerin darauf hinweist, dass in diesem Land Schulpflicht besteht und sie wahrgenommen werden muss. Darin unterstütze ich die Bildungsministerin ausdrücklich.

Ich weise auf Folgendes - ich nehme mich nicht aus, auch wenn ich weiß, dass sich meine Partei immer sehr stark für Umweltschutz engagiert hat - hin: Greta Thunberg - ich weiß: viel zitiert, viel genutzt - hat uns alle aufgerüttelt und deutlich gemacht, dass sie nicht viel Hoffnung in unsere Generation beziehungsweise in „die“ Politik hat. Ja, das hat sie! Ich finde, wir müssen den Schülerinnen und Schülern Hoffnung geben.

Liebe Jugend, wir alle hier im Haus versuchen, die Zukunft gut zu gestalten. Wir nehmen eure Sorgen ernst. Es gibt keinen Grund, über das verdrossen zu sein, was Politikerinnen und Politiker hier im Haus tun. Ich glaube, die Botschaft ist angekommen und wird von allen sehr ernst genommen.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das war Ihr Schlusswort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau von Kalben, ich bin mir nicht ganz im

Klaren darüber, wen Sie meinen, wenn Sie sagen, es solle nicht pauschal alles erlaubt werden. Diese Forderung habe ich an keiner Stelle wahrgenommen. In dem Antrag - sowohl im ursprünglichen als auch im jetzigen - steht, dass wir darauf vertrauen, dass die Schulen Möglichkeiten und Konsequenzen des Streiks im Unterricht thematisieren. Damit ist aus unserer Sicht alles gesagt. Das ist eine ganz hervorragende Formulierung. Sie stammt von Frau Strehlau. Einige Aufmerksame haben es gemerkt. Wir haben die Pressemitteilung der Grünen zum Antrag erhoben.

(Christopher Vogt [FDP]: Kleiner Schlingel!)

Damit ist das ausgeglichen dargestellt. Je mehr man Spiegelpunkte mit: „Eigentlich ist es verboten“ und: „Wir weisen darauf hin“, und so weiter ergänzt, desto mehr verschiebt man das Pendel. Als es dann noch losging, dass man das Wort „Streik“ in Anführungszeichen schreiben wollte und semantische Diskussionen über die Worte „Bildung“ und „Beteiligung“ anfangen, ob es sich um politische Bildung oder politische Beteiligung handelt, haben wir gesagt: Ist gut, beschließen Sie Ihren Antrag, wir beschließen unseren Antrag.

(Christopher Vogt [FDP]: Sehr gut!)

So wird es dann sein. So wahnsinnig unterschiedlich sind die Anträge nicht, aber sie sind in der Waage ein bisschen mehr auf der einen oder der anderen Seite.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Wir haben heute Morgen interessante Bekleidungen gesehen. Ich weiß nicht, ob Ihnen das aufgefallen ist. Das reichte von kurzer Hose bis zum Eisbärkostüm. Mein erster Gedanke war, dass ich, wenn man eine Stunde draußen steht, eine kurze Hose sehr sportlich finde. Mein zweiter Gedanke war: Wie wird es die Jamaika-Koalition regeln, wenn der junge Mann mit seinem Eisbärkostüm künftig in die Schule geht und Sie im Schulgesetz Verschleierung verboten haben? - Darüber werden wir später noch reden.

(Zurufe CDU und FDP)

In der 10. Klasse hat mich mein Physiklehrer damit beauftragt, ein Referat über den Schnellen Brüter von Kalkar zu halten. Das war aus heute reflektierter Sicht insofern besonders gut, weil es ausdrücklich nicht nur um die Funktionsweise von Atomkraftwerken gehen sollte und was Kalkar macht, was andere Atommeiler nicht machen, sondern auch um die politische Diskussion und die Demonstrationen, die stattfanden. Das war, kurz bevor

(Martin Habersaat)

der damalige Forschungsminister Riesenhuber endgültig entschieden hat, dass dieses Projekt gescheitert ist und der Meiler abgebaut werden soll. Heute ist dort ein Vergnügungspark.

Man kann nicht oft genug sagen, dass das auch zeigt, dass alle Fächer in der Schule zur politischen Bildung beitragen können. Ich habe manchmal in Debatten das Problem, darauf hinweisen zu müssen, dass es nicht nur der Wirtschafts- und Politikunterricht ist, sondern dass man sich, wie in diesem Fall geschehen, durchaus auch einmal im Physikunterricht mit politischen Fragestellungen befassen kann. Mein Physiklehrer musste dann übrigens in Kauf nehmen, dass ich kurz danach an Anti-Atomkraft-Demonstrationen beteiligt war - übrigens auch während der Unterrichtszeit.

(Zurufe: Was? - Oha!)

Ich glaube nicht, dass er das als unerwünschte Nebenwirkung seines Unterrichts betrachtet hat.

Wir wollen politisierte Schülerinnen und Schüler. Wir wollen junge Menschen, die sich einmischen. Wir wollen junge Menschen, die sich interessieren und beteiligen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir wollen politische junge Menschen auch innerhalb der Schulzeit, Herr Kollege. Sonst hätten wir in unserem Schulgesetz beispielsweise nicht die Drittelparität bei Schulkonferenzen festgeschrieben.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben gesehen, dass sich Schülerinnen und Schüler manchmal unter tragischen Voraussetzungen politisieren. Es ist genau ein Jahr her, dass in Parkland, Florida, 17 Menschen durch einen Amokschützen ums Leben gekommen sind. Es mangelte unmittelbar danach nicht an Beileidsbekundungen und Krokodilstränen. Wir haben aber auch gesehen, wie kurz danach, als sich von den überlebenden Schülerinnen und Schülern viele zusammenschlossen und gesagt haben: „Jetzt reicht es uns mit diesen dämlichen Waffengesetzen in den USA,

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

jetzt wollen wir gerade in Florida, wo es besonders lax ist, eine Verschärfung herbeiführen“, plötzlich Schluss mit der Empathie war. Da haben sich Abgeordnete, Bürgermeister und NRA-Funktionäre zusammengetan und gesagt: Na ja, das überblickt ihr in der ganzen Konsequenz noch gar nicht; lasst das mal die Großen regeln. - Glücklicherweise hat diese

Argumentation auf die Schülerinnen und Schüler wenig Eindruck gemacht.

Bei der Kampagne Fridays for Future geht es um etwas noch Fundamentaleres als Waffenkontrolle, nämlich unser aller Lebensgrundlagen. Der Klimawandel ist für jeden von uns Bestandteil seines Lebens und wird es auch in Zukunft sein. Dabei leben wir noch in einer zum Glück begünstigten Klimazone und brauchen zumindest kurzfristig nicht mit ganz dramatischen Konsequenzen zu rechnen, die woanders auf der Welt zu vergegenwärtigen sind. Ob das mittelfristig so bleibt, kann niemand garantieren.

Wenn es so ist, dass der Klimawandel zumindest zu einem erheblichen Teil durch menschliches Handeln ausgelöst wird, hat niemand ein größeres Recht, sich dazu zu äußern und eine Veränderung zu fordern, als diejenigen, die auf diesem Planeten noch die nächsten 80 Jahre aushalten müssen.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Strehlau hat es geschrieben. Laut Weltklimarat ist ein wirksames Handeln gegen den Klimawandel in den nächsten zwölf Jahren noch möglich. Man muss sich das einmal vorstellen: In zwölf Jahren sind die Leute, die heute draußen stehen, immer noch unter 30, haben also noch relativ viel Leben vor sich und deswegen alles Recht der Welt.

Es bleibt nicht bei einem einmaligen Aktionstag FridaysForFuture. So konnte nicht ausbleiben, dass die Schulen ein naserüpfendes Schreiben der Bildungsministerin erhielten, wonach die „Teilnahme an den Demonstrationen ein unentschuldigtes Fehlen und damit ein konkret schuldbezogenes Fehlverhalten“ darstellt. Im Wiederholungsfalle sollten Maßnahmen nach § 25 Absatz 1 Schulgesetz ergriffen werden. Vorgesehen sind unter anderem „die Förderung erwünschten Verhaltens, das erzieherische Gespräch, die Ermahnung, die mündliche oder schriftliche Missbilligung, die Beauftragung mit Aufgaben, die geeignet sind, die Schülerin oder den Schüler Fehler im Verhalten erkennen zu lassen, das Nachholen schuldhaft versäumten Unterrichts nach vorheriger Benachrichtigung der Eltern und die zeitweise Wegnahme von Gegenständen“.

Meine Warnung an den jungen Mann vor dem Landtag draußen lautet: Halt dein Eisbärkostüm gut fest! Sonst nehmen sie es dir weg, wenn du wieder in die Schule kommst.

(Heiterkeit)

(Martin Habersaat)

Es ist merkwürdig, zunächst das Jahr der politischen Bildung auszurufen und sich dann als schwierig zu zeigen, wenn es politisches Engagement gibt.

(Beifall SPD)

Politische Bildung besteht eben nicht nur darin, sich kurz vor einer Wahl eine Podiumsdiskussion anzuhören, bei der 500 Menschen in die Mensa geführt werden und fünf Kandidaten ihre Texte auflesen. Es besteht auch nicht nur darin, Wahlprogramme zu vergleichen. Es besteht vielmehr auch darin, für sich selbst gesellschaftliche Prioritäten zu setzen. Das hat heute Vormittag vor der Tür des Landtags stattgefunden.

(Beifall SPD)

Wie glaubwürdig wäre es denn, wenn wir den Jugendlichen sagen: „Okay, ihr habt demonstriert; wir haben es verstanden. Wir regeln das jetzt“? - So ist es ja nicht. Weder im Landtag noch im Bundestag noch sonst wo - so habe ich es wahrgenommen - kommt es jetzt zu einer Lawine an Handlungen.

Ich mir sicher, dass Frau Prien den Titel „Gouvernante des Jahres“ verdient hat. Aber dann hat sich noch Frau Klahn geäußert; sie hat vorgeschlagen, dass man die Eltern der demonstrierenden Kinder mit Bußgeldern belegen und die Aktion in „Saturdays for Future“ umbenennen könnte.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP - Zuruf Anita Klahn [FDP]: Ja!)

Das war nicht frei von Humor. Stellen Sie sich eine machtvolle Kundgebung der Schülerinnen und Schüler morgen um diese Zeit hier vor; Wahnsinn, was dann dabei herauskommt!

(Beifall SPD)

Meine Empfehlung, Kollege Vogt, lautet: Machen Sie sich auch Gedanken um den Ort der Demonstration. Am meisten sind die Wälder vom Klimawandel betroffen. Vielleicht könnten die Schülerinnen und Schüler am Samstagnachmittag um 16 Uhr im Wald demonstrieren, zum Beispiel im Sachsenwald; dann stören sie niemanden, Frau Klahn.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Der Vollständigkeit halber will ich zwei weitere Beiträge nicht verschweigen, die auch im Rennen waren, den Titel zu erhalten: Die Junge Union hat im „Pinneberger Tageblatt“ spürbare Konsequenzen für Schulschwänzer gefordert. Der CDU-Generalsekretär war sich nicht zu schade, der 16-jährigen Greta Thunberg pure Ideologie vorzuwerfen, weil

sie die Aspekte Arbeitsplätze, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit bei ihren Forderungen nicht mitdenke. - Armer Paul!

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erst wenn der letzte Gletscher geschmolzen ist, wirst du merken, wie peinlich es ist, als Bundestagsabgeordneter eine Debatte gegen eine 16-Jährige zu verlieren, die nicht einmal mitbekommen hat, dass ihr darüber diskutiert habt.

(Heiterkeit, vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In aller Demut müssen wir uns klar darüber sein: Der Kampf gegen den Klimawandel wird nicht allein im Schleswig-Holsteinischen Landtag entschieden. Aber jedes Parlament, jedes Land, jede Gesellschaft trägt ihren Teil der Verantwortung. Dazu müssen wir auch stehen. In diesem Sinne reiht sich die Kampagne FridaysForFuture in eine lange Reihe von Demonstrationen in der Geschichte der Republik ein.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

Dem anderen Antrag können wir auch zustimmen, aber seine Begründung, Frau von Kalben, ist reichlich flach. Sie haben Ihre Rede glücklicherweise ein wenig weniger flach formuliert als Ihren Antrag. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Bevor wir mit der Rednerliste fortfahren, begrüßen Sie bitte gemeinsam mit mir auf unserer Besuchtribüne Schülerinnen und Schüler der Baltic-Schule Lübeck und des Gymnasiums Altenholz. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias Loose das Wort.

Tobias Loose [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir können uns - teilweise ist das bereits angeklungen - gar nicht genug Engagement für den Klimaschutz wünschen. Wir müssen gemeinsam alles dafür tun - es ist wichtig, das zu benennen -, dass die Ziele der UN-Klimakonferenz in Paris aus 2015 erreicht werden. Das 2-Grad-Ziel ist

(Tobias Loose)

existenziell für den Fortbestand unseres Planeten, zumindest so, wie wir ihn heute kennen. Wir stehen kurz davor, dass die Klimapolitik die Mutter aller unserer Probleme wird. Darum müssen wir uns kümmern. Es ist mir wichtig, dass wir das voranbringen.

(Beifall CDU, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Schon heute können wir die Auswirkungen des Klimawandels sehen. Ich hatte Ende Januar die Möglichkeit, mit der Kollegin Metzner in Indien Entwicklungsprojekte von Brot für die Welt zu besuchen. Indien hat 1,2 Milliarden Einwohner. 800 Millionen Menschen leben dort von der Landwirtschaft.

Man kann dort sehen, dass starke Schwankungen von Niederschlag und Temperatur verheerende Auswirkungen haben. Der Monsun, der für viele Menschen fast ein fester Tag im Kalender war - am 15. Juni setzt er ein -, ist mittlerweile unberechenbar geworden und somit keine feste Größe mehr. Naturkatastrophen, Überschwemmungen und Dürren sind die Folge. Darunter leiden neben der Natur selbst unglaublich viele Menschen, da ihre Existenzen, ihr Leben bedroht sind. Darum darf uns auch hier in Europa der Klimawandel nicht egal sein. Auch wir müssen uns darum kümmern.

(Beifall CDU, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss ja gar nicht so weit gucken, um auch hier in Schleswig-Holstein die Auswirkungen des Klimawandels zu sehen. Der trockene Sommer hat, glaube ich, viele von uns nachdenklich gemacht. Es ist wahrscheinlich, dass wir noch mehr trockene Sommer erleben werden. Wir haben in dieser Tagung bereits über den Küstenschutz gesprochen; der Meeresspiegel steigt an. Unsere Inseln, Halligen und Küsten müssen wir stärker schützen. Klimawandel ist auch ein schleswig-holsteinisches Problem. Das müssen wir anerkennen.

Gerade deshalb finde ich es sehr gut und wichtig, dass junge Menschen unter dem Banner „Fridays for Future“ lautstark demonstrieren und sich zu diesem Thema bekennen. Wir können uns eigentlich nicht viel mehr wünschen, als dass junge Menschen, aber auch alle anderen aufstehen und sagen: Das ist ein Problem, das unsere Gesellschaft anpacken muss.

(Beifall CDU, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir von der Jamaika-Koalition wollen den Austausch über die Forderungen von FridaysForFuture. Wir werden uns heute mit den jungen Menschen zusammensetzen. Ich glaube, es ist ein sehr wichtiges Signal, dass wir diejenigen, die vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag demonstrieren, mit ihren Forderungen ernst nehmen.

Schon jetzt ist klar: Wir müssen uns auch in Deutschland stärker um den Klimaschutz kümmern und uns engagieren. Wir wollten im Jahr 2020 - das zeigt der Klimaschutzbericht - 40 % weniger Treibhausgase im Vergleich zu 1990 ausstoßen. Nach dem aktuellen Klimaschutzbericht werden wir nur eine Reduzierung um 32 % erreichen. Das ist eine Entwicklung in die richtige Richtung; wir arbeiten an diesem Thema, und die Reduzierung ist signifikant. Nichtsdestotrotz haben wir unsere eigenen Ziele, die wir uns gemeinsam für 2020 gesetzt haben, nicht erreicht. Das sollte uns aufrütteln; am Ende sollten wir eine intensive Debatte darüber eröffnen. Darüber sollten wir sprechen.

Ich habe darauf geachtet, Herr Habersaat, dass Sie sich in Ihrer Rede 7 Minuten über den Schulstreik, die Konsequenzen, darüber, was die Bildungsministerin dann machen muss, und was Paul Ziemiak für böse Sachen sagt, ausgelassen, aber sehr wenig mit dem eigentlichen Thema beschäftigt haben, nämlich mit dem Klimaschutz. Welche Konsequenzen hat der Klimaschutz? Warum demonstrieren die jungen Menschen vor der Tür des Landtags?

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Habersaat [SPD]:
Darüber reden Sie jetzt 7 Minuten!)

Ich komme nicht darum herum, auch ein paar Worte dazu zu sagen, obwohl es zur politischen Lösung des Themas eigentlich gar nichts beiträgt.

(Martin Habersaat [SPD]: Wann kommt denn Ihr Klimaschutz dran?)

- Ich habe vorhin sehr viel dazu gesagt. Sie hätten anständig zuhören können.

(Unruhe)

Greta Thunberg und die Demonstranten von FridaysForFuture legen es darauf an - Eka von Kalben hat es gesagt -, zivilen Ungehorsam zu üben und auf das Thema aufmerksam zu machen. Es geht also auch darum, mit diesen Demonstrationen ganz bewusst Regeln zu brechen. In diesem Sinne ist es sogar eine Unterstützung der Demonstranten, wenn sich die Ministerin so deutlich in dieser Frage positioniert, auf der Schulpflicht besteht und Konsequenzen einfordert.

(Tobias Loose)

Ich will die Position, die ich habe, deutlich machen: Schulpflicht bleibt Schulpflicht. Selbstverständlich sollen Konsequenzen verhältnismäßig sein. Niemand sollte wegen ein paar Besuchen von Demonstrationen am Ende von der Schule fliegen. Es ist wichtig, dass wir an den Grundsätzen festhalten.

(Beifall CDU)

Das darf aber auch nicht zur Regel werden, auch dann nicht, wenn wir auf andere Themen gucken; denn wer regelmäßig nicht zur Schule geht, schadet sich in erster Linie selbst.

(Beifall CDU)

Wir diskutieren hier oft über das Thema „100 % Unterrichtsversorgung“. Dieser Kampf macht für mich als Bildungspolitiker nur dann Sinn, wenn Schüler in der Schule sind und den Unterricht auch tatsächlich wahrnehmen. Das sollten wir nicht konterkarieren. Eines sei dabei auch angemerkt: Wenn man sich schon vornimmt, jeden Freitag zu demonstrieren, wundert es mich schon ein bisschen, wenn in Nordrhein-Westfalen dann, wenn Ferien sind, die Demonstration am Freitag abgesagt wird. Das ist auch ein Ansatz, bei dem man sagen sollte: Wenn man das jeden Freitag machen will, dann sollte man das auch jeden Freitag machen.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Das zeigt die Heuchelei!)

Zurück zum eigentlichen Thema; denn in dieser Debatte geht es ja um den Klimaschutz. Was können wir in Schleswig-Holstein selber tun, und wo kümmern wir uns um solche Themen? Ein Thema, das sogar Ihnen gefallen wird, ist das, was wir hier im Hintergrund von diesem Plenarsaal sehen können, das Küstenkraftwerk, das hier bei uns in Kiel neu entsteht und auf der anderen Seite der Förde zu sehen ist. Das wird das Kohlekraftwerk, das mit Steinkohle beheizt worden ist, ersetzen. Dies zum Stichwort Kohleausstieg; denn das wird am Ende ein Gaskraftwerk sein. Es ist zwar noch nicht optimal, aber immerhin. Durch diesen Neubau wird es eine CO₂-Reduzierung geben. Das ist eine riesige Investition von fast 300 Millionen € und wird zu einer Reduzierung um 70 % führen.

Das Besondere ist, dass dieses Kraftwerk innerhalb von 5 Minuten hochgefahren werden kann. Beim alten Kraftwerk hat das Hochfahren mehrere Stunden gedauert. Genau dies sind die richtigen Schritte, um am Ende auch mehr Flexibilität beim Energiebedarf zu haben, um zum Beispiel erneuerbare Energie ganz anders in unsere Energieversorgung zu integrieren. Das ist ein sehr gutes Beispiel dafür,

was wir in Schleswig-Holstein für den Klimaschutz tun.

(Beifall CDU und FDP)

Wir haben das hier schon oft im Plenum diskutiert. Als Windenergieland haben wir eine große Chance beim Thema Power to X. Wir müssen erneuerbare Energien noch stärker nutzbar machen. Wasserstoff, Methan, vielleicht sogar Kerosin für die Luftfahrt sind Wege, wie wir ungenutzte Windenergie nutzbar machen können. Dadurch können wir in Schleswig-Holstein Vorreiter sein, insbesondere auch nach dem Motto, das wir in der Jamaika-Koalition haben, dass man nämlich Ökologie und Ökonomie miteinander verbindet.

Dazu gehört natürlich untrennbar auch die Bildung für nachhaltige Entwicklung, kurz BNE. Dazu hat die Jamaika-Koalition einen Antrag eingebracht. Bildung und Klimaschutz gehören eng zusammen. Schleswig-Holstein beschäftigt sich schon viel länger mit diesem Thema. Wir haben viele beispielhafte Projekte, wie „KITA21 - Die Klimaretter“. Ich nenne auch die „Zukunftsschule.sh“.

Wir nehmen uns mit diesem Antrag - und das finde ich ganz und gar nicht albern, weil wir auf etwas aufbauen - für das erste Quartal 2020 vor, eine bewusste Landesstrategie für nachhaltige Entwicklung und für alle Bildungsbereiche zu entwickeln. Das tun wir nicht alleine, sondern wir laden alle Akteure dazu ein, sich daran zu beteiligen. Das ist ein wichtiger Schritt, um nachhaltige Bildung insgesamt in unserer Gesellschaft in Schleswig-Holstein zu verankern.

Getragen wird diese Diskussion - das finde ich auch wichtig, damit wir uns darüber klar sind, woher das kommt - um nachhaltige Bildung aus den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen, die 2015 verabschiedet wurden. Obwohl wir zu diesem Tagesordnungspunkt eine lange Redezeit haben, reicht die Zeit nicht aus, um dies alles hier darzustellen. Aber bei den Fragen um Nachhaltigkeit geht es nicht allein darum, wie wir unseren Planeten schützen und den Klimawandel begrenzen, sondern es geht auch um eine Welt ohne Armut und Hunger, um eine gerechte Gestaltung von Globalisierung, um die Förderung von Frieden und den Aufbau von globalen Partnerschaften. Denn die Welt - das sehen wir bei all diesen Themen - ist sehr komplex, und alles hängt am Ende mit allem zusammen.

Viele dieser Themen sind große globale Herausforderungen. Das ist etwas, das wir mit einem Bildungsauftrag natürlich auch verfolgen wollen und

(Tobias Loose)

worum wir uns kümmern wollen. Deshalb macht eine solche Landesstrategie am Ende auch Sinn, wenn wir sie denn so konsistent entwickeln.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit - jetzt ist jeder selber gefragt - fangen bei jedem Einzelnen an. Und da ist Bildung der Schlüssel; dafür gibt es viele Beispiele: Wie viele Plastiktüten benutze ich? Welches Auto fahre ich? Wohin fahre ich in den Urlaub? Entscheidend ist aber, dass man über all diese Themen auch Bescheid weiß. Deshalb ist Bildung für Nachhaltigkeit und Klimaschutz wichtig vom Kindergartenkind bis hin zum Rentner.

Weil ich der festen Überzeugung bin, dass wir unsere Ziele besser erreichen können, wenn die Menschen davon überzeugt sind, finde ich es gut, dass wir uns dafür starkmachen, dass alle freiwillig und aus Überzeugung für den Klimaschutz begeistert werden. Das wird am Ende Verbote und Regulierung verhindern. Die sind nämlich schlechter, als wenn es die Menschen freiwillig machen.

In diesem Sinne danke ich Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! So wie heute demonstrieren seit Wochen Schülerinnen und Schüler unter dem Motto „Fridays for Future“ und mahnen uns, mit Natur und Umwelt sorgsam umzugehen. Auch wenn aus unserer Sicht die Schülerdemonstrationen zurzeit eher einen appellierenden, allgemeinen Charakter haben, zeigen sie zunächst, dass die heutige Jugend allen Unkenrufen zum Trotz nicht, wie allgemein behauptet, politikverdrossen ist, sondern ganz im Gegenteil: Sie weiß sich für ihre Zukunft einzusetzen.

(Beifall FDP)

Ich betone und darf das auch im Namen meiner Fraktionskollegen darstellen, dass wir Liberale dieses Engagement der Jugendlichen ausdrücklich begrüßen und wertschätzen.

(Beifall FDP)

Für uns Freie Demokraten ergänze ich an dieser Stelle, dass insbesondere auch für unsere Jugendor-

ganisation, die Jungen Liberalen, das Thema Klima- und Umweltschutz ein ganz zentrales Anliegen ist.

Die Möglichkeit, sich durch eine Demonstration oder einen Streik Gehör zu verschaffen, ist ein legitimes Recht. Das stellen wir auch nicht infrage. Klar ist auch, dass man eine größere Aufmerksamkeit erreicht, wenn man Grenzen überschreitet und sich über gültige Regeln hinwegsetzt, also konkret der Arbeit fernbleibt oder, wie es jetzt Schülerinnen und Schüler tun, dem Unterricht fernbleibt.

Ja, ein Ziel ist erreicht: Die Jugendlichen haben sich Gehör verschafft. Wir sollten jetzt aber nicht über die Frage des Schulschwänzens, sondern über die Frage des Klimaschutzes gemeinsam mit unseren Kindern in diesem Land diskutieren. Denn wir gehen davon aus, dass die Jugendlichen ganz konkrete Vorstellungen und Forderungen haben, wie der Klimaschutz verbessert und vorangetrieben werden kann und welches unser Anteil dabei sein soll. Das sollten wir mit unseren Kindern jetzt erörtern und gemeinsam nach Lösungen suchen. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

(Beifall FDP)

Deshalb freue ich mich darüber, dass wir heute Nachmittag zu einem gemeinsamen Gespräch mit den Demonstrierenden zusammenkommen oder zumindest mit einigen von ihnen. Wir wissen in diesem Haus um unsere Verantwortung, und ich glaube, das bestreitet auch niemand.

Eines ist auch klar: Schleswig-Holstein und Deutschland sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Aber darüber dürfen wir nicht vergessen: Wenn wir wirklich etwas erreichen wollen, dann brauchen wir einen globalen Ansatz. Wir müssen auf internationale Lösungen, Innovation und Technologien setzen. Es geht vorrangig um wirtschaftliche, aber in hohem Maße auch um soziale Folgen, die es zu berücksichtigen gilt.

Natürlich lässt sich leicht der sofortige Kohleausstieg möglichst vor 2038 fordern, wenn einem erzählt wird, es bedürfe nur einer entsprechenden Zahl von Windrädern, die in die Landschaft gesetzt werden müssten. Aber dann muss man im selben Atemzug auch die Bürgerproteste bei Trassenausbau, Grundlastfähigkeit von Solarmodulen und komplexe Regenergiesteuerung der Netzbetreiber besprechen.

(Beifall FDP - Kay Richert [FDP]: Und zwar weltweit! - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

(Anita Klahn)

Das mag jetzt vielleicht sehr technisch klingen, aber das bringt ungelöste Probleme mit sich, mit denen es die Umsetzer eines Kohleausstiegs schon jetzt zu tun haben und in noch stärkerem Maße zukünftig zu tun bekommen werden.

Meine Damen und Herren, ein sofortiger Kohleausstieg wird mit vielen Beeinträchtigungen einhergehen. Das müssen wir uns auch immer wieder bewusst machen, und das müssen wir in unseren Diskussionen berücksichtigen.

Vielleicht erinnert sich der eine oder andere noch an den Stromausfall in Lübeck im vorletzten Jahr, der durch einen technischen Defekt ausgelöst wurde. Sie sehen allein daran, welche Probleme bereits während der kurzen Stromausfallzeit entstanden sind. Das ging bis hinein in die medizinische Versorgung.

(Zuruf SPD)

- Ich habe doch gesagt, das sei ein technischer Defekt gewesen. Das hat uns aber gezeigt - -

(Zuruf SPD)

- Stellen Sie eine Zwischenfrage, wenn Sie wollen.

Wir müssen bedenken, dass Energieversorgung kein Luxusgut werden darf. Strom muss für jeden bezahlbar bleiben. Dass wir hier besonders aufmerksam bleiben müssen, zeigen die Verteuerungen durch die EEG-Umlagen. Deshalb müssen wir auch überlegen, ob die heutige Subventionierung alternativer Energien wirklich so sinnvoll ist.

Ähnliches gilt für den Verkehrssektor. Ein Verteuern oder Verhindern von Mobilität wird keine Akzeptanz erfahren.

(Beifall FDP)

Stellen Sie sich einfach den Wohnungsumzug innerhalb der Stadt Kiel vor. Sie müssten mit dem Fahrrad fahren. Das wird - das sage ich Ihnen ganz deutlich - eine sportliche Herausforderung.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: In Berlin erst!)

Meine Damen und Herren, wir können nicht einfach mal so ohne Plan und Vorbereitung aus allem aussteigen und glauben, damit die Welt zu retten.

(Zuruf FDP: Genau!)

Plastikrückstände, Abfallentsorgung, Verschmutzung der Flüsse und Meere, Waldsterben, Abschmelzen der Gletscher - es gibt viele Stichworte, die jeden Einzelnen innehalten lassen sollten. Aber statt auf moralisierende Bevormundung und auf Verbote zu setzen, kann die Antwort doch nur lau-

ten: mehr Information, Forschung und Entwicklung.

(Beifall FDP - Zuruf SPD)

Ein CO₂-Zertifikatehandel in Europa mit kürzeren Verfallszeiten würde beispielsweise den Innovationsdruck steigern. Deutsche Technologien könnten in Afrika und Asien eingesetzt werden, um den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben.

Ich möchte zwei Zahlen nennen, die nachdenklich stimmen: Deutschland trägt 2,2 % zu den globalen Emissionen bei. Heruntergebrochen auf die Wirtschaftsleistung sind das für Schleswig-Holstein 0,06 % der globalen Emissionen. - So viel zur Verhältnismäßigkeit.

Klimaschutz ist nicht ausschließlich Sache der Politik, sondern ist Sache jedes Einzelnen. Auf den nächsten Skiurlaub, auf die Flugreise nach Kalifornien, auf Kaltgetränke mit Plastikhalmen zu verzichten oder nicht mit dem Auto zur Schule gefahren zu werden - das sind Beiträge zum Klimaschutz.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Blicken wir also in die Zukunft! Ich appelliere an alle Jugendlichen: Schwänzt nicht die Schule!

(Beifall FDP und AfD)

Nutzt eure Chancen auf Bildung! Fordert den Unterricht ein, fordert eure Lehrer auf, mit euch über diese Probleme sachlich zu diskutieren! Werdet Ingenieure, Wissenschaftler, Techniker und Tüftler,

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

damit ihr bessere Technologien entwickeln könnt, um effektiv gegen die Klimaherausforderung anzugehen!

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Sehr gut!)

Bewahrt euch eure Freiheit, selbstbestimmt, aus eigenem Wissen und eigener Überzeugung zu handeln!

(Beifall FDP, AfD und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Und noch etwas: Die politischen Auseinandersetzungen und Entscheidungen zum Thema Klimawandel finden in den Parteien und den Parlamenten statt. Ja, wer hier wirklich Einfluss nehmen möchte, den fordere ich auf, sich aktiv in einer politischen Partei oder in einer der sogenannten NGOs, den nicht regierungstragenden Organisationen, zu engagieren.

(Anita Klahn)

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es besteht ein breiter Konsens in der Gesellschaft, wenn es um Klimaschutz geht. Aber wir müssen das Wissen um die Folgen des Klimawandels und das Wissen darüber, mit welchen Maßnahmen wir dagegen vorgehen können, besser vermitteln. In der Jamaika-Koalition haben wir uns darauf verständigt, dass wir beispielsweise die Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ für alle Bildungsbereiche im Sinne des UNESCO-Weltaktionsprogramms und des Nationalen Aktionsplans entwickeln wollen. Von der Kita über die Schulen, außerschulische Lernorte, Hochschulen, berufliche Aus- und Fortbildung bis hin zur Seniorenbildung wollen wir Menschen in allen Altersgruppen nachhaltiges Handeln vermitteln.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Projekte wie das „Haus der kleinen Forscher“ vermitteln nicht nur spielerisch Erkenntnisse über naturwissenschaftliche Zusammenhänge, sondern sie sensibilisieren auch für einen schonenden Umgang mit Naturressourcen. Lehrkräfte sind durch Fachanforderung verpflichtet, den Schülerinnen und Schülern Wissen zu vermitteln, Wissen zu Energie, Verkehr, Umwelt und Natur. Schulprojekte wie zum Beispiel die „Klimadetektive“ oder auch die Projekte zum persönlichen ökologischen Fußabdruck analysieren das eigene Konsumverhalten und sensibilisieren für diese Fragen. Abfalltrennung kann in der Kita, in der Schule trainiert werden. Eka von Kalben hat vorhin, genauso wie auch Tobias Loose, verschiedene Projekte kleinteilig aufgelistet.

Es gibt also eine ganze Reihe von guten Projekten. Aber wir wissen auch, dass wir noch besser werden können, und das wollen wir auch. Wir gehen das Problem an. Ich würde dies sehr gern mit den Schülerinnen und Schülern gemeinsam tun.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Wissen Sie was? Ihre sehr qualifizierten Bemerkungen sind an dieser Stelle sehr hilfreich; Sie zeigen, wie ernst Ihnen das Thema wirklich ist.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Ganz genau! Sehr gut! Beste Rede!)

- Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD - Sandra Redmann)

[SPD]: Das ist doch unglaublich, oder? - Weitere Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl das Wort.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Schüler! Die SPD behauptet, die Fridays-for-Future-Demos seien gelebte politische Bildung, und sie fordert den Landtag auf, genau das zu begrüßen. CDU, Grüne und FDP sprechen in ihrem Alternativantrag lieber von „gelebter politischer Beteiligung“, fordern aber ansonsten genauso dazu auf, dies zu begrüßen.

(Vereinzelter Beifall)

SPD und Jamaika begrüßen es also gleichermaßen, wenn Schüler den Unterricht schwänzen, um an politischen Demonstrationen teilzunehmen. Einzige Voraussetzung dafür ist - jetzt kommt's -, dass es sich um eine Demonstration handelt, deren Ziele von SPD und Jamaika geteilt und begrüßt werden.

(Martin Habersaat [SPD]: Wo steht das?)

Die Fridays-for-Future-Demos

(Martin Habersaat [SPD]: Wo steht das bitte?)

sind solche Demonstrationen, denn auf ihnen werden links-grüne

(Zuruf: „Versiffte“!)

Klimaschutzpositionen vertreten, so etwa der sofortige Kohleausstieg.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wirft mehrere Fragen auf, zuallererst die Frage danach, wie sich SPD und Jamaika eigentlich verhalten würden, wenn auf diesen Demos, derentwegen die Schüler den Unterricht schwänzen, andere Positionen vertreten würden, etwa solche, die SPD und Jamaika nicht teilen.

(Zurufe - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber so blöd sind die Schüler nicht! - Unruhe)

Gäbe es die Anträge von SPD und Jamaika auch, wenn sich die Schüler bei FridaysForFuture etwa für die Rückkehr zum mehrgliedrigen Schulsystem einsetzen würden oder für eine Einwanderungspolitik nach kanadischem Vorbild oder gegen ein Ende des deutschen Alleingangs in der Energiewende? Die Antwort lautet selbstverständlich: nein. Weder

(Dr. Frank Brodehl)

SPD noch CDU noch Grüne oder FDP kämen je auf die Idee, per Landtagsbeschluss einmütig zu begrüßen, dass Schüler den Unterricht schwänzen, um an einer Demo teilzunehmen, die sich gegen die Politik von ihnen selbst wendet.

(Martin Habersaat [SPD] geht zu einem Saalmikrofon)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter - -

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Damit sind wir auch schon beim Kern des Problems, nämlich dass die SPD, die wirklich im Moment auf jeden Zug abfährt - -

(Dem Redner wird das Mikrofon abgestellt - Vereinzelter Beifall und Heiterkeit - Unruhe)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Habersaat?

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Selbstverständlich. Von meinem Kollegen Habersaat immer.

Martin Habersaat [SPD]: Herr Brodehl, ich möchte Sie fragen, was Ihre Theorie dazu ist, dass die Schülerinnen und Schüler momentan weltweit gegen den Klimawandel demonstrieren und nicht zu einem der von Ihnen genannten Themen. Haben Sie dazu eine Vermutung?

- Ja. Dazu habe ich viele Vermutungen. Natürlich bewegt das die Schüler; gar keine Frage. Es geht um ihre Zukunft. So wird das ja auch sowohl in Ihrem Antrag als auch im Alternativantrag begründet. Es geht den Schülern um ihre Zukunft.

Aber darf ich Ihnen etwas sagen? - Sie haben in der Presse ja selbst verlautbaren lassen, auf welchen Demos Sie früher waren. Auch ich war früher auf Demos - Demos, bei denen es ebenfalls um unsere Zukunft ging. Meine erste Demo war eine Demo gegen den NATO-Doppelbeschluss. Da bin ich auch hingegangen, weil ich tatsächlich Angst um meine Zukunft hatte. Sie wissen aber, wie komplex das Thema war.

Aber wissen Sie, welch ein Glück wir beide hatten? - Unsere Schulen damals waren ganz klar in der Sache, in der Frage, wann demonstriert werden kann. Wir haben uns nämlich hingestellt und haben gelernt und haben erst danach demonstriert. Ich meine

jetzt die Demo zum NATO-Doppelbeschluss. Ich zumindest habe gelernt, dass Helmut Schmidt damals durchaus richtig lag, obwohl gleichzeitig seine Genossen - also Ihre Vorgänger - zu der Demo aufgefordert hatten. Ich hatte damals Glück, dass meine Lehrer ganz klar waren. Und diese Klarheit wünsche ich mir auch heute von den Lehrern.

(Beifall AfD - Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Petersdotter?

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Selbstverständlich.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Brodehl, wenn Sie jetzt schon sagen, dass es um die Zukunft der Schülerinnen und Schüler geht: Sind Sie der Meinung - im Gegensatz zu Ihrer Fraktion und Ihrer Partei -, dass der Klimawandel maßgeblich von Menschen gemacht ist?

- Über das Wort „maßgeblich“ können wir streiten. Es gibt mit Sicherheit Anteile, die der Mensch verursacht hat; gar keine Frage. Andere Teile werden davon nicht betroffen sein, und in welchem Verhältnis das genau zueinander steht, das kann tatsächlich kein Wissenschaftler mit Genauigkeit sagen.

(Beifall AfD - Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD] - Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Sie können das?

(Sandra Redmann [SPD]: Ich kann Ihnen gleich etwas dazu sagen! - Weitere Zurufe)

- Also gut.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Wenn Sie einen Dialog führen wollen, dann bitte ich die Abgeordnete, eine Zwischenfrage zu stellen. Bitte fahren Sie fort.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Das habe ich nicht gemacht.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Bitte fahren Sie fort.

(Zurufe)

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Ein vorsichtiger Mann, ja, ja. - Okay; ihr da oben kriegt alles mit, oder? - Wunderbar.

(Zurufe)

- Selbstverständlich. - Die Uhr läuft schon wieder?
- Jetzt bitte erst.

Die Antwort lautet: Selbstverständlich nein. Nie kämen diese Parteien auf die Idee, per Landtagsbeschluss einmütig zu begrüßen, dass Schüler den Unterricht schwänzen, um an einer Demo teilzunehmen, die gegen deren eigene Politik gerichtet ist.

Und damit sind wir beim Kern des Problems, nämlich dass die SPD, die im Moment ja bereit ist, auf jeden Zug aufzuspringen - -

(Zurufe SPD)

Aber dass die einstmals wertkonservative CDU und die ehemalige Rechtsstaatspartei FDP als Teil einer amtierenden Regierung sich ebenfalls dazu hinreißen lassen, Schülern das Signal zu geben: „Ihr dürft demonstrieren, ihr dürft die Schule schwänzen, solange ihr mit dieser Demo die Ziele der Landesregierung unterstützt“,

(Lukas Kilian [CDU]: Sie haben gerade nicht zugehört!)

das ist eine Zäsur in der Geschichte dieses Landes.

(Beifall AfD)

Dass die höchsten Vertreter des Staates jemals zuvor einen Verstoß gegen geltendes Schulrecht per Landtagsbeschluss offiziell begrüßt hätten, hat es meines Wissens hier noch nie gegeben.

(Beifall AfD)

Wenn Sie, meine Damen und Herren, namentlich von der CDU und von der FDP, dies heute mittragen, dann stoßen Sie das Tor auf zu einer Politisierung von Schulen und Schülern, wie es sie in unserer Demokratie noch nicht gegeben hat - und zwar aus gutem Grund noch nicht.

Sollten Sie es heute tatsächlich per Landtagsbeschluss begrüßen, dass die Schüler den Unterricht schwänzen, um an einer Demo teilzunehmen, dann setzen Sie damit einen Meilenstein auf dem Weg in den Gesinnungsstaat.

(Unruhe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe CDU)

Denn wenn der Staat damit beginnt, Verstöße gegen die Schulpflicht danach zu bewerten, ob diese der

Regierung politisch genehm sind oder nicht, dann sendet er ein Signal.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Ja.

(Zuruf)

Christopher Vogt [FDP]: Manchmal muss das sein. - Herr Dr. Brodehl, es ist schwer auszuhalten, wenn jemand von Ihrer Partei über das Thema Rechtsstaatlichkeit spricht. Aber haben Sie gelesen, dass in dem Antrag der Koalition unter anderem steht, festzuhalten sei, dass die Schulpflicht bestehe, und dass aufgrund dessen Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei Demonstrationen während der Schulzeit auch mit Konsequenzen rechnen müssten; diese müssten aber verhältnismäßig sein? - Das passt nicht so richtig zu dem, was Sie hier gerade erzählt haben. Vielleicht müssen Sie den Antrag komplett lesen, um es umfänglich zu verstehen.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Verhältnismäßigkeit haben sie es nicht so!)

- Ich will gern darauf antworten. Schön, dass Sie mir die Gelegenheit dazu geben. - Ich habe den Antrag sehr genau gelesen, so genau, dass mir von vornherein klar war, wer welche Teile dazu beigetragen hat. Natürlich müssen Sie in der Koalition Kompromisse finden. Der erste Teil bestand dann eben aus Copy & Paste. Dann kamen, wie ich annehme, Kollegen wie Frau Klahn und Frau Röttger.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Antworten Sie doch einmal auf die Frage, bitte!)

- Ja, ich antworte genau auf die Frage. - Aber die Schulpflicht muss eingehalten werden.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Jetzt kommt der springende Punkt. Denn dann kommt dieses: „Ja, aber“. Natürlich müsse es Maßnahmen geben, aber diese müssten angemessen sein. Das ist ein „Ja, aber“.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Einen Moment, bitte. - Der Kollege antwortet jetzt auf die Frage von Herrn Vogt. - Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Nein. - Meine Damen und Herren, genau dieses Signal darf in unserer freiheitlichen Demokratie nicht ausgesendet werden; denn der Staat und besonders seine Schulen unterliegen dem Neutralitätsgebot. Dieses besagt, vereinfacht ausgedrückt: Der Staat darf seinen Bürgern nicht vorgeben, was sie zu denken haben, welche politischen Auffassungen sie gut zu finden haben und welche eben nicht. Der Staat muss sich gegenüber seinen Bürgern parteipolitisch und weltanschaulich neutral verhalten.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses verfassungsrechtliche Gebot wird dann verletzt, wenn der Staat bei der Bewertung von Verstößen gegen ein Gesetz - hier gegen das Schulgesetz - einen Unterschied macht, ob der Verstoß aus einer politischen Gesinnung heraus begangen wurde, die dem Staat angenehm ist, oder eben nicht. Genau aus diesem Grund lehnen wir den Antrag und noch viel mehr den Alternativantrag von Jamaika ab.

Die AfD-Fraktion begrüßt es nicht, wenn Schüler während der Unterrichtszeit an Demonstrationen teilnehmen, ganz gleich, welche politischen Ziele damit verfolgt werden sollen. Wir begrüßen es stattdessen, wenn Schüler zum Unterricht gehen und ihre politischen Aktivitäten außerhalb der Unterrichtszeit umsetzen. Statt Schulschwänzen schönzureden oder zu begrüßen, sollten wir positives Verhalten hervorheben. Danke an alle Schüler, die trotz Gruppendrucks zur Schule gegangen sind. Ihr seid die Mutigen und nicht diejenigen, die genau wissen, dass es letztlich keine ernst zu nehmenden Konsequenzen geben wird.

(Beifall AfD - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Danke an alle Lehrer, die in diesen letzten Wochen ganz klar geblieben sind. Eine deutliche Ansage, dass die Schulpflicht ohne Wenn und Aber gilt, ist eben keine Härte, sondern zeigt den Respekt der Lehrkräfte vor ihren Schülern. Und es zeugt von Weitsicht und Verantwortung, wenn im Unterricht stattdessen etwa auf die Fakten zum Kohleausstieg eingegangen wird. Bringt er den Klimaschutz wirklich voran? Was ist mit der Bezahlbarkeit? Was ist mit der Versorgungssicherheit? Müssen wir nicht in Zukunft genau wie bisher auf einen guten Energie-

mix setzen? Sie merken schon: Das hat dann tatsächlich etwas mit Bildung, mit Forschung, mit Diskussion zu tun, und das findet eben nicht auf der Straße statt, wohl aber im Unterricht.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu den Fridays-For-Future-Demos sagen. Fest steht schon lange auch, dass Teile der SPD und auch andere linke Gruppen diese Demos dazu nutzen, um dort eine geballte Mischung aus oberflächlicher Kapitalismuskritik, Weltuntergangsszenarien und sozialistischer Weltbeglückungspropaganda zu verbreiten.

(Beifall AfD - Lachen SPD)

Kein Wunder also - jetzt können Sie klatschen -, dass das alles unter der Fahne der Antifa stattgefunden hat. Genau aus diesen Gründen lehnen wir die Anträge der SPD und von Jamaika entschieden ab.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD] - Weitere Zurufe SPD)

- Ihnen ist das egal. Die Antifa marschiert mit. Dass Sie damit kein Problem haben, ist mir schon klar.

(Beifall AfD)

Wir sagen, dass Schulpflicht Schulpflicht ist und eben kein „Ja, aber“ verträgt.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Ein klares Signal der Bildungsministerin wäre aus unserer Sicht gleich zu Beginn der Demonstrationen im Dezember 2018 richtig und wichtig gewesen.

Nun zum Antrag BNE - Bildung, Nachhaltigkeit, Entwicklung. Wer könnte eigentlich etwas dagegen haben, gerade auch, weil dieser Gedanke bei uns seit Jahrhunderten gelebt wird?

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na ja! - Bei der AfD?)

Das finnische EU-Kommissionsmitglied Jyrki Katainen spricht davon, dass Nachhaltigkeit ein Teil der europäischen DNA sei. Nun ist nicht jeder von uns Land- oder Forstwirt. Deswegen ist es gut, dass das Thema in unserem Bildungskanon fest verankert ist. Das ist übrigens auch nicht erst seit gestern der Fall. Früher haben wir es nur anders genannt, Naturschutz oder auch Verantwortung vor der Schöpfung.

Unsere Kleine Anfrage im Januar dieses Jahres hat gezeigt, wie prominent und wie umfangreich das Thema in allen unseren Bildungseinrichtungen platziert ist. Jamaika will die Entwicklung nun als Landesstrategie weiterführen. So lautet Nummer 1 des

(Dr. Frank Brodehl)

Antrags Nummer 2 wird konkreter: Es soll sichergestellt werden, dass dies alle mittragen, Kommunen, Schulen, Verwaltungen, Wissenschaft, Wirtschaft. Das ist alles gut, solange kein Zwang besteht. Nummer 3 schlägt aber nun vor, zu prüfen, wie die Angebote in Schulen und Kitas gestärkt werden könnten. Sie alle wissen, wenn wir von Stärkung sprechen, dann heißt das eigentlich, dass Gelder fließen sollen. Für mich stellt sich die Frage: Wer soll denn hier gestärkt werden?

Das erinnert mich an ein sogenanntes Werkstattgespräch im Herbst letzten Jahres. Damals hat ein Verein sein Projekt BNE³ vorgestellt. Es ist absolut richtig und gut, wenn man Visionen für eine bessere Welt hat und wenn man in die Zukunft schaut. Aber ich sehe es äußerst kritisch, wenn Leute oder Organisationen ihren Lebensunterhalt damit verdienen, andere zu belehren, wie man die Welt in ein Paradies verwandeln könnte.

Schauen wir einmal in das UN-Weltaktionsprogramm BNE hinein. Angestrebt wird nicht weniger als eine Transformation unserer Welt, mit allen Zielen, die dazu gehören, neben der Schonung der Ressourcen - das sollte man erwarten - auch inklusive Beschulung, Kinderrechte, E-Learning, Geschlechtergerechtigkeit, kein Hunger, keine Armut, weniger Ungleichheit. Das ist alles gut. Man ist ein wenig geneigt, Amen dazu zu sagen. Das hat wirklich teils pseudoreligiöse Züge.

Als Bildungsoffensive zielt BNE laut Ausführung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags darauf ab - ich zitiere - „das Denken und Handeln jedes Einzelnen zu verändern und damit die ganze Gesellschaft zu transformieren“.

Meine Damen und Herren, vielleicht berichten Ihnen die Vertreter von CDU und FDP, die damals auch anwesend waren, was an dem besagten Abend alles dazu gesagt worden ist. Für uns steht fest: Gute Taten auf fremder Leute Kosten haben keinen moralischen Wert.

Wir lehnen den Antrag ab, zumal wir in Schleswig-Holstein in Sachen Vernetzung, Bildung und Nachhaltigkeit bestens aufgestellt sind. Schauen Sie ruhig noch einmal in die Antwort auf unsere Kleine Anfrage hinein. Ansonsten ist es für mich wichtig festzuhalten, dass wir nicht immer nur Bildung für die Kleinsten denken sollten. Darauf zielt Ihr Antrag ja auch ab. Bildung ist viel, aber es ist nicht alles. Noch viel mehr ist das Vorbild von uns Großen.

(Thomas Hölck [SPD]: Aber nicht von Ihnen!)

Wir müssen der Jugend von heute Hoffnung geben und sollten keine Panikmache betreiben.

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. - Schade, Herr Dr. Stegner, das war ein bisschen zu spät.

(Beifall AfD - Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

(Zuruf: Wieder bis 20 zählen!)

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Gerade als Lehrerin freut es mich, ganze Schulklassen zu sehen, die in Flensburg, Rendsburg, Eckernförde oder auch in Kiel auf die Straße gehen und laut demonstrieren oder freitags sogar vor unserem Landeshaus stehen, um ein klares Zeichen für ihre Zukunft zu setzen. In meinen Augen ist das eine couragierte Jugend, die selbstbewusst fordert, was eine Selbstverständlichkeit sein sollte: ihr Recht auf intaktes Klima und eine bewohnbare Erde.

Deswegen habe ich mich auch schon früh erfreut darüber geäußert, dass ganze Schulklassen zusammen und mit Billigung der Schulleitung demonstrieren gehen. Das war auch ein offenes Zeichen gegen einen aufkommenden Sanktionsdruck.

Unser dänischer Schulverein hat sich respektvoll und anerkennend den streikenden Schülerinnen und Schülern gegenüber ausgesprochen. Sie sind darin bestätigt worden, sich in die Gesellschaft einzubringen, Forderungen aufzustellen und sich für eine bessere Welt zu engagieren.

(Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

Ich finde, dass es bei unentschuldigtem Fehlzeiten große qualitative Unterschiede gibt. Wir haben hier keinen Absentismus zu verzeichnen. Es ist für mich etwas anderes, ob Fehlzeiten aufgrund von Bequemlichkeiten oder Urlaubsbuchungen zustande kommen, oder ob sie zustande kommen, weil Schülerinnen und Schüler um ihre lebenswerte Zukunft fürchten.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schülervvertretungen haben - nicht nur von sich aus - Vorschläge gemacht, wie Fehlzeiten vermieden werden können, beispielsweise mit Anwesenheitslisten bei den Demos. Wir haben außerdem die

(Jette Waldinger-Thiering)

Schulen aufgefordert, sich bei der Organisation des Transportes einzubringen und Klima- und Umweltpolitik verstärkt im Unterricht zu behandeln. Dass die Schülerinnen und Schüler bei Klausuren oder an Tagen, an denen Projektaufgaben präsentiert werden, im Unterricht sein müssen, das ist doch vollkommen klar. Das zu hören, war für mich ein riesengroßer Grund zur Freude, denn interdisziplinäres Lernen lässt sich gar nicht besser umsetzen, als dass Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit den Lehrkräften auf die Demos gehen und die Thematik fächerübergreifend vor- und nachbereiten. Ich habe vollstes Vertrauen in unsere Schulen, dass sie die geltende Schulpflicht und das große Engagement ihrer Schülerinnen und Schüler miteinander in Einklang bringen können.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Die Jugendlichen erwarten nicht von uns, dass wir ihnen Lösungen für Fehlzeiten präsentieren. Sie erwarten von uns, dass wir ihnen zeigen, was wir in Schleswig-Holstein dazu beitragen, den Klimawandel zu stoppen - und das völlig zu Recht.

Für mich geht es darum, die jungen Leute, die sich so vehement für ihre Zukunft einsetzen, ernst zu nehmen und sie vorbehaltlos zu unterstützen. Wir haben deswegen im Gespräch mit unserer Jugendorganisation SSW-U aufgezeigt, welche Möglichkeiten wir auf Landesebene sehen, die Umweltpolitik voranzubringen. Da bleibt der Ausbau des öffentlichen und des Schienenpersonennahverkehrs gemeinsam mit der Förderung der E-Mobilität. Mit Fortschritten in der Windenergie und Solartechnik kommen wir außerdem landesweit mit der Gewinnung nachhaltiger Energie voran.

Wir haben ihnen auch erklärt, warum wir die Änderungen des Tariftreue- und Vergabegesetzes der Jamaika-Koalition für einen fatalen Fehler halten, weil die Jamaika-Regierung beschlossen hat, dass Bestimmungen aus dem Gesetz entfernt werden, die zwingend vorgeschrieben haben, dass bei öffentlichen Aufträgen gewisse Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien einzuhalten und zu überprüfen sind.

(Beifall SSW, SPD und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Oberbürgermeister der Stadt Kiel ließ nun über die sozialen Medien um ein Treffen mit Jugendlichen von FridaysForFuture bitten, und die Regierungsfractionen sind heute, so haben wir es gehört, zu einem Gespräch, vielleicht im Landeshaus, aber wo auch immer, verabredet. Ich glaube und hoffe, dass bei diesem Treffen tatsächliche etwas heraus-

kommt und dass ihm Taten folgen, denn die Demonstrationen und Kundgebungen, die teilweise schon den Charakter von Mahnwachen haben, sind kein Freizeitvergnügen für die Jugendlichen. Sie stehen sich stundenlang bei Minusgraden die Beine in den Bauch, nehmen Angriffe in sozialen Medien in Kauf, verteidigen ihre Strategie in Talkshows und streiten sich gegebenenfalls mit Eltern, Lehrkräften und Abgeordneten.

Was Sie von politischer Seite wirklich brauchen, sind handfeste Fortschritte gegen den menschengemachten Klimawandel und deutlich unterstützende Signale. Das wollen wir mit unserem gemeinsamen Antrag mit der SPD zeigen: Kein - in Anführungszeichen - Streik, kein erhobener Zeigefinger mit dem Hinweis auf Konsequenzen und schon gar nicht die Drohgebärden der Bußgelder an die Eltern. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt.

Deshalb ist es klar und logisch, dass wir den AfD-Antrag ablehnen. Den Jamaika-Antrag werden wir auch ablehnen. Der Strategie für nachhaltiges Lernen werden wir natürlich zustimmen.

Eines muss noch gesagt werden: Herr Nobis, ich habe nicht bis 20 gezählt. Ich lache nur darüber, denn es war so erfrischend, wieder zu hören, wie die AfD immer wieder Themen, die uns alle bewegen, und der Klimawandel bewegt uns alle, behandelt. Wir brauchen nur zu gucken, wie groß die Dürre im letzten Sommer in Schleswig-Holstein, aber auch in ganz Europa war. Wenn ich nach draußen sehe, dann scheint die Sonne, wir haben eigentlich Winter.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Die scheint auch im Winter, Hans-Jörn Arp, aber im Winter haben wir Schnee. Wir müssen die klimapolitischen Ziele, die wir uns selbst gesetzt haben, endlich umsetzen.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch wenn ich nicht ganz glaube, dass das heutige Wetter draußen unbedingt eine Folge ist, so glaube ich, dass es sehr deutlich geworden ist, dass die überwiegende Mehrheit hier im Haus der Meinung ist, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung wichtig

(Eka von Kalben)

ist. Lieber SSW, hier gebe ich euch völlig recht: Bildung zum Klimaschutz ist in diesem Land auch bei Erwachsenen weiter nötig, solange es immer noch Menschen und Parteien gibt, die den Klimawandel verleugnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt FDP)

Herr Brodehl, im Grunde war Ihr Beitrag der beste Beweis dafür, wie dringend notwendig unser Antrag und eine landesweite Strategie zu dem Thema sind.

Sie haben eine Sache nicht verstanden: Die Kritik, die die Schülerinnen und Schüler auf der Straße äußern, richtet sich gar nicht an einen Teil des Hauses. Es wird immer gesagt, das sei fast ein Aufruf nach dem Motto gewesen: Anita, tritt bei den Grünen ein!

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

- Genau. Es ist nämlich so, dass das sogenannte - ich sage das nicht - Soundso-Lager in diesem Haus auch immer wieder Verantwortung getragen hat, und zwar in diesem Land, im Bund, in Europa. Wir alle haben in unterschiedlichsten Konstellationen für die Vergangenheit Verantwortung getragen. Das war nicht immer mit 50 % der Fall. Mal kriegt man das eine nicht durch, mal das andere. Dann gibt es Menschen, die haben Angst um Arbeitsplätze und alle möglichen Gründe, aber wir alle hier im Haus, wir alle Parteien gemeinsam, tragen Mitverantwortung dafür, dass die Wahrscheinlichkeit, die Klimaziele zu erreichen, so gering ist, und das ist das, wogegen die demonstrieren - und sie tun das völlig zu Recht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und SPD)

Deshalb demonstrieren sie auch gegen die Grünen.

Wirklich bewegt hat mich Ihre Aussage zum Schulsystem und zu dem, wie Sie sich einen passiven Schüler vorstellen, der während der Schulzeit im Unterricht sitzt, und von einem Lehrer, der dafür sorgt, dass er da auch sitzen bleibt. Ehrlich gesagt, da sind mir Bilder in den Kopf gekommen, die mag ich gar nicht beschreiben.

Ich finde es sehr wichtig, dass wir unsere Schülerinnen und Schüler dazu bewegen, aufzustehen und zu demonstrieren. Damit Sie nicht gleich freudige Erwartungen haben, sage ich: Das gilt für jedes Thema, das innerhalb unserer freiheitlichen-demokratischen Rechtsordnung legitim ist. Dazu gehört

mit Sicherheit der Klimawandel, dazu gehört nicht Ausländerhetze, falls Sie das hoffen. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD - vereinzelt CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Sandra Redmann.

Sandra Redmann [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit ungefähr 20 Jahren mache ich Umweltpolitik, und ich muss mir von Ihnen, von den Leugnern des Klimawandels, nicht sagen lassen, dass ich auf irgendeinen Zug aufspringe. Die Arbeit, die wir hier im Parlament leisten, ist von Ernsthaftigkeit geprägt, und die Auseinandersetzungen über Themen wie den Klimawandel, Landwirtschaft oder andere Dinge werden hier ganz ernsthaft und auch ernst geführt, weil die Lage nämlich ernst ist, nur Sie wollen das nicht wahrhaben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW)

Ich will Ihnen sagen, wie Sie das stattdessen machen und was Ihre Mentalität und Ihre angebliche Fachlichkeit sind. Sie machen das ganz einfach nach immer dem gleichen Modell: Da gibt es in Schleswig-Holstein einen Wolf, und was macht dieser Wolf? Der klopft - wie bei den sieben Geißlein - im Waldkindergarten an die Tür. Das haben Sie nämlich bei Ihren zahlreichen Besuchen im Wald oder ich weiß nicht wo gesehen. Wer tut jetzt etwas dagegen? - Niemand. Aber dann kommt die AfD, und Sie erzählen den Menschen: Das Problem, das sie alle schon hatten, werden wir jetzt für Sie lösen! Dann kommen Sie mit irgendwelchen blödsinnigen, dummen Anträgen und tun so, als würden Sie ein Problem lösen, das gar kein Problem ist. Das ist Ihre Taktik, das ist Ihre ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema Naturschutz oder Umweltpolitik.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Sagen Sie das mal den Schäfern! - weitere Zurufe AfD)

- Entschuldigung, das ist aber so. Genauso machen Sie das.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe Claus Schaffer [AfD])

- Ja, nun meckern Sie mal nicht, nun beruhigen Sie sich auch mal wieder.

(Sandra Redmann)

Ja, ich freue mich! Ich freue mich, dass die Schülerinnen und Schüler - ob am Mittwoch, am Donnerstag oder am Freitag - demonstrieren. Ich freue mich deswegen darüber, weil wir daran erkennen können, dass die Menschen endlich aufwachen. Die Menschen nehmen wahr, was in der Umwelt geschieht. Seit dem letzten Sommer ist das Thema Insektensterben endlich ein Thema geworden, das alle Menschen bewegt.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Und es ist doch gut so, dass es so ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Was erwarten die Schülerinnen und Schüler jetzt? - Frau Klahn, die erwarten kein Tätschel-Tätschel und dass Sie sagen: In 20 Jahren ändern wir mal was, oder irgendwann steigen wir aus. - Die möchten eine ernsthafte fachliche Auseinandersetzung. Die möchten Antworten auf ihre Fragen, die sie haben. Und das ist auch berechtigt.

(Christopher Vogt [FDP]: Das machen wir doch auch! - Zuruf Anita Klahn [FDP])

- Ja, ich habe Ihnen zugehört, und ich kann nur hoffen, dass Sie keine Antworten geben!

(Beifall SPD - Anita Klahn [FDP]: Das ist peinlich, Frau Redmann!)

- Das mag sein, dass Ihnen das peinlich ist. Mir waren Ihre Ausführungen zum Thema Naturschutzpolitik peinlich.

(Beifall SPD)

Wenn das Ihre Antwort ist, die Sie den Schülerinnen und Schüler geben, na dann: Herzlichen Dank!

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Metzner.

Kerstin Metzner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! In der vergangenen Landtagstagung stand ich hier und habe unter Bezugnahme auf das Vergabegesetz für die Beibehaltung der Nachhaltigkeitskriterien in diesem Gesetz gesprochen. Jette Waldinger-Thiering hatte das gerade angesprochen. Diese Nachhaltigkeitskriterien wurden von der Jamaika-Koalition als unwichtig angesehen. Ich habe damals in die-

sem Dreiminutenbeitrag zwei Sätze gesagt, die belächelt wurde, gerade auch von dieser Seite: Wir haben eine Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung. Wir haben nur eine Erde. - Mir sind danach ziemlich eigenartige Begriffe entgegenschlagen. Ich bin zwei Tage später nach Indien gefahren.

(Zuruf: Geflogen!)

- Geflogen, das hat der Kollege Loose ja gesagt.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Dieser Kontrast zwischen dem Lächerlichmachen dieser beiden Sätze und dem Eindruck, dort zu sehen, unter welchen Bedingungen Menschen arbeiten, um unseren Wohlstand zu schaffen, das war so erschreckend. Das war so erschreckend.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das stimmt doch überhaupt nicht! Das ist doch einfach nicht wahr! Die schaffen nicht unseren Wohlstand!)

Und die Aussage, dass wir diese Nachhaltigkeitskriterien hier in diesem Vergabegesetz nicht brauchen, hat mich so beschämt. Ich war dort mit „Brot für die Welt“. Als ich das angesprochen habe, gingen dort Vertreter wirklich in die Luft und sagten: Natürlich können wir diese Kontrollen durchführen, natürlich gehören die in die Vergaberichtlinien!

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

In einem Gespräch sagte eine indische Vertreterin: Wir brauchen diese Vorgaben, damit wir in Indien wirklich etwas ändern können.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Das wollte ich hier bloß einmal ausgesprochen haben, wie wichtig unsere Arbeit hier ist. Wenn wir Erwachsenen das nicht erkennen und in unser tägliches Handeln mit einbauen -

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete!

Kerstin Metzner [SPD]:

Danke, ich möchte den Satz zu Ende sprechen - dann kann ich nur sagen: Wenn es Bildung für nachhaltige Entwicklung braucht, dann sollten wir endlich auf unsere Kinder und auf unsere Enkel hören, die dann nämlich fragen: Mama, Oma, warum ist hier Plastikgeschirr in der Tüte? Solche Fragen hören wir von unseren Kindern. Ihr seid jetzt genau dazwischen. Diese Generation könnte uns zeigen,

(Kerstin Metzner)

wo wir anfangen sollen, vernünftig zu denken. Daran wollte ich noch einmal appellieren.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das sagen die schon seit 40 Jahren! Meine Güte, das ist doch alt! Das heißt Energiesparen!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage der Abgeordneten von Kalben?

Kerstin Metzner [SPD]:

Gern.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Liebe Frau Kollegin, ich teil komplett, was Sie sagen. Was ich nur nicht verstehe: Sie haben auf die vergangenen Debatten hingewiesen, wodurch der Eindruck entstand,

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Sie hat nicht zum Thema gesprochen!)

dass wir im Haus hier das nicht teilen. Ich glaube, dass man den Weg dahin - ob man das in ein Vergabegesetz schreibt oder nicht - kritisieren kann und dass man das so oder so machen kann. Aber dass wir das teilen und zu allen Verboten, die es bereits auf Bundes- und EU-Ebene gibt und auch zu einer Kontrolle gemeinsam hier im Haus alle stehen, das ziehen Sie doch hoffentlich nicht in Zweifel. Ich kann mich nicht erinnern, dass irgendjemand hier im Haus, weder von der Regierungsfraktion noch von der Opposition, gesagt hat, dass Kinderarbeit in der Welt kein Problem sei. Das finde ich auch eine schwierige Unterstellung in der Debatte.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das Schöne an Landtagssitzungen ist, dass sie protokolliert werden: Es gab Einwürfe von der rechten Seite, die das sehr wohl ins Lächerliche zogen. Genau deswegen hatte ich mich hier gemeldet. Dass wir diese Aufgabe haben, die Bewahrung der Schöpfung und die Erhaltung der Erde, das hatte ich herausgestellt. Das ist hier angegriffen worden. Das ist genau der Punkt, weshalb ich hier in diesem Moment stehe. Deswegen lautet mein Appell auch bei einem Koalitionsfrieden: Vielleicht sollte man als Grüner einmal konsequenter daran denken, für welche Werte man einsteht. - Danke schön.

(Wortmeldung Dr. Frank Brodehl [AfD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Metzner, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Brodehl?

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da hat die Sozialdemokratin ja gut reden bei der ganzen Doppelmoral im Bund! - Zuruf: Aber die hält besser, die Doppelmoral! - Weitere Zurufe)

Kerstin Metzner [SPD]:

Ich habe eigentlich alles gesagt, damit würde ich jetzt ganz gern meinen Beitrag beenden.

(Beifall SPD - Lukas Kilian [CDU]: Das ist besser so!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Liebe Schülerinnen und Schüler! Ich finde es klasse, dass sich Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein, aber auch weit darüber hinaus - in Deutschland, in Schweden und vielen anderen Ländern der Welt - aktiv für ihre und in Wahrheit - das ist heute zum Ausdruck gebracht worden - für unser aller Zukunft einsetzen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dennys Bornhöft [FDP])

Sie geben mit ihren Demonstrationen dem Klimaschutz eine starke Stimme, die weltweit gehört wird. Dafür haben sie meinen größten Respekt. Übrigens: Die Verunglimpfung von Greta Thunberg, die in diesem Zusammenhang manchmal im Internet zu lesen ist, finde ich außerordentlich befremdlich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Ich darf einmal zitieren: „Es gibt für uns keinen Reserveplaneten“, schrieb der Autor Franz Alt. Es gibt nur diese eine Welt, und es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, dafür zu sorgen, dass diese Welt für uns alle und natürlich besonders für die kommenden Generationen ein guter Ort zum Leben ist. Das müssen wir heute durch unser Handeln bewirken.

(Ministerin Karin Prien)

Deshalb teilt die Landesregierung ausdrücklich die 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Der Kollege Loose hat darauf hingewiesen. Die einzelnen Nachhaltigkeitsziele will ich jetzt nicht vortragen, dazu gehört aber natürlich auch und gerade der Klimaschutz.

Die Schülerinnen und Schülern, die auch heute hier wieder demonstrieren, vertreten ein wichtiges Anliegen, für das sich diese Landesregierung gerade unter Jamaika einsetzt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Sie geben mit ihrer Aktion einer - manchmal vielleicht etwas in die Jahre gekommenen - Umweltdebatte etwas neues Tempo, ein bisschen mehr Power.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Merkt man bei der Windenergie ganz deutlich!)

Ich glaube, das kann nicht schaden.

Aber auch hier gilt - das will ich sehr deutlich sagen, und das muss auch Schule vermitteln -, dass Lösungen am Ende Ziel eines demokratischen Aushandlungsprozesses bleiben müssen. Deshalb ist zum Beispiel so etwas wie gerade in der Kohlekommission versucht wurde, nämlich einen Ausgleich der Interessen zu erreichen, auch wenn man nicht jedes Ergebnis dort teilen muss, grundsätzlich aus meiner Sicht der richtige Weg. Auch das müssen Schülerinnen und Schüler lernen.

(Beifall CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich wünsche mir, dass die Schülerinnen und Schüler nicht nur demonstrieren, sondern dass sie lernen, dass sie übrigens auch forschen, und zwar in der Schule, wie die Dinge zusammenhängen, wie komplex sie zum Teil auch sind und wie wir unsere Umwelt nachhaltig schützen können, wo wir umsteuern müssen - als Gesetzgeber, gemeinsam mit der Wirtschaft, mit der Wissenschaft -, wo wir Richt- und Grenzwerte überdenken, unser Verhalten ändern, übrigens auch unser eigenes persönliches Verhalten,

(Beifall Tobias Loose [CDU])

auch das ist mehrfach angesprochen worden, wie wir neue Technologien entwickeln müssen, wie wir offen sein müssen für neue Technologien. Und letztlich geht es um die ganz großen Fragen: Wie wollen wir leben? Welche Werte sind uns eigentlich wichtig, und wie setzen wir sie um? Wie verschaffen wir ihnen Gültigkeit? FridayForFuture ist dabei

ein wichtiger Impuls, über diese Fragen intensiv nachzudenken und zu streiten.

Davon bleibt aber die Schulpflicht unberührt. Sie besteht, und sie besteht auch freitags. Ich will Ihnen sagen, lieber Herr Habersaat: Das ist übrigens auch die einhellige Meinung aller Kultusminister in der Bundesrepublik Deutschland, es ist auch die Meinung der Kultusminister in den SPD-geführten Bundesländern, und das hat auch einen Grund.

Wer die Klima-Demo für einen guten Zweck hält, um von der Schule fernzubleiben, entscheidet das souverän. Er entscheidet souverän, gegen die geltenden Regeln und das geltende Recht zu verstoßen. Schwänzen bleibt Schwänzen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und Jörg Nobis [AfD])

Ja, Frau Waldinger-Thiering: Einmalig und ausnahmsweise kann die Teilnahme an einer Demo als Teil des Unterrichts gestattet sein - vorbereitet, nachbereitet und übrigens auch kontrovers diskutiert. Darauf lege ich großen Wert, denn man kann anderer Meinung als die Schülerinnen und Schüler sein, die da draußen demonstrieren.

Wer sich aus guten Gründen freiwillig für zivilen Ungehorsam entscheidet, trägt die Verantwortung für das eigene Handeln. Er wird die Konsequenzen tragen und aushalten müssen. Wenn Sie schon das Schreiben an die Schulleitung zitieren, Herr Habersaat, finde ich es wirklich schade, dass Sie nicht zitieren, dass wir gerade in diesem Schreiben darauf hingewiesen haben, dass Konsequenzen verhältnismäßig sein müssen. Das gehört eben auch zur Wahrheit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Genau, Herr Habersaat. - Bei allem Verständnis, Herr Dr. Brodehl: Es ist Grundkurswissen - Verwaltungsrecht, erste Vorlesung -, dass natürlich jedes staatliche Handeln, jeder Verwaltungsakt verhältnismäßig sein muss. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall CDU - Zuruf SPD: Ja, warum müssen Sie das dann noch einmal zeigen? - Zurufe CDU: Oh!)

Sie können doch nicht ernsthaft mich als Ministerin dafür kritisieren, dass ich die Schulleitung darauf hinweise, dass diese Maßnahmen verhältnismäßig sein müssen. Das ist tatsächlich eine Selbstverständlichkeit. Da verstehe ich Ihre Argumentation nicht.

(Ministerin Karin Prien)

(Wortmeldung Martin Habersaat [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Ministerin!

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Meine Damen und Herren, mir ist die Meinung der Demonstranten wichtig, auch wenn man sie nicht teilen muss. Freiwilligkeit ist in diesem Zusammenhang wichtig. Schülerinnen und Schüler dürfen nicht instrumentalisiert werden - auch das ist wichtig.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Nein, Herr Habersaat. Sie können sich gern gleich noch einmal melden.

(Unruhe SPD)

Trotzdem gilt: Gesellschaftliches Engagement - übrigens keineswegs nur für den Klimaschutz - ist gut. Es ist ganz im Sinne unserer demokratischen Kultur, dass Menschen ihre Forderungen und Wünsche laut formulieren. Deshalb ist es so wichtig, dass wir ihnen zuhören.

In Richtung AfD muss ich noch sagen: Sie haben öffentlich kritisiert, dass ich mich bei der ersten Demonstration zu den Schülern gestellt und mit ihnen gesprochen habe. Es ist in dieser Demokratie doch wohl eine Selbstverständlichkeit, dass wir jungen Menschen zuhören, die sich so artikulieren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir unterstützen das politische Engagement zum Beispiel im Rahmen der zahlreichen Aktivitäten und Initiativen, die wir im Rahmen des „Jahres der politischen Bildung“ durchführen - natürlich auch an Schulen. So muss es sein.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einen anderen Gedanken ausführen: Der Schlüssel für die Beherrschung des menschengemachten Teils des Klimawandels und den Umgang mit den Folgen, die sich schon jetzt zeigen, bleiben Bildung und Forschung. Darauf hat bereits der Naturforscher Alexander von Humboldt hingewiesen, dessen 250. Geburtstag wir in diesem Jahr feiern. Dass Bildung und Forschung dabei so wichtig sind, ist der Grund, warum wir jetzt eine umfassende Gesamtstrategie

BNE - Bildung für nachhaltige Entwicklung - forcieren und konkretisieren müssen.

Die Entwicklung und Umsetzung einer „Gesamtstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung für alle Bildungsbereiche im Sinne des UNESCO-Weltaktionsprogrammes“ ist deshalb auch ein prominenter Bestandteil des Jamaika-Koalitionsvertrags. Diesen Teil des Koalitionsvertrags haben die regierungstragenden Fraktionen mit ihrem Antrag noch einmal bekräftigt und vor allem konkretisiert.

Wir haben eine klare Zeitperspektive. Wir wollen nach einem umfassenden Beteiligungsprozess der einschlägigen Akteure - darauf ist hingewiesen worden - diesen Teil des Koalitionsvertrages bis zum ersten Quartal 2020 umgesetzt haben - dann über den schulischen Bereich hinaus. Im schulischen Bereich ist in Schleswig-Holstein tatsächlich schon sehr viel in den Fachanforderungen verankert und dieses Thema ein Gegenstand des naturwissenschaftlichen Unterrichts; darauf hat Herr Habersaat zu Recht verwiesen. Wir können dabei an etablierte Strukturen anknüpfen. Es gibt in allen Kreisen und kreisfreien Städten bereits Fachberatungen für Umwelterziehung, die konkret und regionalisiert schulische Aktivitäten anregen, unterstützen und vernetzen. Dafür danke ich den Akteuren an dieser Stelle sehr.

(Beifall CDU und Dennys Bornhöft [FDP])

Wir haben 171 Zukunftsschulen - darauf hat Frau von Kalben hingewiesen. Im Rahmen der Initiative „Zukunftsschule.sh“, die als offizielle Maßnahme der Weltdekade der Vereinten Nationen ausgezeichnet worden ist, werden diese Schulen regelmäßig zertifiziert und individuell gefördert. Bereits jetzt gehen wir in außerschulische Lernorte, von denen wir viele in einem aufwändigen Verfahren jährlich zusammen mit dem MELUND, dem Sozialministerium und der NUN-Zertifizierung auszeichnen. Auch ihnen danke ich an dieser Stelle.

Die Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung soll zusammen mit allen relevanten Akteuren der Zivilgesellschaft entwickelt werden. Dazu gehören die jungen Menschen, die heute draußen demonstrieren. Ich möchte sie deshalb einladen, sich an diesem Diskussionsprozess zu beteiligen. Wir werden in den nächsten Tagen auf sie zukommen und ihnen Terminvorschläge unterbreiten.

(Beifall Heiner Rickers [CDU] und Anette Röttger [CDU])

Meine Damen und Herren, ich bin übrigens stolz darauf, dass die UNESCO vor einigen Monaten ihre

(Ministerin Karin Prien)

Jahrestagung in Schleswig-Holstein in Damp zum Thema BNE durchgeführt hat. Wir in Schleswig-Holstein sind an dieser Stelle weit vorn. Ich bin stolz darauf, dass das in den letzten Jahren - auch unter den Vorgängerregierungen - so vorangebracht worden ist.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal auf Alexander von Humboldt verweisen. Er formulierte als Erster die bis heute wichtige grundsätzliche Erkenntnis, dass in der Natur alles mit allem zusammenhängt. Er war übrigens auch der Erste, der den Klimawandel beschrieben hat. Menschliches Handeln, Klima und Umwelt - das steht „alles in Wechselbeziehung“; das ist ein Zitat von ihm, das war sein Begriff. Das könnte Überschrift für unsere BNE-Strategie und Appell auf einem der Demobanner heute sein, draußen vor unserem Landtag. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Bevor wir zu weiteren Kurzbeiträgen kommen, begrüßen Sie bitte mit mir Angestellte des Schulamtes Kreis Pinneberg auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Zudem begrüßen wir wahrscheinlich noch weitere Schülerinnen und Schüler. - Seien Sie uns auch herzlich willkommen!

(Beifall)

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn Sie als Landesregierung diese Strategie entwickeln, denken Sie vielleicht noch einmal darüber nach, warum Sie es erstens für richtig befunden haben, die Energiewende in Schleswig-Holstein zu stoppen. Ich weiß, in Teilen der FDP wird diese grundsätzlich in Frage gestellt.

(Zurufe FDP: Was?)

Zweitens: Warum haben Sie das Tarifreuegesetz um genau solche Gedanken bereinigt?

(Unruhe CDU und FDP - Lukas Kilian [CDU]: So ein Quatsch!)

Wenn Sie die Strategie schreiben, empfehle ich noch einmal einen Blick in die Kreise, denn das Angebot ist in den einzelnen Kreisen qualitativ sehr unterschiedlich; aber gerade das wird mit der Strategie wahrscheinlich vereinheitlicht werden.

Die Frage, die ich Ihnen gern gestellt hätte, ist: Wenn es denn so selbstverständlich ist, dass der Staat verhältnismäßig reagiert - was absolut selbstverständlich ist -

(Tobias Koch [CDU]: Selbstverständlich, genau!)

- Herr Kollege Koch -, warum trauen Sie es den Schulleitungen dann nicht zu, sondern schreiben extra solche Briefe?

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Schüler!

(Beate Raudies [SPD]: Das sind Schülerinnen!)

- Nein, Schüler. Es gibt das generische Maskulinum.

(Zurufe)

- Ja, ja. Ich fang noch einmal an; ich tue Ihnen einen Gefallen. - Liebe Schülerinnen, liebe Schüler! Frau Prien, in aller Kürze zu Ihrer Anregung: Sie sprachen darüber, dass ich kritisiert habe, dass Sie mit den Schülern gesprochen hätten. Der Hintergrund meiner Aussage war tatsächlich die Abfolge der Ereignisse am 14. Dezember 2018; das war, glaube ich, das Datum. Sie hatten meines Erachtens davor angekündigt, dass Sie außerhalb der Schulzeit mit den Schülern sprechen wollten. Sie schütteln jetzt ablehnend den Kopf.

(Ministerin Karin Prien: Genau!)

Dann gucken Sie sich bitte einmal das Video an. Darin ist aufgenommen - ich selbst war auch dabei -, wie die Schüler selbst sagen: Ja, Sie wollten sich ja eigentlich nur außerhalb der Unterrichtszeit mit uns treffen, und jetzt machen Sie es trotzdem. - Ich erlebte es damals so, dass Sie da ein Stück weit in etwas hineingeschlittert sind; die hatten das Mikrophon - da haben Sie mit ihnen gesprochen.

(Dr. Frank Brodehl)

(Lukas Kilian [CDU]: Wir schlittern nicht! - Unruhe)

- Gucken Sie sich das Video ruhig noch einmal an.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Eka von Kalben?

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Ja.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Brodehl, ich war zufällig bei der Demonstration dabei. Ich kann mich gar nicht daran erinnern, Sie da gesehen zu haben, aber vielleicht ist mir das entgangen. Ich habe wie wir alle erlebt, wie es dort bei der Demonstration war. Wenn Menschen draußen vor der Tür stehen - es ist völlig egal, ob das Schülerinnen und Schüler, Erwachsene, alte oder junge Menschen sind -, ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, denen als Fraktion einen guten Morgen zu wünschen und zu fragen: „Was ist euer Anliegen?“, und nicht einfach vorbeizugehen.

(Beifall)

Das gilt für die Regierung genauso wie für uns Abgeordnete. - Sind Sie auch dieser Meinung?

(Heiterkeit)

- Ja, da teile ich Ihre Meinung. Die Schüler haben gesagt, dass sich die Ministerin mit ihnen nicht während der Schulzeit treffen wollte, und dann hat sie das doch gemacht. Da kann man sagen: Einmal ist keinmal. Ich glaube, dass die Schüler eine klare Ansage gebraucht hätten, auch von da, und das Gespräch nicht während der Unterrichtszeit hätte geführt werden sollen.

(Unruhe)

Gucken Sie sich das Video noch einmal an!

Selbstverständlich würde auch ich mit jedem reden, der vor dem Landtag steht. Ich habe heute von Ihnen vernommen, dass Sie eine klare Stellungnahme dazu abgegeben haben. Schulpflicht bleibt Schulpflicht. Das hätte ich mir früher gewünscht. Das war meine Anregung.

(Beifall AfD - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat sie auf der Demonstration gesagt! Ich stand daneben! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung, zuerst über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1155. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe!

(Unruhe)

Ich wiederhole das gern: Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1155, abstimmen. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU gegen die Stimmen der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein angenommen.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1234 (neu), den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1260, und den Alternativantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1274.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1274 dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag auf Ausschussüberweisung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU gegen die Stimmen der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1234 (neu), abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein gegen die Stimmen von SPD und SSW abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1260, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

NEN, FDP, CDU und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein gegen die Stimmen von AfD und SSW bei Enthaltung der SPD angenommen.

(Zurufe)

Ich lasse jetzt noch über den AfD-Antrag in der Sache abstimmen. Wer dem Alternativantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1274, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Alternativantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU gegen die Stimmen der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Mindestvergütung für Auszubildende einführen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1239

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Tobias von Pein.

Tobias von Pein [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Mit seinen eigenen Händen das Leben meistern können, selbstständig, frei und emanzipiert - das ist zentral, wenn wir über Arbeit reden. Ein bekannter und kluger Ökonom und Philosoph sagte einmal:

„Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums ... Sie ist dies - neben der Natur, die ihr den Stoff liefert, den sie in Reichtum verwandelt. Aber sie ist noch unendlich mehr als dies. Sie ist die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens, und zwar in einem solchen Grade, dass wir in gewissem Sinn sagen müssen: Sie hat den Menschen selbst geschaffen.“

Kurzum: Erwerbsarbeit hat eine zentrale Bedeutung für die soziale Integration von Individuen. Für uns Sozialdemokraten ist das seit unserer Gründung vollkommen klar. Wer arbeitet, muss davon leben können. Dies gilt auch für junge Menschen, die auf eigenen Beinen stehen wollen,

(Beifall SPD, Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

für Auszubildende, die sich vielleicht zum ersten Mal so richtig emanzipieren wollen. An finanziellen Problemen sollte eine Ausbildung nicht scheitern. Deshalb wollen wir Sozialdemokraten die Mindestvergütung für Auszubildende.

(Beifall SPD, Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

Es geht darum, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und eine neue Untergrenze und Haltelinie einzuführen. Wir wollen, dass die Mindestausbildungsvergütung bei 80 % der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung des jeweiligen Ausbildungsjahres liegt. Außerdem soll diese mit fortschreitender Berufsausbildung jährlich ansteigen. Eine höhere tarifliche Ausbildungsvergütung muss dabei natürlich weiter Vorrang haben.

Damit würden wir endlich erreichen, dass die Azubi-Gehälter - so sollte man das auch nennen - der einzelnen Branchen nicht immer weiter auseinanderklaffen. Natürlich bedeutet eine Tarifsteigerung in gewerkschaftlich gut organisierten Bereichen auch eine Steigerung der Mindestausbildungsvergütung insgesamt. Eine Mindestvergütung ist - wie auch der Mindestlohn - immer nur die absolute Untergrenze, die wir einhalten müssen. Damit stehen wir fest an der Seite der Gewerkschaften, die eine faire Entlohnung aller Azubis wollen.

(Beifall SPD und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Solange die Auszubildenden in vielen Bereichen noch nicht unter dem Schutz starker Tarifverträge stehen, stellt die Mindestvergütung für Azubis eine notwendige Brücke dar. Respekt und Anerkennung sind das eine, angesichts des Fachkräftemangels geht es aber auch um die Attraktivität von Ausbildungen. Wer eine Ausbildung macht, braucht Planbarkeit und Sicherheit beim Einstieg ins Berufsleben. Wer in der Ausbildung wenig Geld bekommt und darüber hinaus unzufrieden ist, schmeißt schneller hin.

Die Abbrecherquote liegt durchschnittlich bei 24 %, in schlecht bezahlten Berufen wie beispielsweise bei Friseuren, Fleischern oder Hotelkauffleuten steigt sie sogar auf 30 % an. Mit einer ordentlichen Bezahlung - davon bin ich überzeugt - wird die Abbrecherquote nach unten gehen, natürlich neben einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die weiter geboten ist.

Der Vorschlag der Bundesbildungsministerin Karliczek von 504 € im ersten Ausbildungsjahr und in

(Tobias von Pein)

den Folgejahren 5, 10 und 15 % mehr reicht nicht aus, er verbessert für kaum einen Auszubildenden die Lage und birgt die Gefahr von faktischen Verschlechterungen für viele Auszubildende. Außerdem soll die von ihr vorgeschlagene Mindestvergütung an das Schüler-BAföG gekoppelt werden. Das muss man sich einmal vorstellen. Das geht gar nicht. Auszubildende sind keine Schüler, sondern Teil des Betriebspersonals. Sie arbeiten.

(Beifall SPD)

Eine angemessene Ausbildungsvergütung ist keine Sozialleistung.

Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine echte Ausbildungsvergütung einzusetzen. Wir wollen, dass junge Menschen ein gutes Leben führen können - unabhängig, selbstbestimmt und abgesichert. Die Mindestvergütung sichert dieses Prinzip ab und stellt sicher, dass unsere duale Ausbildung für angehende Azubis attraktiv bleibt. Wir Sozialdemokraten stehen ohne Wenn und Aber zur dualen Ausbildung und an der Seite der vielen, vielen Azubis in unserem Land. Wir wollen echte Verbesserungen. Die Mindestvergütung für Auszubildende ist nach dem Mindestlohn ein weiterer Meilenstein für mehr Gerechtigkeit auf dem Ausbildungsmarkt. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Peer Knöfler.

Peer Knöfler [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebe Gäste! Fachkräftemangel, Handwerksbetriebe, die keine Nachfolger finden, Personalmangel in der Pflege, beim Friseur, beim Schlachter, im Hochbau, im Tiefbau, im Straßenbau. Auch an Lokomotivführern fehlt es, wie wir fast täglich schmerzlich erfahren. Diese Aufzählung ließe sich noch unendlich lange fortführen. Ja, es fehlt uns definitiv an Nachwuchskräften in vielen Branchen. Ohne Frage - die Ausbildung muss wieder attraktiver werden.

Wenn wir das im Hinblick auf die Vergütung angehen, dürfen wir aber eines nicht vergessen: Wer eine Ausbildung absolviert, geht keiner Arbeit nach, sondern steht in einem Bildungsverhältnis und muss damit meist nicht seine Lebenshaltungskosten decken können.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Als Parallele zur Ausbildungsvergütung sollte man durchaus das Schüler-BAföG heranziehen.

Noch eines sollten wir unbedingt in Betracht ziehen: Wir müssen eine zweiseitige Akzeptanzlösung finden: für die Auszubildenden, aber auch für die Ausbildungsbetriebe. Und wir müssen die Frage stellen, ob wir in die Tarifautonomie eingreifen,

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Genau!)

wenn Mindestausbildungsvergütungen gefordert werden. Der Gedanke wundert mich in Bezug auf die SPD doch sehr. Der Schlachter meines Vertrauens im Nachbardorf muss sich ein Ausbildungsverhältnis auch noch leisten können. Im schlimmsten Fall wird er gar nicht mehr ausbilden. Und dann? - Der Auszubildende müsste weite Wege zu seinem - wollen wir hoffen - neuen Ausbildungsplatz auf sich nehmen, und der Schlachter schließt früher oder später seinen Laden, weil es ihm an Personal mangelt. Eine drastische, aber durchaus realistische Darstellung.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Eine Wechselbeziehung von vielen verschiedenen, für sich aber auch wichtigen Faktoren.

Eine Mindestausbildungsvergütung könnte einen massiven Eingriff in die Tarifautonomie darstellen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Als ob Sie die immer verteidigen würden!)

Eine Maßnahme, die eine komplexe Betrachtungsweise mit sich bringen muss und sich nicht einmal eben schnell in einem Antrag, der auch noch undifferenziert und unklar ist, verpacken lässt. Die Thematik an die Novelle des BBiG zu koppeln, sie dort zu verankern und eine Verbindung eventuell mit dem Schüler-BAföG mit den Stichworten „Heim-schläfer“ beziehungsweise „nicht Heimschläfer“ zu finden, wäre sicherlich angebracht und umsetzbar.

Wir sollten erstens hier nicht schon wieder über Dinge debattieren, die klar in der Zuständigkeit des Bundes liegen. Zweitens sollten wir nicht schon wieder versuchen, den Sachverhalt zu verkomplizieren, Wege zu gehen, ähnlich wie beim Landes-/ Bundesmindestlohn, eine bundeseinheitliche Lösung abwarten und dann bewerten.

Um hier nicht in eine ideologische Debatte zu verfallen und aufgrund der Komplexität der Thematik, welche auch parallel auf Bundesebene diskutiert wird, plädieren wir für eine Überweisung an den Wirtschaftsausschuss. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Peer Knöfler)

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! 406 € so niedrig ist die Ausbildungsvergütung für angehende Friseur im ersten Lehrjahr. Wir Grüne finden: Das ist beschämend wenig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch in anderen Berufen wie zum Beispiel bei Schornsteinfegerinnen und Schornsteinfegern oder im Fleischereibetrieb müssen Auszubildende mit einer erbärmlich geringen Ausbildungsvergütung über die Runden kommen. Das ist ungerecht und ein Auftrag für uns als Politiker.

Bei der Mindestausbildungsvergütung geht es aus unserer Perspektive um Gerechtigkeit, auch um Generationengerechtigkeit, denn ganz egal, für welche Ausbildung Jugendliche sich entscheiden, sie haben den Anspruch und das Recht darauf, fair vergütet zu werden. Generationengerechtigkeit bedeutet eben nicht, bei armutsfesten Renten aufzuschreien, wie es einige eifrige Jungpolitiker zum Teil tun, sondern sich ganz konkret für die Rechte von Auszubildenden einzusetzen. Wir Grüne verstehen das jedenfalls so.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

In vielen Ausbildungsberufen fehlen nämlich Auszubildende. Das hängt oft auch mit der Attraktivität der Ausbildung zusammen. Das Durchschnittsalter der Auszubildenden steigt. Die Frage, wie man die Ausbildungszeit finanziert und über die Runden kommt, ist für viele existenziell wichtig. Das Klischee von nur zu Hause bei Mutti wohnenden Azubis trifft schon länger nicht mehr zu. Nicht alle Auszubildenden können beispielsweise über ihre Eltern mitfinanziert werden.

Faire Vergütung ist eine Aufgabe der Betriebe. Eine Mindestausbildungsvergütung schafft dafür einen gesetzlichen und eindeutigen Rahmen, ebenso wie es beim Mindestlohn der Fall ist. Deshalb ist es auch gut, dass sich die Große Koalition - auf Druck der SPD und vor allem der Jusos - verständigt hat, eine Mindestausbildungsvergütung einzuführen.

Das begrüßen wir ausdrücklich. Wir begrüßen nicht den aktuell in der Diskussion vorliegenden Vorschlag der CDU-Bundesbildungsministerin Karliczek. - Herr Stegner, da sind wir einer Meinung.

Mit den vorgeschlagenen 504 € dem BAföG-Satz für Schülerinnen und Schüler, werden wir nur die wenigsten Auszubildenden überhaupt erreichen. Für die wenigsten Auszubildenden würde das deren finanzielle Situation verändern, denn sehr viele Auszubildende liegen zwar über dem Schülerhöchstsatz, aber noch deutlich niedriger, als was man im Durchschnitt als Ausbildungsvergütung bei sehr guten Ausbildungsplätzen bekommt.

Wir können bei dem Schülerhöchstsatz auch nicht davon sprechen, dass zum Beispiel eine Bedarfsgerechtigkeit erreicht ist. Das ist für uns Grüne das entscheidende Kriterium in der Frage der Höhe. Man kann das aus meiner Sicht auch nicht mit dem Schüler-BAföG vergleichen, Herr Kollege Knöfler, weil die Auszubildenden ganz konkret Arbeitsleistung für ihre Unternehmen schon im ersten Lehrjahr erbringen. Deswegen ist aus meiner Sicht der Vergleich mit dem Schüler-BAföG einer, der nicht ganz zielführend ist. Deswegen müssen wir bei der Mindestausbildungsvergütung deutlich über dem Schülerhöchstsatz im BAföG hinaus.

(Beifall Wolfgang Baasch [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaftsjugend des DGB und der SPD hier in Schleswig-Holstein und auf Bundesebene. Wir wollen, dass die Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 80 % der durchschnittlichen Tarifvergütung eingeführt wird. Ganz einfach formuliert: Das sind wahrscheinlich 660 € im ersten Lehrjahr. Das ist richtig so und hat unsere Unterstützung. Für Unternehmen in Schleswig-Holstein wäre das im Übrigen gar kein Teufelszeug, weil - das kann man kann man dem Ausbildungsreport entnehmen - die durchschnittliche Vergütung von Auszubildenden im ersten Lehrjahr in Schleswig-Holstein ungefähr 660 € sind.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man kann also nicht davon sprechen, dass die meisten Unternehmen überfordert wären.

Auch sonst erinnert mich in dieser Debatte sehr viel an die Debatte zum Mindestlohn. Herr Knöfler hat das eben gerade wiederholt. Lassen Sie uns doch einmal gemeinsam feststellen, dass all die Schreck-

(Rasmus Andresen)

gespenster beim bundesweiten Mindestlohn überhaupt nicht eingetroffen sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es gab keinen massiven Verlust an Arbeitsplätzen. Es hat nicht dazu geführt, dass viele Betriebe in ihrer Existenz bedroht worden wären. Genauso wenig täte das eine Mindestausbildungsvergütung. Die Mindestausbildungsvergütung bleibt richtig. Wir müssen auf unterschiedlichen Ebenen dafür kämpfen, dass wir sie durchsetzen. Das muss die SPD auf Bundesebene tun. Es muss besser werden als der Vorschlag der Bundesbildungsministerin. Das müssen wir durch viel Überzeugungsarbeit - man hat es gerade gehört - auch in unserer Koalition tun. Da haben wir eine gemeinsame Herausforderung.

(Zuruf)

Wir sollten deshalb über Ihren Antrag nicht einfach in der Sache abstimmen. Dafür hätte es hier heute keine Mehrheit gegeben. Wir sollten ihn dem Bildungs- und dem Wirtschaftsausschuss überweisen und die Zeit nutzen, um mit den Gewerkschaftsjüngenden, aber auch dem Handwerk, in dem es Befürchtungen gibt - das will ich hier nicht verhehlen -, über diesen Antrag, dieses Anliegen zu sprechen. Es ist häufig so, dass gute Ideen etwas Zeit brauchen, bis eine Mehrheit davon überzeugt ist. Ich bin aber optimistisch, dass wir das hinbekommen werden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert das Wort.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, es ist an der Zeit, dass jemand eine Lanze für die soziale Marktwirtschaft und die Tarifautonomie bricht. Das werde ich gern tun.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zurufe FDP: Jawohl! Bravo!)

„Mindestvergütung für Auszubildende“ - was ist das für ein wohlklingender Titel! Was für eine wohlfeile Forderung! Mehr Geld für alle, mehr Fürsorge, mehr Vorteile, mehr von allem für alle, insbesondere für die Auszubildenden!

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Jedenfalls klingt es so. Im Koalitionsvertrag des Bundes hat sich die GroKo bereits auf eine Mindestausbildungsvergütung geeinigt. Die Bundesbildungsministerin Anja Karliczek - -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wie heißt Sie?)

- Ich muss ihren Namen noch ablesen; Sie wahrscheinlich auch. - Die Bundesbildungsministerin von der CDU hat schon einen entsprechenden Vorstoß gemacht. Beides, sowohl die Einigung im Koalitionsvertrag als auch der Vorstoß der Bundesarbeitsministerin ist ein unverantwortliches Einknicken zulasten von Tarifautonomie und sozialer Marktwirtschaft.

Übrigens ist der Bundesministerin ihr Einsatz nicht gerade gedankt worden. Die Kommentare des SPD-Koalitionspartners reichen von „nicht bedarfsgerecht“ über „inakzeptabel“ bis zu „Griff in's Klo“.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ja!)

Es ist einerseits bemerkenswert, wie mit Koalitionspartnern umgegangen wird, die das gemeinsam Vereinbarte umsetzen wollen;

(Beifall FDP)

andererseits sehen wir auch, dass die GroKo mehr oder weniger erfolgreich an dem Thema arbeitet. Mit anderen Worten: Nach dem Rentenantrag, über den letzten Mittwoch diskutiert wurde, ist das einmal wieder ein Schaufensterantrag, ein Marketing-Gag, mit dem der schlechten Performance der Bundes-SPD auf die Sprünge geholfen werden soll.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und AfD)

Ich will hier deutlich sagen: Den Initiativen der Bundes-SPD fehlt nicht die Zustimmung, weil die Unterstützung von den SPD-Landesverbänden fehlen würde; sie sind ganz einfach nicht gut. Deswegen werden sie nicht unterstützt. Das sieht man auch anhand des vorliegenden Antrags.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Mindestvergütung, Schutz vor Tarifflicht, Sicherung des Lebensunterhalts: Das alles klingt toll. Aber hält der Antrag auch, was er verspricht?

Sie sagen: Wer arbeitet und eine Ausbildung macht, muss seine Lebenshaltungskosten decken können. Das stimmt. Das muss jeder Mensch. Allerdings sind - das klang bereits an - Arbeit und Ausbildung zwei Paar Schuhe.

Ich habe bei Ihrer Rede vorhin erleben dürfen, dass Sie das nicht genau wissen, aber es ist so. Die Ar-

(Kay Richert)

beit unterliegt dem Mindestlohn, weil man von der Arbeit leben können muss.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Sie von der SPD tun immer so, als ob wir, die Freien Demokraten, gegen die Beschränkung der prekären Entlohnung seien. Das ist falsch. Das wissen Sie auch. Sie unterschlagen das FDP-Konzept zur Lohnuntergrenze, das damals parallel zu Ihrem Konzept diskutiert wurde, und sich von Ihrem Modell nur durch mehr Tarifautonomie unterscheidet.

(Beifall FDP)

Ihr Verständnis von Tarifautonomie und staatlicher Regelung, Ihr Vertrauen in die Gestaltungskraft der deutschen Gewerkschaften ist sehr speziell - trotz Ihrer Schmeicheleien und fragwürdigen Zwischenrufe!

(Beifall FDP - Unruhe)

Aber diejenigen, die die erste Ausbildung absolvieren, müssen sich keine Sorgen um ihren Lebensunterhalt machen. Warum müssen sie das nicht? Weil für die erste Ausbildung die Eltern zu sorgen haben. Die Eltern sind verpflichtet, jedem ihrer Kinder eine Vorbildung für einen ersten Beruf zu finanzieren, egal, ob es sich um ein Studium oder eine Ausbildung handelt.

Ich weiß, das können sich nicht alle Eltern leisten. Es wird hierzu bestimmt noch andere exotische Fallkonstruktionen geben. Aber zum einen gibt es bei Bedürftigkeit andere Hilfen und zum anderen helfen dann auch 635 € nicht.

Weiter fordern Sie in Ihren Antrag eine faire Ausbildungsvergütung. Auch das ist sehr interessant. Denn was ist fair? Wer gibt denn in der Ausbildung mehr? Der Azubi mit seiner Arbeitskraft oder der Betrieb mit seiner Ausbildungsleistung?

(Martin Habersaat [SPD]: Soll der Azubi dafür bezahlen? - weitere Zurufe SPD)

- Ich finde, die Phrase, diese Worthülse, die Sie hier bringen, ist unangebracht und sehr unreflektiert!

(Beifall FDP)

Weiter behaupten Sie, eine Mindestvergütung steigere die Attraktivität der Ausbildung. Womit belegen Sie das bitte? Haben Sie sich überhaupt thematisch damit befasst? Ihre Behauptung klingt ganz toll, aber die Zahlen sprechen doch eine ganz andere Sprache. Die 15 Ausbildungsberufe, in denen die stärksten Probleme bei der Besetzung der Stellen vorliegen, zahlen Ausbildungsvergütungen zwischen 637 € und 1.104 € pro Monat. Die Vergütung

liegt bei diesen Ausbildungen immer über 635 €! Trotzdem haben diese Branchen Besetzungsprobleme.

Das wurde uns übrigens auch beim Empfang des Handwerks am vergangenen Mittwoch, an dem die arbeitspolitischen Sprecher hoffentlich alle teilgenommen haben, vor Augen geführt. Das Bäckerhandwerk hat keine Probleme bei der Besetzung der Ausbildungsstellen im Gegensatz zum Baugewerbe, in dem eine wesentlich höhere Vergütung gezahlt wird.

Empirisch belegt ist, dass für junge Menschen ganz andere Dinge wichtig sind: beispielsweise eine interessante Tätigkeit, gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt, eine Perspektive, ein gutes Betriebsklima und schließlich sichere Arbeitsplätze.

(Martin Habersaat [SPD]: Nicht das Geld!)

Diese Faktoren sind in erster Linie entscheidend für die jungen Menschen. Ein gutes Klima und sichere Arbeitsplätze gefährden Sie durch Ihre Planwirtschaft. Warum? Es würde die Kostenbelastung der Betriebe steigen. Die Kostensteigerung von Handwerksbetrieben läge geschätzt bei 15 %. Besonders würde die Regelung Betriebe in strukturschwachen Regionen sowie kleine Betriebe treffen.

Außerdem kann ein Betrieb auf Azubis - anders ist es bei ausgebildeten Arbeitskräften - verzichten und trotzdem funktionieren. Was würden die Betriebe, wenn der Antrag umgesetzt würde, machen? Sie würden schlicht nicht mehr ausbilden. Das würde unseren Fachkräftemangel nur verstärken.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Dennys Bornhöft [FDP]: Das darf nicht sein!)

Wir möchten, dass sich die Auszubildenden im Betrieb wohlfühlen und ihren Beruf mit Freude erlernen können. Wir wollen keine Verschlimmbesserungen am Arbeitsmarkt. Wir wollen auch keine Schaufensteranträge aus der Marketingabteilung. Wir werden uns trotzdem der Überweisung des Antrags in den Ausschuss nicht versperren. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

(Birte Pauls [SPD]: Der erzählt jetzt wahrscheinlich das Gleiche! - Weitere Zurufe)

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe verbliebene Gäste! Mit dem vorliegenden Antrag - -

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

- Ich dachte, ich wäre dran. - Mit dem vorliegenden Antrag versucht die SPD entsprechend ihrer wiederentdeckten Sozialstrategie ein weiteres Mal, die soziale Karte zu spielen. Das Problem ist nur: Der Antrag geht von falschen Voraussetzungen aus. Wenn bereits die Eingangsanalyse falsch ist, können auch die Schlussfolgerungen nicht richtig sein.

Eine Ausbildungsvergütung ist weder Lohn noch Gehalt, sondern ein Zuschuss zum Lebensunterhalt. Auch Arbeitszeiten außerhalb des Betriebs, wie zum Beispiel während des Besuchs der Berufsschule, werden hier erfasst.

Sie behandeln in Ihrem Antrag das Thema Ausbildungsvergütung wie den Mindestlohn; von daher ist der Antrag bereits im Ansatz verfehlt. Hier Vergütung, da Lohn, das ist nicht dasselbe.

Das Thema Mindestausbildungsvergütung steht bereits im Koalitionsvertrag der momentanen Bundesregierung. CDU/CSU und SPD wollen eine Mindestvergütung im Berufsbildungsgesetz verankern, die zu Beginn des Jahres 2020 in Kraft treten soll. Im neuen Bundesgesetzentwurf zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung geht es um die Wahrung eines sozialen Mindeststandards. Nach allem, was uns hierzu bekanntgeworden ist, soll nach der Vorstellung der Bundesbildungsministerin eine Art Mindestlohn bestehen, der im ersten Lehrjahr bei etwa 500 € liegt, ein Betrag, der sich am Betrag für Vollzeitschüler orientiert.

Aktuell regt sich gegenüber dem Gesamtprojekt Widerstand vonseiten des Wirtschaftsflügels der Union. Hier wird argumentiert - wir haben es gerade, auch von der FDP, gehört -, dass Vergütung Sache der Tarifparteien sei und nicht gesetzlich geregelt werden müsse. Das sehen wir auch so. Denn Arbeitgeber und Gewerkschaften können am besten einschätzen, welche Betriebe in welcher Region wie leistungsfähig sind.

Ja, in einigen Ausbildungsberufen werden tatsächlich niedrige Vergütungen gezahlt. Hierzu zählen das Frisör-, das Parkettleger- oder das Floristengewerbe mit Beträgen von unter 650 € pro Monat. Glücklicherweise handelt es sich nur um eine geringe Zahl an Ausbildungsberufen, bei denen eine Mindestvergütung zum Tragen kommen würde.

Außerdem ist Folgendes zu berücksichtigen. Im Jahr 2017 zahlten 44 % der Ausbildungsbetriebe Tariflöhne. Das ist nach wie vor ein sehr hoher Anteil. Auch sonst zahlen die meisten Ausbildungsbetriebe deutlich höhere Vergütungen. Die soziale Grenze, die eine Mindestvergütung absichern soll, hat in der Praxis also nur eine sehr geringe Relevanz.

Die wirklich wichtigen Fragen liegen ganz woanders und lauten: Wie wirken wir dem Trend entgegen, dass die absolute Zahl der Auszubildenden zwischen 2007 und 2016 um 11 % zurückgegangen ist? In den bauenden Gewerken, die über 50 % der Handwerksbetriebe ausmachen, gab es sogar einen Rückgang um die Hälfte.

Besonders stark ist der Rückgang bei den kleinen Betrieben. Es kann dazu kommen, wie Herr Knöfler gerade sagte, dass sich ein kleiner Betrieb einen Auszubildenden nicht leisten kann, wenn die Vergütung zu hoch ist.

Eine weitere Frage ist: Was sind die Ursachen? Die tariflichen Vergütungen sind im bundesdeutschen Gesamtdurchschnitt in den letzten zehn Jahren um 40 % gestiegen, und zwar von monatlich 628 € auf 876 € pro Monat. Gibt es wirklich ein Problem mit den zu niedrigen Vergütungen?

„Woran liegt es?“, fragen wir, dass auch in Berufen große Probleme bei der Besetzung von Lehrstellen bestehen, in denen hohe Vergütungen gezahlt werden.

Unter den 15 Berufen mit den stärksten Besetzungsproblemen werden heute zwischen 650 bis 1.100 € gezahlt. Das reicht von Berufen wie Fleischer über Gebäudereiniger bis hin zum Beton- und Stahlbetonbauer. Ein angehender Verfahrenstechniker in der Beschichtungstechnik bekommt im Bundesdurchschnitt heute schon 1.015 € pro Monat; trotzdem gibt es einen Mangel an Azubis.

In den allermeisten Ausbildungsgängen wird also schon heute gutes Geld gezahlt. Trotzdem bleiben die Lehrstellen leer. Mit Geld allein macht man diese Berufe nicht attraktiver.

Als Gründe für Vertragsauflösungen werden übrigens laut mehreren Studien fehlende Leistungsbereitschaft oder fehlende Fähigkeit der Auszubildenden genannt und - vonseiten der Auszubildenden - eine schlechte Ausbildungsqualität und schlechte Arbeitsbedingungen. Hier muss man also ansetzen - nicht beim Mindestlohn.

Viel wichtiger bleibt daher ein grundsätzlicher Politikwechsel für eine bessere Akzeptanz klassischer

(Volker Schnurrbusch)

Ausbildungsberufe. Diese für den Mittelstand wichtigen Berufe haben eine bessere Unterstützung verdient, weil der Mittelstand nun einmal das Rückgrat unserer Wirtschaft ist.

Die AfD-Fraktion ist im Übrigen der Auffassung, dass bei diesem Thema dem Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene hier und heute nicht vorgegriffen werden sollte. Auch deshalb lehnen wir den SPD-Antrag als voreiligen Aktionismus ab und beantragen Abstimmung in der Sache.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat das Wort der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Auszubildende sind ausdrücklich vom Mindestlohngesetz ausgenommen. In § 22 Absatz 3 des Gesetzes heißt es:

„Von diesem Gesetz nicht geregelt wird die Vergütung von zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten ...“

Die Auszubildenden würden schließlich nicht arbeiten, sondern lernen. Aber es muss eine Untergrenze für jeden Jugendlichen geben, der in der beruflichen Ausbildung steht. Leider bekommen aber Auszubildende, die in der Berufsschule eine Ausbildung machen, kein Geld. Das ist ganz einfach falsch. Hier ist das Land gefragt, diesen Jugendlichen zu signalisieren, dass es ihre Anstrengungen würdigt.

(Beifall SSW und SPD)

Alle anderen Auszubildenden haben Anspruch auf 80 % der tarifvertraglich vereinbarten Vergütung. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Betrieb den Tarif nun tatsächlich anerkennt oder nicht. Das sage ich ausdrücklich in Richtung derjenigen, die meinen, dass sich Mindestvergütungen und Tarifautonomie nicht vertragen. Sogar der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt eine gesetzliche Regelung, weil nur so Arbeitgebern beizukommen ist, die nicht mit Gewerkschaften verhandeln wollen.

Für öffentlich geförderte Ausbildungen wurde erst 2015 eine Untergrenze gerichtlich festgelegt. Damals klagte eine Verkäuferin erfolgreich dafür, dass auch für einen öffentlich geförderten Ausbildungsplatz eine Untergrenze gilt. In Ostthüringen hatte sich eine junge Frau über ein Bund-Länder-Programm zur Verkäuferin ausbilden lassen, wofür sie

monatlich 210 € im ersten und 217 € im zweiten Lehrjahr bekam. Das ist ein sehr geringes Taschengeld. Sie konnte aber eine Nachzahlung erstreiten, angelehnt an den BAföG-Satz. Die neue Untergrenze liegt damit bei zwei Drittel vom elternabhängigen BAföG; das waren im Jahre 2015 310 €. Auch davon kann keine Auszubildende selbstständig leben, eine Wohnung mieten oder gar Fahrtkosten stemmen.

Die Untergrenze war aber vor vier Jahren ein Riesenschritt gegen die Diskriminierung öffentlich geförderter Ausbildung. Viele Jugendliche, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz ergattern konnten, fühlten sich durch die geringe Höhe ihrer Vergütung doppelt bestraft. Dem haben die Arbeitsrichter in Erfurt einen Riegel vorgeschoben.

Nun hat der Facharbeitermangel neue Bewegung in die Debatte gebracht. Viele Betriebe können nämlich ihre Ausbildungsplätze nicht mehr besetzen. Das hat zu einem generellen Umdenken geführt. Die Bundesbildungsministerin will darum nun eine Untergrenze gesetzlich festlegen, und zwar laut Zeitungsberichten wohl in der Höhe von 504 € für das erste Ausbildungsjahr. Vor allem die Auszubildenden mit unteren Vergütungen würden von der Regelung profitieren, wie angehende Friseurinnen. Aktuell liegt deren Vergütung laut DGB-Ausbildungsreport bei durchschnittlich 406 €. Diese niedrige Vergütung im Friseurhandwerk sei nach Aussage des Deutschen Gewerkschaftsbunds einer der Hauptgründe, dass bei den Friseurinnen und Friseuren die Abbrecherquote bei rund 50 % liegt. Von den 10.000 angehenden Friseurinnen brechen jedes Jahr bundesweit 5.000 ihre Ausbildung ab.

Hier ist der Bedarf nach einer Untergrenze offensichtlich besonders hoch. Die Bereitschaft der Betriebe, diese zu zahlen, ist aber wohl eher sehr niedrig. Schon heute unterbieten einzelne Salons den Mindestlohn; Kontrollen haben sie aber kaum zu fürchten. Auch hier muss sich übrigens dringend etwas ändern. Der DGB fordert eine Untergrenze von 635 € und bezieht sich damit auf den Koalitionsvertrag, in dem CDU und SPD eine Neuregelung vereinbart hatten.

Nun legt die SPD-Fraktion Schleswig-Holstein einen Vorschlag auf den Tisch. In dem Antrag wird aber keine konkrete Untergrenze in Euro und Cent benannt, sondern ein Index über alle Vergütungen aller Branchen hinweg gefordert. Das setzt in der Tat komplizierte Rechnungen voraus. Es gibt schließlich sehr große Unterschiede bei den Vergütungen. Ein angehender Gerüstbauer erhält eine weit höhere Vergütung als eine Friseurin. Eine

(Flemming Meyer)

branchenübergreifende Regelung nach dem Index würde aber einen enormen Sprung bei vielen Vergütungen bedeuten; denn laut DGB-Ausbildungsreport lag 2018 die durchschnittliche Vergütung bei 876 € 80 % davon entsprechen dann 702 €

Auch wenn ich es persönlich begrüßen würde, wenn es eine so hohe Vergütung geben würde, weiß ich nicht recht, ob das letztlich eine realistische Forderung für eine gesetzliche Untergrenze ist. Wünschen würde ich mir dies, na klar. Aber ich schlage vor, diesen Punkt besser noch einmal im Ausschuss zu behandeln. Ansonsten kann ich dem Antrag klar zustimmen; denn er ist ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall SSW, SPD und Lasse Petersdotter
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Bevor wir fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags unseren ehemaligen Kollegen Peter Eichstädt und unsere Bürgerbeauftragte Samiah El Samadoni.

(Beifall)

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Oppositionsführer, Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ganz ehrlich sagen: Als ich die Reden der Kollegen von CDU und FDP gehört habe, zog mir das wirklich die Schuhe aus.

(Zurufe CDU und FDP)

Hier über freie Marktwirtschaft, über Mitbestimmung und Tarifautonomie in einer Art und Weise zu reden, dass man meint, man sei im 19. Jahrhundert, ist wirklich ein Hammer. Und diese Beiträge kommen ausgerechnet von denen, die alles wegstimmen, was mit Mitbestimmung zu tun hat, die gegen die Mindestlöhne gekämpft haben, die gesagt haben, das koste Hunderttausende von Jobs. Was ist eingetreten? Hunderttausende Jobs sind hinzugekommen, und zwar sozialversicherungspflichtige Jobs, weil es nämlich gut für die Leute ist und weil das auch gegen den Dumping-Wettbewerb gerichtet ist.

(Beifall SPD, SSW und Rasmus Andresen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Von Fakten haben Sie keine Ahnung. Hier war vom Bäckereihandwerk die Rede. Soll ich Ihnen einmal

sagen, wie das mit den Verträgen aussieht? Gerade ist ja ein Tarifvertrag ausgehandelt worden. 565 € waren es im ersten Lehrjahr, 670 € im zweiten Lehrjahr, und seit September 2019 sind es 615 € im ersten Lehrjahr und 700 € im zweiten Lehrjahr. Das heißt, das ist überhaupt gar kein Schock, sondern das ist der Markt; wir haben Fachkräftemangel. Wir finden, gute Arbeit ist erforderlich. Damit wollen wir auch bei den Jugendlichen beginnen, die in der Ausbildung stehen. Das ist etwas anderes, als wenn man noch Schüler ist.

Diese Haltung, Lehrjahre seien keine Herrenjahre - mein Gott, das ist wirklich noch 50er-Jahre und nicht Standpunkt 2019.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kay Richert?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich habe zwar nicht die Hoffnung, dass er dabei viel lernt. Aber bitte schön.

Kay Richert [FDP]: Ich habe die Hoffnung, dass ich etwas lerne, Herr Kollege.

Einmal abgesehen von unseren ideologischen Unterschieden interessiert mich Ihre Antwort auf eine Frage, die sich ganz konkret auf den Inhalt Ihrer Ausführungen bezieht. Sie fordern ja 635 € Mindestvergütung und sagen dazu, man müsse von seiner Mindestvergütung leben können. Können Sie mir sagen, wie man von 635 € im Monat leben kann?

- Erstens reden wir nicht von 635 € sondern von 660 € Zweitens habe ich gesagt, das ist unser Anspruch an gute Arbeit. Und das beginnt damit, dass man Auszubildende nicht behandelt, als bekämen sie Schüler-BAföG. Das passt nämlich nicht in unserem Lande. - Das ist meine Antwort darauf.

(Beifall SPD und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Kay Richert?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte schön.

Kay Richert [FDP]: Können Sie mir denn sagen, wie man, wenn man für seine gute Ar-

(Dr. Ralf Stegner)

beit 660 € im Monat bekommt, davon leben soll?

- Ich habe Ihnen gerade zu erklären versucht - -

(Zurufe FDP)

Wissen Sie, wenn ich Sie so höre, dann - das muss ich ehrlich sagen - fällt mir immer Abraham Lincoln ein, der gesagt hat: Man kann schweigen und als Narr erscheinen, und man kann sprechen und jeden Zweifel beseitigen. - Das ist es, was mir dazu einfällt, wenn man Sie hier reden hört. Das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Das ist wirklich komplett daneben.

Sie müssen mit guter Arbeit irgendwo anfangen. Aber Sie bekämpfen doch alles, was in diese Richtung geht. Das ist doch Fakt dessen, worüber wir hier miteinander sprechen.

Die Tarifautonomie soll einsetzen, und die wollen wir überall haben. Aber wir haben sie natürlich noch nicht in Teilbereichen, in denen die Organisation nicht besonders stark ist. Wir haben das zum Teil in Ausbildungsberufen. Die Folgen haben wir gestern diskutiert, als wir über die Rente gesprochen haben. Wir haben gehört, was herauskommt, wenn man zum Beispiel im Friseurberuf tätig ist. Das beginnt schon in der Ausbildung. Ich kann nur sagen: Bei Ihnen ist Hopfen und Malz verloren, was das Thema angeht. Die Jugendlichen sind bei Ihnen jedenfalls nicht gut aufgehoben.

(Anhaltende Unruhe)

Lassen Sie mich ein Zweites sagen. Der Kollege Andresen hat hier das Prinzip Hoffnung ausgedrückt - ich bin ja auch ein hoffnungsfroher Mensch - und hat gesagt, vielleicht kämen Sie in der Koalition ja noch zusammen. Ich weiß, dass Sie hier oft über Ihre Meinungsunterschiede reden. Aber, Herr Kollege Andresen, ich konnte fast jedem Satz Ihrer Rede zustimmen. Das, was Ihre Kollegen von CDU und FDP da erzählt haben, war nicht nur ein bisschen anders, sondern es war das glatte Gegenteil dessen, was Sie hier vorgetragen haben - das glatte Gegenteil! - Sie haben mit guter Arbeit nichts am Hut. Tarifautonomie ist bei Ihnen nur ein Lippenbekenntnis. Immer dann, wenn Ihnen nicht gefällt, was der Staat regeln muss, dann kommen Sie so daher. Ich kann nur sagen: Wer von Fachkräftemangel redet, muss dafür sorgen, dass wir möglichst gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen haben.

Im Übrigen haben wir teilweise ja sogar eine richtige Marktwirtschaft im Land. Reden Sie beispielsweise mal mit Gastronomen auf Sylt, und hören Sie, was diese ihren Auszubildenden zahlen müs-

sen, damit sie kommen und damit die Gastronomen angesichts des Fachkräftemangels überhaupt Auszubildende finden.

(Kay Richert [FDP]: Das ist richtig! Keine Frage!)

Das haben wir in Teilbereichen ja auch; damit wird ja auch ordentlich Geld verdient.

Ich kann nur sagen: Wenn wir den jungen Leuten zu Beginn ihrer Ausbildung schon signalisieren: „Hier beginnst du mit 15 oder 16 Jahren dein Arbeitsleben; am Ende der Ausbildung, die schon zu gering vergütet wurde, wirst du einen Beruf ausüben, der eine zu geringe Vergütung erfährt, und du wirst von deiner Arbeit nicht leben können, ebenso, wie du eine Rente haben wirst, von der du nicht leben kannst“, und dann kommen Sie und sagen: „Ja, aber wir haben ja Hilfen, soziale Sicherungsvorrichtungen und so etwas!“, das ist keine Wertschätzung.

Ich finde, gute Arbeit beginnt in der Ausbildung. Wir wollen eine Mindestausbildungsvergütung. Das ist notwendig, das ist richtig. Es findet eine Mehrheit in der Bevölkerung. Reden Sie mal mit den jungen Leuten, dann werden Sie feststellen, dass Sie keine Zustimmung für das finden, was Sie hier vortragen. Die Mindestausbildungsvergütung ist gut und gerecht, und sie wird kommen, egal, was Sie hier vortragen.

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung erteile ich das Wort dem Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe das große Vergnügen, die Rede stellvertretend für den Kollegen Dr. Buchholz, der heute im Bundesrat ist, halten zu dürfen. Gestatten Sie mir nach dieser Debatte trotzdem zunächst einige persönliche Bemerkungen, und zwar als ehemaliger FDP-Arbeitsminister, der selbst im Jahr 2011 auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz in Leipzig eine Initiative für allgemeinverbindliche Lohnuntergrenzen angeführt hat. Das habe ich getan, weil für mich soziale Marktwirtschaft auch bedeutet, dass die Löhne, über die wir damals diskutiert haben - beispielsweise im Friseurhandwerk an der polnischen Grenze in Höhe

(Minister Dr. Heiner Garg)

von 2,58 € -, mit sozial- und marktwirtschaftlichen Grundsätzen wenig zu tun haben.

(Beifall FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen will ich sehr deutlich sagen: Herr Dr. Stegner, die Vorwürfe, die Sie pauschal an bestimmte demokratische Parteien gerichtet haben, weise ich in aller Deutlichkeit von mir.

(Birte Pauls [SPD]: Das war nicht pauschal!)

Sie haben zum Schluss - das können wir gern auch noch einmal im Plenarprotokoll nachlesen; ich meine, ich habe es richtig gehört - von „denen“ gesprochen und sich nicht nur auf den Redner bezogen.

Ich will sehr deutlich sagen, dass, um die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft und ihrer Mechanismen zu stärken, selbstverständlich immer wieder auch soziale Komponenten notwendig sind. Eines will ich außerdem sagen, weil Sie - Herr Stegner, ich meine, Sie waren das im Besonderen - den Vergleich mit der Debatte zum Mindestlohn kritisiert und die Tarifautonomie noch einmal angesprochen haben: Was mich am meisten ärgert, was mich am allermeisten stört, ist, dass wir es seit der strittigen Debatte über den Mindestlohn alle miteinander nicht geschafft haben, die Tarifautonomie zu stärken. Und zur Stärkung der Tarifautonomie würde tatsächlich wieder eine höhere Tarifbindung gehören. Das ist doch - -

(Vereinzelter Beifall FDP- Thomas Hölck [SPD]: Das ist doch unglaublich! Das habt ihr doch abgeschafft! - Widerspruch und Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie gemacht! - weitere Zurufe)

- Sagen Sie mal - - Ich weiß jetzt nicht, wer „wir“ sein soll.

(Zuruf: Die Landesregierung! Das Parlament!)

- Was haben wir abgeschafft?

(Thomas Hölck [SPD]: Sie wollen doch die Tarifbindung am liebsten abschaffen! - Unruhe)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Minister - -

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Ich gestatte die Zwischenfrage des Kollegen Stegner.

(Zuruf SPD: Das ist ja unglaublich! - Zuruf CDU: Man muss nicht alles verstehen!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr geehrter Herr Minister Garg, ich finde es sehr eindrucksvoll, was Sie gerade vorgetragen haben, und ich begrüße die Aussagen, die Sie gemacht haben. Ich frage Sie nur zwei Dinge. Erstens: Wie verträgt sich das, was Sie gerade zur Tarifbindung gesagt haben, mit Ihrer Haltung zum Tariftreuegesetz? Das verstehe ich nicht so richtig; ich verstehe nicht, wie die Haltung der Mehrheit hier im Haus damit korrespondiert.

Das Zweite: Ich bin gern bereit, zuzugestehen, dass Sie sich für das einsetzen, was Sie gerade vorgetragen haben. Aber mich würde sehr interessieren, ob Sie das denn inhaltlich teilen, was der Kollege Richert hier vorgetragen hat. Das würde mich sehr interessieren. Wenn Sie das nämlich teilen sollten, dann wäre mein Vorwurf berechtigt; andernfalls würde er nur dem Redner gelten.

- Herr Oppositionsführer, Sie werden die Position der Landesregierung von mir gleich vorgetragen bekommen. Mich würde interessieren, ob Sie die Position Ihres Fraktionskollegen teilen, der hier mit völlig absurden Zwischenrufen kommt, wir hätten irgendwelche Gewerkschaften abgeschafft, hätten die Tarifbindung abgeschafft.

(Birte Pauls [SPD]: Die Tariftreue! - Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Weitere Zurufe)

- Es muss doch darum gehen, dass es eine höhere - - Herr Hölck, das ist doch albern. Entschuldigen Sie, Herr Dr. Stegner, das ist einfach albern, was da an Vorwürfen kommt.

(Beifall FDP)

Wir setzen uns seit Jahren - von mir aus mit unterschiedlichen Intonationen - dafür ein, dass Gewerkschaften, dass das Prinzip der Tarifautonomie wieder gestärkt werden, weil dies ein gutes Prinzip ist, das zur sozialen Marktwirtschaft gehört. Es ist ein gutes Prinzip, Macht und Gegenmacht zu organisieren, auch auf den Arbeitsmärkten. Denn nur so funktionieren sie.

(Beifall FDP und CDU)

Ich will Ihnen sehr deutlich sagen - das mag dann Ihre konkrete Frage beantworten -: Ich habe nicht ohne Hintergedanken meinen Redebeitrag mit einer persönlichen Bemerkung begonnen. Denn ich bin in

(Minister Dr. Heiner Garg)

der Tat der Auffassung, dass es in einer sozialen Marktwirtschaft auch soziale Schutzmechanismen, und zwar auch auf dem Arbeitsmarkt, geben muss.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie sind ein hohes Gut in unserem System. Aus diesem Grund ist es richtig, wenn sehr engagiert - so, wie das in Teilen ja passiert ist - über einen möglichen Eingriff genau in ein solches System der Tarifautonomie gestritten wird. Angesichts des hohen Fachkräftemangels, der heute in vielen Branchen zu spüren ist und der laut den vorliegenden Prognosen in den kommenden Jahren noch kräftig zunehmen wird, muss sich jede Branche, die Probleme hat, genügend ausbildungsinteressierte junge Frauen und Männer zu finden, selbst fragen, wie man die Ausbildung attraktiver gestalten kann, um mehr junge Menschen für die eigene Branche zu gewinnen.

Ich sage auch sehr deutlich: Dazu gehört auch die Frage der Ausbildungsvergütung und deren Höhe. Das ist selbstverständlich. Dazu gehören aber auch andere Faktoren. Ein Blick auf die Entwicklung in den vergangenen zwei Jahren zeigt, dass es zumindest nur einen eher geringen kausalen Zusammenhang zwischen der Höhe der Vergütung und dem Interesse gibt, eine Ausbildung aufzunehmen. Obwohl die tarifliche Ausbildungsvergütung zwischen 2007 und 2017 um durchschnittlich 39,5 % gestiegen ist, sank die Zahl der Auszubildenden um 11,2 %; in Kleinstbetrieben mit bis zu neun Beschäftigten sank sie sogar um bis zu 31 %.

Wichtig für die Entscheidung für eine duale Ausbildung sind neben der Frage der Ausbildungsvergütung ein positives Betriebsklima, gute und engagierte Ausbilderinnen und Ausbilder, vor allem attraktive Anschlussperspektiven in dem gewählten Ausbildungsberuf

(Beifall Andreas Hein [CDU])

und die Sicherheit des künftigen Arbeitsplatzes nach erfolgter Übernahme.

Das sind - um das sehr deutlich zu sagen - keine Faktoren, die sich die Landesregierung ausdenkt, sondern das sind Ergebnisse von Befragungen der Auszubildenden selbst. Deshalb sollte man, finde ich, gerade in Schleswig-Holsteins Wirtschaft - die ja sehr geprägt ist von kleinen und mittleren Betrieben - so, wie es der Wirtschaftsminister immer wieder tut, die Betriebe auf die Notwendigkeit dieser

Faktoren hinweisen und thematisieren, wie die Ausbildungsbedingungen verbessert werden können.

Vielleicht darf ich mir noch eine Bemerkung erlauben: Das tun einige Kolleginnen und Kollegen ja auch. Das gilt zum Beispiel auch im Pflegebereich; denken wir etwa an die Umsetzung der generalistischen Pflegeausbildung und an die Einkommensunterschiede zwischen examinierten Altenpflegerinnen und Altenpflegern und examinierten Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern. Auch hier ist es Aufgabe der Politik, darauf hinzuweisen, dass es noch on top einen selbst gemachten Fachkräftemangel geben wird, wenn diese Einkommensunterschiede in Zukunft nicht aufgehoben werden.

(Birte Pauls [SPD]: Jawohl! - Vereinzelter Beifall FDP und SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der aktuelle Entwurf des Berufsbildungsmodernisierungsgesetzes lässt, meine ich so, noch viele Fragen bei der Umsetzung offen. Es ist weder geklärt, wie sich die Gesetzesänderung auf bestehende Ausbildungsverhältnisse auswirken wird, noch wird deutlich, mit welchen Konsequenzen Betriebe bei Zuwiderhandeln eigentlich rechnen müssen. Deshalb glaube ich, dass es eine gute Portion Skepsis in Bezug auf diesen Entwurf geben wird, der ja seit kurzer Zeit im Verfahren ist.

Ziel muss es vielmehr sein, die duale Ausbildung zu stärken, sie attraktiver zu machen, mehr Betriebe für sie zu gewinnen und mehr junge Menschen für diesen Weg in den Beruf zu begeistern. Das heißt, es muss an vielen Stellschrauben gedreht werden, um die Situation zu verbessern. Ich habe das angeführt. Minister Dr. Buchholz wird nicht müde, bei zahlreichen Betriebsbesuchen landauf, landab mit den Inhaberinnen und Inhabern, den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern, aber auch mit den Auszubildenden in Schleswig-Holstein ins Gespräch zu kommen und immer wieder auch an die Inhaberinnen und Inhaber der Geschäfte beziehungsweise an die Betreiber der Geschäfte zu appellieren, nicht mehr nur mehr auszubilden, sondern dies auch mit besseren Konditionen zu tun.

Das Land unterstützt gern dabei. Es lässt mittelständische Betriebe nicht allein. Gerade haben wir die Förderung in der Regionalen Ausbildungsbetreuung verlängert. Das ist eine konkrete Unterstützungsmaßnahme, die sowohl den Auszubildenden als auch den Betrieben zugutekommt, weil sie genau dort Hilfe anbietet, wo sie individuell benötigt wird, wenn Auszubildende zum Beispiel mit ihrem Aus-

(Minister Dr. Heiner Garg)

bildungsberuf hadern oder es zwischen Auszubildendem und Betrieb knirscht.

Für insgesamt neun Träger zwischen Niebüll und Geesthacht hat der Arbeitsstaatssekretär gerade erst am vergangenen Freitag in Eckernförde Förderbescheide von rund 1,63 Millionen € überreicht. Auf diesem Weg wird die Landesregierung weitergehen. Sie sagt ein klares Ja zur Stärkung der dualen Ausbildung, und das mit Augenmaß und mit konkreten Maßnahmen, die helfen. - Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Meine Damen und Herren, der Herr Minister hat die vereinbarte Redezeit um rund 3 Minuten erweitert. Diese Zeit stünde jetzt noch allen Fraktionen zu, bisher habe ich jedoch nur die Meldung zu einem weiteren Kurzbeitrag -

(Thomas Hölck [SPD]: Was heißt „nur“? - Heiterkeit SPD)

- des Abgeordneten Hölck.

Thomas Hölck [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Garg, Sie haben eben davon gesprochen, dass die Tarifbindung gestärkt werden müsse. Das habe ich aufgenommen, und ich finde es auch richtig. Ich habe mich sehr gewundert, dass Sie das so sehen; denn dieses Parlament hat vor Kurzem ein Vergabegesetz beschlossen, das die Kopplung der Vergabe an die Tariftreue nicht zwingend vorsieht.

(Birte Pauls [SPD]: Genau!)

Das war vorher der Fall. Wir haben in Schleswig-Holstein eine rückläufige Tarifbindung zu verzeichnen. Deshalb wäre es sinnvoll gewesen, die alte Regelung beizubehalten. Das habe ich gemeint.

(Beifall SPD)

Nun bin ich einer der wenigen in diesem Haus, die eine Ausbildung gemacht haben. Ich habe einmal Maurer - in einer Akkordkolonne - gelernt. Vorhin wurde gesagt, Ausbildung sei keine Arbeit; deshalb müsse man die Ausbildungsvergütung auch nicht so hoch ansetzen. Wenn man in einer Akkordkolonne gelernt hat, dann weiß man, dass Ausbildung auch Arbeit ist, und ohne Arbeit in der Ausbildung kann man die Routine für ein Handwerk nicht erlernen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb muss eine Ausbildungsvergütung die Arbeit, die dort verrichtet wird, auch angemessen bezahlen.

Sie sprachen von sozialer Marktwirtschaft. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Das ist doch ganz einfach. Das müssten Sie eigentlich wissen. Nun haben wir einen Fachkräftemangel, das heißt, die Preise müssen nach oben gehen, damit die Nachfrage befriedigt werden kann.

(Zurufe CDU)

Wir haben eine Fachkräftekrise, die sich auch auf das Wachstum in Schleswig-Holstein auswirkt. Wenn wir bei der Ausbildungsvergütung nicht gegensteuern, werden wir die Fachkräftekrise nicht beheben. Insofern ist es richtig, mit einer Mindestausbildungsvergütung zu arbeiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Hölck, da wir heute einen so wunderschönen Freitag haben, werte ich Ihren Zwischenruf von vorhin einmal nicht als Kritik am Präsidium.

Weitere Wortmeldungen mir nicht vor. Somit schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1239 federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 26 und 48 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung nicht alleinlassen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1236

Bundesweiter Daten- und Informationsaustausch von Kinder- und Jugendheimen stärken

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1257

b) Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Tätigkeitsbericht 2016/17

Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein als Ombudsperson in der Kinder- und Jugendhilfe
Drucksache 19/1068

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen alle, dass wir aus den Vorkommnissen um den Friesenhof Lehren ziehen mussten. Eine der Lehren war, dass wir eine unabhängige Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche, die sich in der Heimerziehung aufhalten, brauchen. In Schleswig-Holstein gibt es rund 1.400 Heime, in denen etwas mehr als 6.000 Kinder untergebracht sind. Wichtig für sie ist, dass dieses Angebot niederschwellig sein muss, damit sich die betroffenen Kinder und Jugendliche trauen, die Beschwerdestelle anzurufen und sich bei Kummer und Sorgen aller Art an sie zu wenden.

Wir haben ihnen eine Stimme gegeben, und das war auch dringend notwendig. Mit der Ombudsperson und dem ganzen Team der Bürgerbeauftragten haben wir nun eine Anlauf- und Beschwerdestelle geschaffen, an die sich die jungen Menschen problemlos wenden können. Herzlichen Dank, Frau El Samadoni, für diesen Bericht und für Ihre Arbeit.

(Beifall)

In der Anlauf- und Beschwerdestelle werden Probleme und Konflikte gelöst, auch solche, die nicht den Bereich der Heimaufsicht betreffen. Die Kinder stehen im Vordergrund. Denn manchmal brauchen sie in diesen Situationen auch jemanden, an den sie sich unkompliziert und unbürokratisch und vertraulich - das ist auch wichtig - wenden können.

Damit diese Beschwerdestelle bekannter wird, wurde ein Flyer an alle stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und an die Schulen versandt. Es wurde versucht, möglichst alle zu erreichen, die Kummer und Leid haben. Sie richten sich, wie bereits gesagt, an mehr als 6.000 Kinder in den Heimen und Wohngruppen und auch an die Schulen in Schleswig-Holstein. Hilfreich ist auch, dass bei Beschwerden Besuche stattfinden können, bei de-

nen man sich vor Ort anschaut, was los ist, und mit den Kindern und mit weiteren Betroffenen redet.

Zwischen 2016 und 2017 gab es 416 Eingaben. Davon betrafen 121 Beschwerden den Bereich der stationären Kinder- und Jugendhilfe. Im Bereich der ambulanten Hilfen für Kinder- und Jugendhilfe waren es nur 24 Eingaben. Einen deutlichen Beschwerderückgang gab es bei der Schulbegleitung.

16 Jugendliche, für die andere Bundesländer zuständig waren, wurden beraten. Sie haben sich beklagt, dass man sich zu wenig um sie gekümmert hat, dass sie vergessen worden sind und nur bei Hilfeplangesprächen, bei denen dies dringend erforderlich war, dabei waren, aber sonst keine Möglichkeit hatten, mit den entsendenden Jugendämtern zu kommunizieren. Das nimmt ein Teil des Antrags der SPD auf. Diesen Teil finde ich sehr gut. Wir haben ihn in unseren Änderungsantrag übernommen.

In einzelnen Fällen, in denen es zu Beschwerden kam, konnte Abhilfe geschaffen werden. Weitere Probleme gab es mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die für ihre Integration besondere Angebote brauchten und dann auch bekamen.

In zahlreichen Fallbeispielen aus der Praxis wird in dem Bericht dargestellt, wie breit das Aufgabenfeld der Beschwerdestelle ist. Das reicht vom angeblich falschen Haarschnitt über den Umgang mit Kindern mit Beeinträchtigung bis hin zu Problemen mit den Eltern, Problemen mit den Erziehungsberechtigten und dem Umgang mit dem Jugendamt.

Das im vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion beschriebene Problem zur Beschulung der Kinder aus anderen Bundesländern und dass beim gewöhnlichen Aufenthalt die Schulpflicht bestehen sollte, ist aus unserer Sicht so nicht akut, weil eine Beschulung aller 3.373 schulpflichtigen Kinder aus Erziehungseinrichtungen aktuell bereits erfolgt. Davon stammen 1.115 aus anderen Bundesländern und 89 % davon werden an Regelschulen unterrichtet. Das kann man dem Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses vom 24. Mai 2018 entnehmen.

Der entsprechende Erlass dazu regelt also bereits, dass die Betroffenen beschult werden, manchmal auch im Interesse des Kindeswohls in der Einrichtung, in der sie untergebracht sind. Dieses erlassgeordnete Verfahren soll nach diesem Schuljahr ausgewertet werden, und im Bildungsausschuss soll dazu berichtet werden. Da können wir uns alle anhören, was damit ist. Der Erlass macht auch deutlich, dass es das Ziel ist, Kindern und Jugendlichen so zügig wie möglich den Besuch einer öffentlichen Schule zu ermöglichen.

(Katja Rathje-Hoffmann)

Ich glaube, mehr geht an der Stelle nicht. Deswegen: Warten wir es ab, dann wissen wir, wo und wie wir nachsteuern. Aber ich glaube, alle Kinder in Schleswig-Holstein werden beschult, und manchmal ist es besser, wenn sie direkt in den Heimen beschult werden. - Danke schön.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Tobias von Pein.

Tobias von Pein [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Bei diesen Themen und den Debatten dazu habe ich immer die Zeilen von einem Lied im Kopf, aus dem ich gern zumindest teilweise zitieren möchte:

„Sind so kleine Seelen
offen und ganz frei.
Darf man niemals quälen
gehn kaputt dabei.

Ist son kleines Rückgrat
sieht man fast noch nicht.
Darf man niemals beugen
weil es sonst zerbricht.

Gerade, klare Menschen
wären ein schönes Ziel.
Leute ohne Rückgrat
hab'n wir schon zu viel.“

Das ist übrigens von Rolf Zuckowski.

(Beate Raudies [SPD]: Bettina Wegener!)

- Ja, und von Bettina Wegener.

(Zurufe)

Man mag es mir verzeihen, dass ich eher mit Rolf Zuckowski aufgewachsen bin. Das mag vielleicht einfach an meinem Alter liegen.

Kinder und Jugendliche müssen bestmöglich geschützt und unterstützt werden, da sind wir uns einig, vor Gewalt, vor Erniedrigung und allem, was ihre Entwicklung einschränkt. Wenn sie dann aus den verschiedensten Gründen in Heimen oder anderen Jugendhilfemaßnahmen untergebracht werden, dann haben sie noch einmal ein besonderes Schutzbedürfnis, und der Staat hat die Verantwortung und die Pflicht, hier genau hinzusehen.

Wir haben in Schleswig-Holstein in Teilen leider eine traurige Tradition. Hier wurde in der Vergangen-

heit leider oft nicht genau hingesehen. Das reiht sich ein in Skandale über Gewalt, Missbrauch und sehr viele Grenzüberschreitungen, was die Rechte von Kindern und Jugendlichen auf ein unbeschwertes Leben angeht. Die Friesenhof-Vorfälle haben uns da in den letzten Jahren noch einmal richtig wachgerüttelt.

Ob aus Machtgehebe, Böswilligkeit, falscher Erziehungsmethode oder vielleicht sogar aus überzeugter schwarzer oder harter Pädagogik heraus, immer waren und sind es die Seelen der Kinder, die verletzt wurden und bei vielen bis heute verletzt bleiben. Für uns Sozialdemokraten ist die Stärkung der Kinder und Jugendlichen in ihren Rechten ein elementares Anliegen. Ihr Schutz vor Grenzüberschreitung, Hilfe, die man auch so nennen kann, und der Ausbau der Partizipation stehen ganz oben auf der Agenda.

An dieser Stelle noch einmal vielen Dank an Peter Eichstädt, der heute hier ist.

(Beifall)

Der Runde Tisch Heimerziehung des Sozialausschusses, der in der vergangenen Legislaturperiode getagt hat, und die umfangreichen Beratungen und Empfehlungen aus dem Friesenhof-Untersuchungsausschuss haben bewiesen, dass wir uns ernsthaft mit den Problemen und Herausforderungen befassen. Als wir nach dem Friesenhof-Skandal die Beschwerdestelle bei der Bürgerbeauftragten eingerichtet haben, wussten wir aber auch, dass wir damit vielleicht in ein Wespennest stechen. Wir wussten, dass wir vielleicht noch viel mehr Missstände aufdecken werden oder Dinge ans Licht kommen, die wir bisher nicht auf dem Schirm haben und dass wir schnelle Hilfen für die Betroffenen organisieren müssen.

Heute können wir sagen: Das hat geklappt. Ich bin wirklich ein Fan und Anhänger der ombudtschaftlichen Arbeit, denn es gibt viele Probleme und Konflikte, bei denen eigentlich noch keine Heimaufsicht oder ein Jugendamt eingreifen müssen oder können, trotzdem sind sie so hart, dass sie von den jungen Leuten als belastend empfunden werden. Hier ist eine schnelle pragmatische Lösung notwendig.

Bei rund 700 Eingaben und vielen konkreten Hilfesuchen kann man ganz deutlich sagen: Die Beschwerdestelle ist notwendig. Sie wird gebraucht, und sie hilft ganz konkret.

(Beifall SPD und Dennys Bornhöft [FDP])

(Tobias von Pein)

Immer wieder ging es um Schwierigkeiten mit Jugendämtern, Einrichtungsleitungen und so weiter. Hier konnte viel geholfen werden. Sie arbeiten, so kann man das sagen, an vorderster Stelle und haben das Wohl und die Rechte der Kinder im Blick, und dafür kann man nur Danke sagen. Ich ziehe meinen Hut vor Ihrem Engagement. Vielen Dank!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Dennys Bornhöft [FDP])

Wir wollen heute aber auch über weitere Konsequenzen aus dem ersten Bericht reden und einige konkrete wichtige Punkte vorlegen. Das haben wir mit unserem Antrag getan. Sie sollen zur Verbesserung der Praxis dienen. Wir wollen, dass die Heimmitarbeiter, die eine sogenannte Tätigkeitsuntersagung bekommen haben, endlich bundesweit in einer Datenbank erfasst werden und dass die Jugendämter, wenn sie Kinder und Jugendliche aus anderen Bundesländern unterbringen wollen, diese öfter besuchen und dazu auch verpflichtet werden. Mit dem Prinzip: „Schön weit weg, an die frische Luft und an die Nordsee“, machen es sich manche zu einfach. Wir wollen, dass die jungen Menschen wohnortnah untergebracht und nicht quer durch Deutschland geschickt werden. Das muss der neue Grundsatz werden.

(Beifall SPD, Dennys Bornhöft [FDP] und
Flemming Meyer [SSW])

Außerdem haben wir uns nach langer und intensiver Beratung dazu entschieden, das Schulgesetz zu ändern. Wir haben Kinder und Jugendliche, die bisher keine Schulpflicht in Schleswig-Holstein haben, wenn ihr Wohnsitz in einem anderen Bundesland ist. Das betrifft fast 3.000 Kinder. Wir wollen, dass diese jungen Menschen im öffentlichen Schulsystem beschult werden. Nur so haben wir sie auch fest im Blick, nur so können sie nicht mehr irgendwo rausfallen. Es wurden schon richtige Schritte gemacht, doch glauben wir, dass eine Änderung des Schulgesetzes echte Klarheit schafft. Deswegen müssen wir das machen.

(Beifall SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir arbeiten Schritt für Schritt an der Verbesserung der Qualität und der Partizipation in der Heimerziehung. Es muss bei allem Formalen und Rechtlichen immer darum gehen. Die Stärkung der jungen Menschen ist besonderer Mittelpunkt unserer Arbeit. Von daher freue ich mich, dass die Koalition unseren Antrag in großen Teilen mittragen möchte.

Zum Abstimmungsverfahren möchte ich noch sagen, dass wir die ersten drei Punkte übernehmen. Wir möchten, dass über den Absatz: „Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt“, und so weiter, in dem es um die Schulpflicht geht, einzeln und getrennt abgestimmt wird. Den anderen Teil würden wir dann übernehmen. Wir haben hier dann zwei Abstimmungen. Ich würde mich freuen, wenn wir so verfahren. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Halten Sie sich bitte zur Klärung des Abstimmungsverfahrens noch ein bisschen in der Nähe auf, damit wir das auch richtig mitschreiben.

(Heiterkeit)

Jetzt hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Aminata Touré das Wort.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorfälle in den Friesenhof-Heimen haben gezeigt, wie hilflos Kinder und Jugendliche den Bedingungen in Heimen gegenüberstehen. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss hat sich in der vergangenen Legislaturperiode deshalb intensiv mit der Situation in der Heimerziehung auseinandergesetzt.

Die Einrichtung der Ombudsstelle war eine der Konsequenzen. Kinder und Jugendliche sollen eine Ansprechperson haben, an die sie sich bei allen Fragen, Problemen und Nöten wenden können. Niedrigschwellig, anonym, positiv parteilich; das sind die Eckpfeiler des Konzeptes.

Die Küstenkoalition hat sich entschieden, die Ombudsstelle bei der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten anzusiedeln. Das ist gut, denn sie ist als Institution bereits bekannt und in sozialen Angelegenheiten sehr erfahren. Der erste Bericht macht deutlich, wie kompetent und sorgfältig auch mit der Zuständigkeit für die Kinder- und Jugendhilfe umgegangen wird.

Auch der Kinderschutzbund steht als Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche bereit. Er hat drei Vertrauensstellen in Flensburg, Heide und Rendsburg eingerichtet. Aus grüner Sicht ist das keine Konkurrenz, sondern eine Bereicherung. Beide Angebote können ergänzen und befruchten sich.

Für uns steht der Schutz von Kindern und Jugendlichen an allererster Stelle. Jeder einzelne Fall ist

(Aminata Touré)

wichtig. Jedes Kind, das Hilfe und Unterstützung benötigt, muss diese auch bekommen. Heimerziehung ist ein gravierender Eingriff in das individuelle Leben. Heimerziehung ist die Ultima Ratio, wenn alle anderen Maßnahmen in den Familien und zur Unterstützung der Familien nicht weiterhelfen.

In Schleswig-Holstein gibt es rund 1.300 Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen mit knapp 9.000 Plätzen. Das ist eine ganze Menge. Hier dürfen wir keine Missstände dulden. Als weitere Konsequenz aus dem Friesenhof-Fall hat die Landesregierung ein Maßnahmenpaket mit konkreten Vorschlägen auf den Weg gebracht: mehr Qualität und bessere Standards, effektivere Kontrollen, mehr Kooperation und bessere Koordination. Dazu gehören ein Schlüssel für fachlich qualifiziertes Personal in den Einrichtungen und eine personelle Aufstockung im Landesjugendamt. Heute sind dort zwölf statt vier Personen tätig.

Um diese Ziele zu erreichen, hat Schleswig-Holstein seine Kinder- und Jugendhilfeverordnung novelliert. Es ist nötig, dass das pädagogische Konzept einer Einrichtung bei der Erteilung einer Betriebserlaubnis und in regelmäßigen Abständen danach geprüft wird. Schleswig-Holstein hat sich außerdem intensiv in einer neuen Arbeitsgruppe der Jugend- und Familienministerinnen- und Ministerkonferenz engagiert und sich für eine Novellierung des KJHG, also des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, eingesetzt.

Der Bericht zeigt konkrete Anregungen für weitere Verbesserungen: dass sich die entsendenden Jugendämter um ihre Kinder und Jugendlichen kümmern müssen, Kontakt halten und sie auch vor Ort regelmäßig besuchen, sollte natürlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Unterbringung in der Regel wohnortnah organisiert wird und dann außerhalb des Bundeslandes stattfindet, wenn Fall und Situation dies nahelegen. Dass begründete Tätigkeitsuntersagungen von Beschäftigten nicht unter der Decke gehalten werden, sondern in einer internen Datenbank Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen bundesweit zugänglich sind, ist sicherlich datenschutzrechtlich nicht einfach, aber es ist in der Sache sinnvoll und geboten. Ich bin zuversichtlich, dass eine rechtskonforme Lösung gefunden werden kann.

Die SPD hat aus diesen Vorschlägen der Ombudsstelle einen Landtagsantrag gemacht. Das macht fachlich Sinn, und wir Grüne unterstützen viele Punkte. Gerade Kinder, die aus ihrem alten Umfeld gerissen und in ein neues verbracht werden, brauchen Strukturen, um neu anfangen zu können. Dazu

gehört natürlich auch die Beschulung. Deshalb hat es einen entsprechenden Erlass aus dem Bildungsministerium gegeben. Er soll dafür Sorge tragen, dass alle Kinder und Jugendlichen in der Regelschule beschult werden. Wir in Jamaika sind der Meinung, dass die Umsetzung und Wirkung des Erlasses in der Praxis evaluiert werden muss. Wenn es funktioniert, ist alles gut, wenn nicht, müssen und werden wir nachsteuern. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ole-Christopher Plambeck [CDU] und Dennys Bornhöft [FDP])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren über den ersten Rechenschaftsbericht der im Dezember 2015 neu geschaffenen Funktion Ombudsperson für Kinder und Jugendliche, die in Heimen und Wohngruppen untergebracht sind. Dass der Bedarf an dieser Funktion gegeben ist, zeigen allein schon die 416 Petenten in dem Berichtszeitraum. Ich möchte mich zunächst, bevor ich auf die näher beschriebenen Situationen eingehe, bei Frau Samiah El Samadoni und ihrem Team bedanken.

(Vereinzelter Beifall)

Vielen Dank, dass Sie hier sowohl eine Stütze für die Kinder und Jugendlichen als auch für deren Angehörige sind. Vielen Dank aber auch dafür, dass Sie helfen, dass sowohl den Kindern als auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen mehr Unterstützung zukommt.

Ich möchte gern zwei Fallbeispiele aus Ihrem Bericht aufgreifen. Der erste handelt von der Beteiligung und Selbstbestimmung der Kinder und Jugendlichen in den Heimeinrichtungen. Schleswig-Holstein hat mit dem Modellprojekt „Demokratie in der Heimerziehung“ einen wichtigen Meilenstein gesetzt. Als jemand, der eine ungewöhnliche Frisur hat, konnte ich den Fall des 12-Jährigen, der mit seinem Betreuer immer wieder über die Länge seiner Haare in Konflikt geraten ist, sehr gut nachvollziehen, ich konnte mich sehr gut hineinversetzen. Das zeigt auf, dass viele Menschen auch in jungen Jahren über Dinge, die sie selbst betreffen, entscheiden sollen, insbesondere in Bereichen, die ihr Sein oder ihre Persönlichkeit ein Stück weit darstellen. Dazu gehört Kleidung, dazu gehört aber auch

(Dennys Bornhöft)

die Frisur. Das ist ein Ausdruck der eigenen Persönlichkeit, und das sollte respektiert werden.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das respektieren wir vollständig!)

- Herr Stegner, genau. Zur Kleidung kann ja zum Beispiel auch mal eine rote Fliege gehören. Auch das kann ein Teil der Persönlichkeit sein.

(Beifall Stephan Holowaty [FDP], Oliver Kumbartzky [FDP] und Kay Richert [FDP])

Die Heimträger müssen daher die Beteiligung und Entscheidungsmöglichkeiten der Kinder noch offener einbeziehen und umsetzen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Das zweite Beispiel möchte ich sowohl aufgrund der Anschaulichkeit als auch der Tragweite herausgreifen: Beim zweiten Fall handelt es sich um einen 15-jährigen Jungen mit Asperger-Syndrom, der ursprünglich aus Bayern kam. Zufällig kam der schwerbehinderte Junge während seiner regelmäßigen Zugfahrten in Schleswig-Holstein in Kontakt mit anderen Menschen und häufig auch ins Gespräch. Nach vielen Gesprächen mit Bahnreisenden wurde er auf die Beschwerdestelle hingewiesen, denn der Junge äußerte sich nämlich zunächst über die Missstände in seinem Heim wie Schimmelbefall und dass sich keiner auch nur annähernd in seinem Alter in diesem Heim befunden habe. Nach einem durch die Ombudsstelle angestoßenen Heimwechsel geht es dem Jugendlichen besser. Aber ein Punkt, der in dem Bericht deutlich hervorgehoben wurde, ist, dass der Junge über Jahre hinweg in der Einrichtung nur schulvorbereitende Ersatzmaßnahmen empfing, so dass er trotz 16 Jahren Lebensalter keinen Schulabschluss erreichen konnte. Daher bleibt voraussichtlich die einzige berufliche Perspektive die Tätigkeit in einer Werkstatt.

Frau El Samadoni, Sie wiesen darauf hin, dass diese Person sehr wohl eine reguläre Schule hätte besuchen können. Es war aber nicht so.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Die Art und Weise der Beschulung und der Schulpflicht sind wesentliche Themen des vorgelegten Berichts, deshalb gehe ich näher darauf ein. In unseren Nachbarländern Niedersachsen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern ist die Schulpflicht durch den gewöhnlichen Aufenthalt normiert. Der § 20 Schulgesetz Schleswig-Holstein macht bei der normativen Schulpflicht eine Abgrenzung bezogen auf den regulären oder nicht regulären Wohnsitz in Schleswig-Holstein.

Dass es hier Handlungsbedarf bei der Zuweisung zur Regelbeschulung gegeben hat, hat die Landesregierung auch gesehen. Deswegen gab es auch den besagten Erlass im Herbst 2017, um für klarere Zuständigkeiten und Prozesse zu sorgen. Mit diesem Erlass wurde konkretisiert, dass die Beschulung für Kinder aus Hamburg oder Bayern nicht anders zu handhaben ist als für Kinder aus Meldorf oder Plön. Gegen einen textlich normativen Sonderweg, den Schleswig-Holstein im Vergleich zu den Nachbarländern macht, ist daher zunächst einmal nichts einzuwenden. Wesentlich ist, dass aufgrund der jeweiligen Heimatgemeinde keine qualitativen Unterschiede für die Kinder in ihrer Bildungs- und somit auch ihrer Lebensperspektive entstehen dürfen. Das ist mir als Sozialpolitiker besonders wichtig.

(Beifall FDP)

Möglichst jeder junge Mensch, vor allem aus Heimen oder Wohngruppen, sollte eine allgemeinbildende Schule besuchen. Das war auch eine konkrete Forderung derjenigen, die beim Symposium zu Leid und Unrecht in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie von 1949 bis 1975 hier im Plenarsaal gesprochen haben. Da haben mehrere Menschen gesagt: Ihr Schicksal wäre anders verlaufen, wenn sie regulär beschult worden wären. Das sollte uns - auch im Lichte des Friesenhof-Skandals - sensibel machen, wenn es solche Berichte gibt, wie wichtig der Schulbesuch ist.

(Vereinzelter Beifall FDP - Zuruf Birte Pauls [SPD])

Daher brauchen wir eine Evaluierung des Erlasses. Das steht in unserem Änderungsantrag. Darüber hinaus werden wir - auch mit Ihnen, Frau Pauls, so hoffe ich, Sie sind schließlich Mitglied im Sozialausschuss, und ich gehe davon aus, dass Sie bei den Beratungen dabei sind - darüber sprechen, auch über Ihren Antrag, und klären, ob es Lücken gibt und wie wir diese schließen können. Daher sehe ich einer konstruktiven Debatte, wie wir Chancen und Perspektiven der im Heim untergebrachten Kinder und Jugendlichen verbessern können, zuversichtlich entgegen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort für die AfD-Fraktion hat anscheinend der Abgeordnete Claus Schaffer. Bei

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

mir stand noch Herr Dr. Brodehl. - Sie haben das Wort, Herr Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Die öffentliche Jugendhilfe ist stets herausgefordert, kontinuierlich die Qualität wie auch geeignete Maßnahmen zu ihrer Umsetzung weiterzuentwickeln. So wurden aufgrund der Vorfälle in den Friesenhof-Heimen der Runde Tisch zur Situation der Heimerziehung in Schleswig-Holstein und die Ombudsperson, die Beschwerdestelle für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe bei der Bürgerbeauftragten geschaffen. Auch ich möchte an dieser Stelle Frau El Samadoni und ihrem Team zu wirklich hervorragender Arbeit meinen Dank aussprechen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Die Forderung der SPD-Fraktion, Kinder und Jugendliche innerhalb des Wohnortbundeslandes unterzubringen, ist durchaus nachvollziehbar; denn soll die Hilfe zur Erziehung nachhaltig sein, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern der Jugendhilfe und den jungen Menschen und deren Eltern unerlässlich. Eine engmaschige Kooperation zwischen den Einrichtungen, den Entsendejugendämtern und Eltern lässt sich nur durch eine wohnortnahe Unterbringung realisieren.

Dies ist aus unserer Sicht aber nur langfristig möglich, da die Hälfte der Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen und Heimen in Schleswig-Holstein eben nicht aus Schleswig-Holstein stammt. Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, dass hierzu eine Soll-Vorschrift eingeführt wird, also geprüft wird, ob im Einzelfall eine wohnortnahe Unterbringung möglich und sinnvoll ist, findet da schon eher unsere Zustimmung.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Qualität der Heimerziehung ist es wünschenswert, wenn hier Standards festgelegt werden. Mindestens zweimal im Jahr sollten vor Ort in den Heimen Gespräche zwischen Jugendamtsmitarbeiter, Betreuer und dem Träger der Jugendhilfe unter Einbeziehung des Jugendlichen stattfinden. Denn wichtig ist es, vor Ort die Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der Qualität in der Heimerziehung zu verbessern.

An der Lebensrealität vorbei geht hingegen der Vorschlag, das Schulgesetz dahin gehend zu ändern, dass bereits der gewöhnliche Aufenthalt in Schleswig-Holstein eine grundsätzliche Schulpflicht begründet. Schulerfahrungen der Kinder und Jugendlichen in den Heimen sind oftmals von Misserfolg-

serlebnissen und Scheitern geprägt. Schulabsentismus und Unterrichtsboykott sind Herausforderungen, die Erzieher und aufnehmende Schule bewältigen müssen. Soziale Kompetenzen wie Selbstkontrolle, Rücksichtnahme, Einfühlungsvermögen, Kooperationsbereitschaft und das Akzeptieren und Einhalten von Regeln und Vereinbarungen müssen erst wieder neu erworben und die Freude am Lernen neu entdeckt werden. Hierfür sind heiminterne Eingliederungsgruppen oder schulische Integrationsmaßnahmen der richtige Weg.

Im Antrag der SPD-Fraktion finden sich nach unserer Auffassung diese Belange nicht ausreichend berücksichtigt. Wir unterstützen insofern auch hier den Antrag der Koalitionsfraktionen, diesen Absatz im Antrag der SPD-Fraktion zu streichen und es bei dem bisherigen Erlass zur schulischen Integration von Kindern und Jugendlichen in Erziehungshilfe-Einrichtungen zu belassen.

Zum Schluss möchte ich auf den Bericht der Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche zu sprechen kommen. In dem Bericht finden sich durchaus nützliche und überdenkenswerte Vorschläge und Einzelfallschilderungen. Nach Auswertung der genannten Fälle kommen wir aber zu dem Ergebnis, dass geprüft werden sollte, ob die Einrichtung einer Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche in der jetzigen Form weiter aufrechterhalten werden sollte.

Für uns stellt sich die Frage, ob nicht denjenigen Personen und Institutionen der Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen überlassen bleiben sollte, die an ihnen näher dran und entsprechend pädagogisch geschult sind. Die von Ihnen geschilderten Einzelfälle sind oft sehr kleinteilig - wir hörten das schon -, so geht es etwa um die Länge des Haarschnitts oder um eine verschwundene Spielkonsole. Für derartige Sorgen und Nöte - die aus Sicht eines Kindes oder Jugendlichen durchaus schwer wiegen mögen - bedarf es doch nicht der Intervention einer Beschwerdestelle.

(Beate Raudies [SPD]: Doch! - Denny Bornhöft [FDP]: Haben Sie den Bericht gelesen?)

Wir erachten die Einschaltung einer zusätzlichen Institution für kontraproduktiv und im Extremfall sogar nachteilig für die Erziehung und weitere Entwicklung der Kinder und Jugendlichen.

Der Bericht führt weiter aus, dass das maßgebliche Ziel der Beschwerdestelle sei, die vorhandene Wissens- und Machtasymmetrie zwischen Kindern und Jugendlichen auf der einen Seite und Erwachsenen,

(Claus Schaffer)

Einrichtungen und Behörden auf der anderen Seite auszugleichen. Aus unserer Sicht ist dieser Ansatz falsch, denn es geht hier nicht um Machtverhältnisse.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der weiß, wo der Hammer hängt, nicht?)

Ziel muss es doch sein, dass sich die Kinder und Jugendlichen, die oft aus sehr problematischen, belasteten Verhältnissen kommen, stabilisieren und Vertrauen zu ihren Erziehern oder auch Pflägern aufbauen.

(Martin Habersaat [SPD]: Das hat beim Friesenhof super geklappt! Lesen Sie doch mal nach!)

Deren Autorität sollte durch die Einschaltung der Beschwerdestelle nicht untergraben werden.

Deswegen mache ich Vorschläge: Am besten eignen sich Maßnahmen, die in einigen Einrichtungen und Heimen längst gängige Praxis sind. Selbstverpflichtungserklärung der Mitarbeiter auf Basis eines humanistischen Menschenbilds und Kinderteams, in denen Erzieher, Kinder und Jugendliche gemeinsam erwünschte Verhaltensweisen festlegen und umsetzen, stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl.

Wir halten es für den besseren Ansatz, die Aufgaben und Befugnisse der Jugendämter - auch der Heimaufsicht - zu erweitern, um diese Institutionen zu stärken, damit sich Zustände wie im Friesenhof nicht wiederholen.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Die Heimaufsichten!)

Diese Maßnahmen schützen und stärken Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung. Eine Beschwerdestelle, die zu weit entfernt ist, um die Lebenswirklichkeit der Kinder, Jugendlichen und Erzieher in den Heimen wirklich zu erkennen, gehört nach unserer Auffassung auf den Prüfstand. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD - Zuruf: Haben Sie den PUA-Bericht gelesen? Das sollten Sie einmal tun!)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Egal ob wir uns die Ergebnisse des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Friesenhof, den Runden Tisch Heimerziehung oder den vorliegenden Bericht der Beschwerdestelle anschauen - deutlich wird vor allem eines: Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung haben bis heute keine besonders starke Lobby.

(Zuruf: Genau!)

Längst nicht alle kommen zu ihren Rechten und dem Schutz, der ihnen zusteht. Das zeigt nicht zuletzt der Tätigkeitsbericht der Ombudsfrau. Vor diesem Hintergrund ist es gut und folgerichtig, dass die SPD die zentralen Forderungen aus dem Bericht in einem Antrag zusammengefasst hat und so gesondert zur Diskussion stellt.

(Beifall SSW und SPD)

Ich habe mehrfach betont, dass ich beim Thema Heimerziehung eine besondere Verantwortung der Landespolitik sehe. Wir sind es, die sicherstellen müssen, dass Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen eine kindgerechte Erziehung und den Zugang zu guter Bildung bekommen.

(Beifall SSW)

Es geht um nicht weniger als den effektiven Schutz vor Ausgrenzung, Diskriminierung und jeglicher Form der Gewalt. Es geht um Chancengleichheit. In all diesen Fragen dürfen Kinder und Jugendliche, die in einer stationären Einrichtung der Jugendhilfe aufwachsen, nicht schlechter als andere gestellt werden. Das muss unser Anspruch sein.

(Beifall SSW und SPD)

Zum Glück sind die schockierenden Berichte aus den Friesenhof-Einrichtungen für unsere Heimlandtschaft alles andere als typisch. Doch ist klar, dass wir konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in der Heimerziehung ergreifen und weiterentwickeln müssen. Mit der Einrichtung der Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche haben wir eine wichtige Lehre gezogen. Deshalb ist es gut, dass dazu der erste Bericht vorliegt. Auch ich möchte mich bei der Bürgerbeauftragten El Samadoni und ihrem Team für diesen Bericht herzlich bedanken.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich möchte mich auch beim Kinderschutz für den Einsatz für die untergebrachten Kinder bedanken.

(Flemming Meyer)

Mit einem funktionierenden Beschwerdewesen allein ist es aber nicht getan. Im Gegenteil: Schauen wir uns die vorliegenden Ergebnisse und Empfehlungen an, stellen wir fest, in Wirklichkeit erst am Anfang.

Im Bericht und im Antrag sind weitere wichtige Schritte genannt: Die Forderung nach einem bundesweiten Datenaustausch über Tätigkeitsuntersagungen unterstützen wir voll und ganz. Auch die geforderten verbindlichen Besuche durch die entsendenden Jugendämter sind eine längst überfällige Lehre aus den aufgedeckten Missständen, denn der weit überwiegende Teil der hier untergebrachten Kinder und Jugendlichen stammt nun einmal aus anderen Bundesländern. Diese Situation dürfen wir nicht einfach hinnehmen. Es freut mich deshalb, dass sich fast alle zum Ziel bekennen, Kinder und Jugendliche in Zukunft möglichst wohnortnah unterzubringen.

Leider gibt es bei einem anderen, auch wichtigen Punkt weiterhin keine Einigkeit, und zwar bei der Frage der Beschulung. Laut Bericht der Beschwerdestelle haben aktuell 2.934 entsandte Kinder und Jugendliche einen Anspruch auf den Besuch einer öffentlichen Schule - aber für sie besteht eben keine über das Schulgesetz normierte Schulpflicht. Der viel zitierte Erlass zur schulischen Integration dieser Kinder und Jugendlichen bringt hier keine Verbindlichkeit und Klarheit. Wie viele Heimkinder aus anderen Bundesländern bei uns tatsächlich öffentlich beschult werden, wird zwar beziffert, aber keiner kann mir mit Sicherheit sagen, wie viele von ihnen in sogenannten schulvorbereitenden Maßnahmen geparkt werden - ohne gesellschaftlichen Anschluss und gleiche Chancen auf Schulabschluss und selbstbestimmtes Leben.

Wir haben hier vor ziemlich genau einem Jahr die nötige schulgesetzliche Änderung eingebracht. Statt die Beschulung klar und eindeutig im Sinne der betroffenen Kinder und Jugendlichen zu regeln, wird damals wie heute auf den Erlass und die entsprechende Evaluation verwiesen. Wie auch immer diese ausfallen mag, lässt sich jetzt schon sicher sagen: Es ist ein weiteres Jahr vergangen, in dem zumindest nicht alle Kinder zu ihrem Recht auf gute Bildung und gleiche Chancen gekommen sind. Das finde ich ganz einfach enttäuschend. Hier sollten wir dringend Lösungen im Sinne der Kinder und Jugendlichen finden. Das kann aus meiner Sicht nur Schulpflicht für alle hier lebenden Kinder und Jugendlichen heißen - auch wenn sie nicht aus Schleswig-Holstein kommen. - Jo tak.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering vom SSW.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Vielen Dank, sehr geehrter Herr Landtagspräsident! - Sehr geehrte Damen und Herren! Ich musste noch einmal kurz zum Mikro kommen, auch wenn es schon zehn Minuten nach zwei Uhr nachmittags ist und der ein oder andere vielleicht nach Hause will. Thema ist die Schulpflicht für Heimkinder, die ihren ersten Wohnsitz nicht in Schleswig-Holstein haben, sondern hier von einem anderen Bundesland, getrennt von ihren Familien untergebracht werden, weil es ihnen Zuhause nicht gut geht. Mein Kollege Flemming Meyer hat es gerade wieder gesagt: Wir haben im letzten Jahr einen Änderungsvorschlag zum geltenden Schulrecht eingebracht - nicht aus Jux und Dollerei. Uns als SSW ist es wichtig, dass für alle Kinder, die in Schleswig-Holstein wohnen - nicht nur für die, die hier ihren ersten Wohnsitz haben - Schulpflicht besteht und sie sich nicht darum bemühen müssen, dass sie in der Schule aufgenommen werden.

Die AfD hat erneut in den Vordergrund gestellt, diese Kinder gehörten nicht in die Schule, weil sie nicht in ein Muster hineinpassten. Geht man raus und guckt sich die Wohngruppen an, in denen diese Kinder aufgenommen worden sind, so bekommen sie genau dort endlich professionelle Hilfe, um ein gutes, selbstständiges Leben führen zu können. All diese Vorurteile sind dann vom Tisch, weil sie Hilfe kriegen. Sie stehen morgens auf, sie werden in die Schule gebracht, es wird mit ihnen Hausaufgaben gemacht. All die Probleme, die sie gehabt haben, gibt es dann nicht mehr.

Ich finde es unerträglich, dass man Kindern verwehrt, in die Schule zu gehen. Wenn jemand aus einem anderen Bundesland mit seinen Eltern umzieht, melden die Eltern ihr Kind am nächsten Tag mit dem Zeugnis in der Schule an. Dagegen müssen diese Kinder, die das so nötig haben, darum kämpfen, dass sie in die Schule kommen. Das ist wirklich unterstes Niveau.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Frau El Samadoni, lassen Sie mich zunächst Ihnen und Ihren Mitarbeitern herzlich für die geleistete Arbeit danken. Es war eine wichtige Arbeit in den ersten Jahren als Ombudsperson in der Kinder- und Jugendhilfe. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass sie notwendig ist, dann liefert der vorliegende Bericht genau diesen Beweis.

(Beifall)

Der Bericht - das freut mich ausgesprochen - beschreibt die Zusammenarbeit von Ombudsstelle und Heimaufsicht als vertrauensvoll, konstruktiv, lösungsorientiert und geprägt von einer gegenseitigen Ergänzung der Rollen und Herangehensweisen im Sinne der Kinder und Jugendlichen, und genau um diese unterschiedlichen Rollen geht es. Es wird Sie nicht überraschen, dass das auch meinem Eindruck und dem Eindruck meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Heimaufsicht entspricht.

(Unruhe)

Danke auch für den persönlichen Austausch mit Ihnen, den sowohl mein Staatssekretär als auch ich haben durften. Zum Wohl der Kinder, über die wir hier und heute reden, war das eine richtige Entscheidung.

Die dargestellten konkreten Fallbeispiele ebenso wie die Fallbeispiele aus dem Berichtszeitraum verdeutlichen die Wichtigkeit, aber sie verdeutlichen auch den Erfolg Ihrer Arbeit und belegen, dass die bereits vorhandene Akzeptanz bei der Zielgruppe der jungen Menschen - -

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Minister, warten Sie bitte einen Moment. Auch wenn Sie laut und deutlich sprechen, sind mir andere Menschen hier etwas zu laut. Ich möchte Sie bitten, dass Sie jetzt noch kurz dem Minister zuhören. Das ist wahrscheinlich der letzte Redebeitrag des heutigen Tages. - Vielen Dank.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sie belegen, dass die Akzeptanz bei der Zielgruppe der jungen Menschen vorhanden ist, und zwar in den stationären Jugendhilfeeinrichtungen. Ich sehe die Tatsache auch als Beleg dafür, dass mit der Schaffung der Stelle einer

Ombudsperson infolge des Friesenhof-Skandals eine wichtige Lücke zum Schutz der Kinder und Jugendlichen in der Heimerziehung geschlossen werden konnte.

Wir sehen nach wie vor Reformbedarfe, die zu wesentlichen Teilen auf Bund-Länder-Ebene angegangen werden müssen - -

(Unruhe SPD)

- Störe oder irritiere ich Sie irgendwie?

(Zurufe SPD)

- Frau Pauls, das werde ich als persönliche Missbilligungsbekundung.

(Birte Pauls [SPD]: Nein!)

- Ich werde mir Mühe geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme vor diesem Hintergrund auf den von der SPD-Fraktion eingebrachten Antrag zu sprechen, der zum großen Teil die im Bericht gemachten Aussagen aufgreift.

Erstens. Auch aus Sicht meines Hauses ist der Datenaustausch zwischen den Landesjugendämtern insgesamt deutlich verbesserungswürdig. Dabei stellen sich allerdings - das wissen Sie - eine Reihe von datenschutzrechtlichen Fragen bei der Praktikabilität als klärungsbedürftig dar, die man aber klären können sollte. Diese Fragen werden gegenwärtig von meinen Fachleuten zur vertieften Thematisierung auf Bundesebene im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter vorbereitet.

Zweitens. Mit der im SPD-Antrag angesprochenen Verpflichtung von entsendenden Jugendämtern zu regelmäßigeren und häufigeren Besuchen der Jugendlichen in den jeweiligen Einrichtungen rennen Sie bei uns offene Türen ein. Leider ist das Bundesfamilienministerium bei der dringend erforderlichen Reform des Sozialgesetzbuchs VIII immer noch nicht spürbar vorangekommen.

(Vereinzelter Beifall)

Ich sage das einmal so deutlich, weil das so wichtig wäre. Wir werden uns für diesen Punkt in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe weiter mit Nachdruck einsetzen. Wir brauchen den neuerlichen Reformanlauf, der in der vorangegangenen Legislaturperiode bedauerlicherweise der Diskontinuität anheimgefallen ist. Wir brauchen die SGB-VIII-Reform, gerade Schleswig-Holstein, nach den Erfahrungen und der Bereitschaft der Politik - übrigens auch der

(Minister Dr. Heiner Garg)

vorangegangenen Landesregierung -, Konsequenzen aus dem Friesenhof-Skandal zu ziehen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt auch für das dritte Petikum des vorliegenden Antrags, die Forderung nach einer regelhaften, möglichst wohnortnahen Unterbringung. Hier hat Schleswig-Holstein bereits auf der Ebene der Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesjugend- und Familienbehörden, der AGJF, im vergangenen Herbst einen entsprechenden Antrag eingebracht, weil wir das exakt so sehen - allerdings, das ist kein Geheimnis, ohne auf große Unterstützung zu stoßen. Das mag daran liegen, dass die entsendenden Jugendämter, beispielsweise aus Stadtstaaten, oftmals keine Alternative in ihrer unmittelbaren Nähe haben. Trotzdem bleibt das Anliegen einer wohnortnäheren Unterbringung. Auch das werden wir im Rahmen der laufenden SGB-VIII-Reformprozesse erneut auf die Agenda setzen.

Ich sage es noch einmal: Ich mache keinen Hehl aus meiner Verärgerung und wünsche mir seitens des Bundesfamilienministeriums - ich schätze die Kollegin Giffey und ihre zupackende Art außerordentlich - bei der Sozialgesetzbuch-VIII-Reform mehr Tempo und weniger Erörterungen von internen Organisationsprozessen. Wenn wir alle - da gucke ich noch einmal in Ihre Reihen - unsere Wege zum Bundesfamilienministerium nutzen, gelingt es hoffentlich, den eingeschlagenen Reformprozess zu beschleunigen.

Was die Forderung einer Schulpflicht für Kinder in stationären Einrichtungen in Schleswig-Holstein anknüpfend an den regelmäßigen Aufenthalt und nicht an die Meldeadresse betrifft, beziehe ich mich auf die Position des federführenden Hauses der Kollegin Prien. Das Bildungsministerium erinnert in seiner Stellungnahme an den Erlass „Schulische Integration von Kindern und Jugendlichen in Erziehungshilfeeinrichtungen“ vom Oktober 2017, der - das will ich bei aller Kritik deutlich feststellen - zum allerersten Mal einheitliche Verfahrensvorgaben für das Ziel eines möglichst zügigen Schulbesuchs für in Erziehungshilfeeinrichtungen untergebrachte Kinder und Jugendliche trifft; das wird dort festgeschrieben.

Damit ist klargestellt, dass jedes Kind in schulpflichtigem Alter in Schleswig-Holstein das Recht auf Teilnahme am Schulunterricht hat und es dabei nicht auf die Meldeadresse ankommt. Insofern wird seitens des MBWK derzeit kein Anlass für eine Änderung der Rechtslage gesehen. Ich halte es aber für

richtig, dass dieser Weg evaluiert wird. Wenn er sich als falsch herausstellen sollte, wird er natürlich zu korrigieren sein. - Danke schön.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute und 50 Sekunden überschritten. - Ich sehe nicht, dass Fraktionen von der zusätzlichen Redezeit Gebrauch machen wollen. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu a), Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1236, und Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1257. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen mit folgender Konkretisierung: Der Kollege von Pein hat vorhin in seinem Redebeitrag und danach auch noch einmal dem Präsidium deutlich gemacht, dass die SPD-Fraktion als Punkt 3 ihres Antrags den ersten Absatz aus dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 19/1257, übernimmt. Damit wäre der Ursprungsantrag der SPD-Fraktion um Punkt 3 des Antrags Drucksache 19/1257 ergänzt.

Bevor wir über den Gesamtantrag abstimmen, stimmen wir jetzt erst einmal über den zweiten Absatz aus dem Änderungsantrag der Koalition ab. Wer dem zweiten Absatz aus dem Antrag von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1257, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Dann ist der zweite Absatz aus dem Antrag Drucksache 19/1257 mit den Stimmen der Koalition, der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein gegen die Stimmen von SPD und SSW angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den damit veränderten Antrag der SPD-Fraktion mit der Ursprungsdrucksachenummer 19/1236. Wer diesem in der geänderten Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das war einstimmig. Das ist so beschlossen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 39 - - Jetzt hat sich die Kollegin Strehlau gemeldet.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir müssen noch über die Überweisung des Berichts entscheiden.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Da haben Sie vollkommen recht. Dann warten wir kurz mit Tagesordnungspunkt 39 und schließen den vorhergehenden Tagesordnungspunkt ab. Es geht um den Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheit mit der Drucksachennummer 19/1068. Hier ist beantragt worden, den Antrag zur abschließenden Beratung in den Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem so folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig der Fall.

Wir schließen diesen Tagesordnungspunkt jetzt ab.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 39 auf:

Geldleistung gemäß § 10 in Verbindung mit § 6 Fraktionsgesetz an die fraktionslose Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 19/1216

Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter für den Finanzausschuss, dem Abgeordneten Thomas Rother.

(Beate Raudies [SPD]: Fünf Minuten!)

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor allem liebe Kollegin Raudies, in der Tat ist es so: Aufgrund der Besonderheit dieses Vorgangs ist ein kleiner Bericht erforderlich, denn zuletzt - manche werden sich vielleicht daran erinnern - war nach meiner Kenntnis in der 14. Wahlperiode eine fraktionslose Abgeordnete im Parlament vertreten. Kollege Baasch müsste sich noch an Frau Winking-Nikolay erinnern.

Die Grundlage der Leistung an einzelne Abgeordnete ergibt sich aus unserem Fraktionsgesetz, § 10 in Verbindung mit § 6. Hinzu kommt, dass wir - nachzulesen in Umdruck 19/7 - die Aufteilung der in der 19. Wahlperiode zu veranschlagenden Fraktionsmittel beschlossen haben. Nun ist die Geldleistung an die AfD-Fraktion durch das Ausscheiden der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein folgerichtig um den Betrag für das fünfte Mitglied gekürzt worden. Es ist eine Berechnung vorgenommen worden, um den Betrag für eine Grundsachausstattung zur Erfüllung der Abgeordnetentätigkeit zu ermitteln. Ebenso wurde der Umfang einer vorläufigen monatlichen Geldleistung für die anderen Werte durch den Landtagspräsidenten beziehungsweise durch seine Verwaltung ermittelt.

Die Grundlagen für die Ermittlung beider Beiträge können Sie dem Umdruck 19/1909 entnehmen. Wichtig ist auch der Hinweis, dass eine Schlussabrechnung über die Geldleistungen vorzulegen ist. Nicht verbrauchte Gelder sowie Vermögensgegenstände sind von der Abgeordneten zum Ende der Wahlperiode an das Land zurückzuführen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, die in der Drucksache 19/1216 enthaltene Beschlussempfehlung zu den Leistungen an die fraktionslose Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein zu übernehmen und ihr zuzustimmen. Es bleibt uns nichts übrig - das als persönliches Wort -, als das zu ertragen. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich danke dem Berichterstatter. - Wortmeldungen liegen zu dem Bericht nicht vor. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Mit der Drucksache 19/1216 haben die Mitglieder des Finanzausschusses dem Landtag einen Entschließungsantrag mit der Bitte um Übernahme und Zustimmung vorgelegt. Wer dieser Entschließung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Wahlkreisausschusses

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1231

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 19/1231 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Wahlvorschlag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der AfD-Fraktion und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Abgeordneten des SSW angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Entwicklung einer Netzwerkstrategie Weltkultur- und Weltnaturerbe Schleswig-Holstein

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1103

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsaus-
schusses
Drucksache 19/1187

Ich erteile dem Berichterstatter des Bildungsaus-
schusses, dem Abgeordneten Peer Knöfler, das
Wort. - Er ist scheinbar gerade nicht anwesend.
Gibt es andere Menschen im Bildungsausschuss,
die berichten können? - Frau Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank dafür. - Gibt es Wortmeldungen zum
Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache
ist nicht vorgesehen.

Die Reden zu diesem Punkt geben Sie bitte zu Pro-
tokoll.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache
19/1103 anzunehmen. Wer der Ausschussempfeh-
lung folgen und so beschließen will, den bitte ich
um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stim-
menthaltungen? - Dann ist dies mit den Stimmen
der Koalitionsfraktionen, der AfD-Fraktion, der
Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein bei Stimm-

enthaltung der SPD-Fraktion und der Abgeordneten
des SSW beschlossen.

Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

**Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63
Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-
Holsteinischen Landtags**

Drucksache 19/1248

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die
Sammeldrucksache. Die Voten für die einzelnen Ta-
gesordnungspunkte, für die eine Gesamtabstim-
mung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung
vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vor-
liegenden Drucksache 19/1248. Voraussetzung für
die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder
kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist nicht der
Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Über-
nahme der Empfehlungen entsprechend der Sam-
meldrucksache 19/1248 einverstanden ist, den bitte
ich um das Handzeichen. - Damit hat der Landtag
diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Ich wünsche Ihnen allein ein schönes Wochenende.
Wir sehen uns am 6. März 2019 zur nächsten Land-
tagstagung wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:26 Uhr

Anhang**Reden zu Protokoll****Entwicklung einer Netzwerkstrategie Weltkultur- und Weltnaturerbe Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1103

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 19/1187

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Schleswig-Holstein ist nicht nur das Land zwischen den Meeren, sondern auch das Land der kulturellen Schätze. Unsere Kreise, Gemeinden, Museen, Bibliotheken und Archive beherbergen zahlreiche Objekte und Traditionen mit einzigartigen Geschichten.

Sicher erinnern auch Sie sich noch sehr lebendig daran, als sich im vergangenen Jahr die UNESO in Bahrain dafür entschied, die Wikingerstätten Daneverk und Haithabu in die Weltkulturerbeliste aufzunehmen. Neben der seit 1987 als UNESCO-Weltkulturerbe anerkannten Lübecker Altstadt, dem seit 2009 bestehenden Weltnaturerbe Wattenmeer ergibt sich mit der Anerkennung Haithabus und des Dannewerks ein Dreiklang aus erlebbaren Welterbestätten im Land.

Weltkulturerbe ist ein besonderes Zeugnis, es kann einzigartige Spuren menschlichen Schaffens oder aber außergewöhnliche Meisterwerke aus Kunst, Architektur oder Natur beinhalten.

Neben der Freude über diese Auszeichnungen birgt diese auch eine hohe Verpflichtung, denn es gilt das kulturelle Erbe für künftige Generationen zu bewahren, es zu schützen und der Öffentlichkeit zu präsentieren. Machen wir also etwas aus unserem Schleswig-Holstein-Dreieck der Welterbestätten!

Mit dem vorliegenden Antrag geht es genau um diesen Schritt, es geht um die Prüfung einer Strategie zur Vernetzung unserer aktuellen und zukünftigen Welterbestätten. Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere Welterbestätten als einzigartige authentische Orte auch Ausdruck unserer Identität sind. Es steht uns daher nicht nur als Land Schleswig-Holstein, sondern auch uns als Bürgerinnen und Bürger dieses schönen Bundeslandes gut an, wenn wir selbst dafür eintreten, dass wir beim Besuch einer Welterbestätte im Land auch auf unsere anderen Welterbestätten aufmerksam gemacht werden.

Ein Dreiklang erlebbarer Welterbestätten fordert förmlich zu einer derartigen Vernetzung auf. Wir wissen schließlich, dass jeder, der sich mit dem Wattenmeer, den Wikingern und der Geschichte der Hansestadt Lübeck befasst hat, schon einen wesentlichen Teil über Schleswig-Holstein erfahren kann. Das sollten wir nutzen und ausbauen. Und darüber sollten wir ressortübergreifend befinden, sowohl aus bildungs- und kulturpolitischer Sicht aber auch aus tourismuspolitischer Sicht.

Beziehen wir in die Vernetzung dann noch unser sehenswertes und erlebenswertes Natur- und immaterielles Kulturerbe wie das erst im Dezember berücksichtigte gute Praxisbeispiel des deutsch-dänischen Grenzlandes, die Börteboote, das Biikebrennen oder die niederdeutschen Bühnen mit ihrer Sprachen- und Trachtenvielfalt ein, können sich in Schleswig-Holstein reizvolle Welterberouten entwickeln. Für mich persönlich ist es selbstverständlich, dass bereits vor Ort geschaffene Strukturen in den Prozess einbezogen werden.

Von einer derartigen Vernetzung können viele profitieren: Wir Schleswig-Holsteiner selbst, unsere Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Unterrichts oder bei Klassenausflügen aber auch unsere Gäste und Urlauber.

Das kulturelle Erbe Schleswig-Holsteins ist nicht nur ein Ausdruck von Identität und Authentizität, sondern auch ein Bildungsauftrag und die Aufforderung für eine generationenübergreifende Wissensvermittlung. Denn hier gibt es nicht nur Watt für die Seele, sondern auch Kultur für unsere Identität.

Die zuständigen Fachausschüsse haben über den vorliegenden Antrag beraten und diesem bei Enthaltungen von SPD und SSW zugestimmt.

Im Interesse unserer Kulturlandschaft und unseres Bundeslandes hoffe ich nun insgesamt auf eine breite Zustimmung für unser Anliegen.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident!

„Das Meer ist keine Landschaft, es ist das Erlebnis der Ewigkeit“, hat der Schriftsteller und Nobelpreisträger Thomas Mann einst gesagt - die UNESCO-Route ‚Naturwunder und stolze Städte‘ bestätigt ihn. Naturdenkmäler wie das Wattenmeer und die urwüchsigen Buchenwälder wechseln sich hier ab mit his-

(Martin Habersaat)

torischen Hansestädten wie Bremen, Lübeck, Wismar und Stralsund.“

Das ist nicht von mir. Das steht auf der Webseite der Deutschen Zentrale für Tourismus und beschreibt eine von acht UNESCO-Routen, die es dort zu finden gibt. Die von der Koalition im Antrag niedergeschriebene Idee zur Einrichtung von Welterberouten war offenbar so gut, dass andere sie schon vor Jahren hatten. Teil der DZT ist übrigens die TASH, sodass wir zu diesen Routen sicher auch Kompetenz im eigenen Lande hätten. Bleibt die Strategie zur Vernetzung und weiteren Förderung des kulturellen Erbes. Und wer sollte etwas gegen eine Strategie zur Förderung oder Netzwerke haben, zumal, wenn sie vorsichtshalber zunächst nur geprüft wird?

Die UNESCO hat den Begriff des Kulturerbes in den letzten Jahren sehr ausgeweitet. Viel spannender als die Frage, ob dieses oder jenes Gebäude den Status des Kulturerbes erhält, ist die Liste des immateriellen Kulturerbes. Wenn ich mir diese Liste, nach Bundesländern gegliedert, ansehe, mache ich die deprimierende Entdeckung, dass unser Bundesland hier fast nur bei länderübergreifenden kulturellen Phänomenen vertreten ist, zum Beispiel beim Singen der Deutschen Arbeiterbewegung und natürlich dem Niederdeutschen Theater. Landesspezifisch sind bisher nur das Biikebrennen und die Helgoländer Dampferbörte. Und wir alle fragen uns doch zu Recht, wie wir diese Liste verlängern können. Dazu kann vernetztes Denken wichtige Hinweise liefern.

2013 wurde Kimjang in diese Liste aufgenommen. Darunter versteht man die gemeinschaftliche Herstellung von Kimchi, also die Zubereitung von Chinakohl und Rettich durch Milchsäuregärung, was das wichtigste und bekannteste Gericht in Korea ist. Das Schöne daran ist, dass die staatliche Teilung Koreas dieses gemeinsame kulturelle Erbe nicht beeinträchtigt hat. Bis heute hat praktisch jede koreanische Familie ihr traditionelles Rezept, und Kohl gehört zu den wenigen Grundnahrungsmitteln, die im wahrlich nicht von Überfluss gesegneten Nordkorea noch einigermaßen erhältlich sind. Nun ist der Kohl nicht allein auf die koreanische Halbinsel beschränkt.

Die zahlreichen Nutzpflanzen aus der Gattung Brassica sind quasi weltweit verbreitet, und so liegt es doch nahe, dass das Grünkohllessen, dem wir uns alle in dieser Jahreszeit mit größter Regelmäßigkeit zu unterziehen haben, ebenfalls in die Liste des immateriellen Kulturerbes aufgenommen wird und da-

mit das kulturelle Netzwerk von Nordkorea bis Nordfriesland gespannt wird.

Aber Achtung jetzt! Wer diese Idee bei der Regierung einspeisen möchte und im Internet nach der Adresse sucht, stößt auf folgenden Hinweis:

„In Schleswig-Holstein reichen Sie Ihre elektronische Bewerbung im Kulturministerium unter der folgenden E-Mail-Adresse ein: kulturerbe@jumi.landsh.de“

Da wurde in die Pflege der Webseiten ungefähr so viel Mühe gesteckt wie in diesen Antrag. Der Antrag der Koalitionsfraktionen enthält viel Soße, wenig Fleisch und - sicher zum Leidwesen der Grünen - nicht einmal Gemüse. Er knüpft nicht an bestehende Initiativen im Land, vor allem aber auch nicht an Initiativen an, die durch die dänische Regierung bereits auf den Weg gebracht wurden.

Beim jetzigen Stand der Dinge werden wir uns wie schon im Ausschuss nur enthalten können. Wenn die Landesregierung ein entsprechendes Strategiekonzept vorgelegt hat, wird es hoffentlich substantieller sein als dieses dünne Papier, mit dem sich die Landesregierung wie so häufig durch die Jamaika-Koalition zu etwas auffordern lässt, was sie mutmaßlich schon längst tut. Auf die Debatte um diese künftige Strategie freue ich mich jetzt schon und hoffe, dass dabei etwas Konkretes herauskommt.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Nur die besten der Kultur- und Naturerbestätten dürfen den Titel UNESCO-Erbe tragen. Von diesen Besten haben wir hier im Land gleich drei: Die Lübecker Altstadt, deren Backsteinarchitektur als Vorbild für den mittelalterlichen Städtebau im gesamten Ostseeraum gelten kann, Haithabu und Danewerk, die uns an die frühe Besiedlung durch die Wikingerinnen und Wikinger und deren gewissermaßen internationalen Handel und einzigartigen Reichtum erinnern, und schließlich das Weltnaturerbe Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer, ein einzigartiger Lebensraum und Europas letztes flächendeckendes Wildnisgebiet vor unserer Haustür. Alle drei sind herausragende Zeugnisse einer langen Entwicklung und Geschichte, die überregionale Bedeutung haben. Hinzu kommt als immaterielles Kulturerbe sogar noch das traditionelle Feuerfest, das Biikebrennen an der Westküste und auf den Inseln und Halligen in der Nordsee. Helgolands Bördeboote und das beispielhafte Zusammenleben von Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzgebiet stehen auf der Antragsliste.

(Marlies Fritzen)

Welterbestätten erinnern uns an unsere Wurzeln, an die Menschen, die vor uns lebten, ihre Kultur, auf der unsere aufbaut, und sie erinnern uns an die Empfindlichkeit von Natur gegenüber menschlichen Eingriffen.

Sie sind zugleich besonders schön. Das kann man für die Lübecker Altstadt genauso sagen wie für das Wattenmeer. Beim Danewerk mag sich die Schönheit nicht auf den ersten Blick erschließen, aber in Haithabu kann man sich mit Phantasie und der Hilfe des dortigen Museums in die Zeit der Wikingerinnen und Wikinger hineinversetzen und spürt schon die Aura des besonderen Ortes.

Anita Klahn [FDP]:

Herr Präsident! Unser kulturelles Erbe lässt uns unsere gemeinsame Geschichte entdecken und die Vergangenheit lebendig werden. Aber auch für das Vorausliegende ist dieses Erbe wichtig, da man daraus wertvolle Handlungsmaximen für die Gestaltung unserer Zukunft ableiten kann. Unter anderen aus diesen Gründen verleiht die UNESCO seit 1972 Welterbetitel für schützenswerte Stätten mit herausragender Bedeutung für die Menschheit. Diese sind nicht nur national und für aktuelle Generationen von Bedeutung, sondern begeistern Völker über alle Altersgruppen und Grenzen hinweg.

Daher ist es wichtig, dass wir uns damit beschäftigen, die Verbreitung von Informationen dieser Stätten über Deutschland und das Land Schleswig-Holstein hinaus zur Verfügung zu stellen und dafür zu sorgen, dass so viele Menschen wie möglich in den Genuss von Welterbestätten kommen.

Wer jetzt denkt, dass wir in Deutschland keine großen Errungenschaften vorweisen können, weil einem beim Schlagwort „Welterbe“ unweigerlich nur die Pyramiden in den Sinn kommen, dem seien hierzu ein paar Zahlen geliefert: Deutschland steht mit insgesamt 46 Welterbestätten weltweit auf dem 4. Platz und teilt sich mit Italien sogar den ersten Platz bei den grenzüberschreitenden Auszeichnungen.

Wer jetzt denkt, dass das zwar für Deutschland, aber nicht für Schleswig-Holstein gilt, der irrt erneut: Gerade Schleswig-Holstein kann in diesem Punkt einen gewichtigen Teil zum kulturellen Erbe beitragen. Mit der kürzlich erfolgten Aufnahme der Stätten Haithabu und Danewerk im Juli 2018 können wir mit Stolz behaupten, in Schleswig-Holstein länderübergreifend einen Ort vorweisen zu können, der ein Stück gesamtheitlicher, nordeuropäischer Geschichte repräsentiert. Speziell mit unseren dänischen Freunden teilen wir mit dem deutsch-däni-

schen Grenzland bereits seit 2008 eine gemeinsame Weltnaturerbestätte.

Doch das ist längst nicht alles: Viele weitere Orte haben es auf die Liste der UNESCO geschafft, von denen ich an dieser Stelle zwei weitere exemplarisch herausgreifen möchte: Die Lübecker Altstadt wurde bereits 1987 als Ganzes aufgenommen. Ausschlaggebend waren die markante Stadtsilhouette und die geschlossen erhaltene vorindustrielle Bausubstanz sowie der für die archäologische Erforschung des mittelalterlichen Städtewesens außerordentlich ergiebige Untergrund.

Neben der Hochregion der Alpen ist das Wattenmeer an der Nordseeküste das letzte flächendeckende Wildnisgebiet Europas. Als Rastgebiet für Zugvögel hat es globale Bedeutung. Ausschlaggebend für die Aufnahme in die Welterbeliste 2009 waren außerdem die außergewöhnlich große Artenvielfalt und die ökologische und geomorphologische Bedeutung des Wattenmeers. Der östliche Teil des deutschen Weltnaturerbes fällt in den Bereich des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer. Von der Elbmündung bis zur dänischen Grenze erstreckt sich das Gebiet auf einer Gesamtfläche von 4.367 km².

Diese Auflistung zeigt: Es gibt eine Menge Orte, die in Schleswig-Holstein erlebt werden können. Dies müssen wir fördern. Beispielsweise können wir eine Vernetzung der Stätten untereinander anstrengen, damit Besucher einer Stätte darüber informiert werden, welche weiteren Orte in der Umgebung einen Besuch wert sind.

Diese Vernetzungsstrategie darf nicht an Ländergrenzen halt machen, sondern muss den nordeuropäischen Raum einbeziehen. Damit stärken wir gleichzeitig den interkulturellen Austausch und das Verständnis füreinander und die gemeinsame Geschichte.

Mit der Aufnahme und Anerkennung dieser Vielzahl schleswig-holsteinischer Weltkultur- und Weltnaturerbestätten haben wir auch eine besondere Verpflichtung erhalten, die Geschichte, die diese Stätten erzählen, im Sinne der UNESCO-Idee an unsere Erben weiterzugeben. Unsere Bitte an die Landesregierung ist es daher, ressortübergreifend eine Strategie zu entwickeln, wie man dieses über den schulischen Bildungsbereich und touristischen Angebote gleichermaßen tun kann.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Herr Präsident! Mit dem Beschluss des UNESCO-Welterbe-Komitees, Haithabu und das Danewerk in

(Jette Waldinger-Thiering)

die Welterbeliste aufzunehmen, ist es Schleswig-Holstein und den Akteuren vor Ort gelungen, zwei wichtige Stätten unserer Landesgeschichte zu würdigen. Der SSW hat sich schon 2004 dafür eingesetzt, das Danewerk als Weltkulturerbe anzumelden. Und wir wissen um die Anstrengungen unserer ehemaligen Kulturministerin, Anke Spoorendonk, die sich dafür eingesetzt hat, mehrere Wikingerstätten in Nordeuropa gemeinsam auf die Welterbeliste zu bekommen.

Doch seit dem letzten Jahr ist es endlich soweit, und damit geht ein wichtiges kulturpolitisches Ziel für den SSW in Erfüllung. Für uns sind diese Stätten nicht nur ein Stück Wikingergeschichte, um es einmal platt zu formulieren, sie spielen darüber hinaus eine zentrale Rolle in der deutsch-dänischen Geschichte unseres Landes.

Haithabu als Handelsstätte und Knotenpunkt für Skandinavien und Kontinentaleuropa. Das Danewerk, als größte nordeuropäische archäologische Wallanlage, zwischen Dänemark und dem fränkischen Reich.

Noch bis in das 19. Jahrhundert diente das Danewerk als Verteidigungsbauwerk für die dänischen Streitkräfte. 1945 legte die deutsche Wehrmacht südlich vom Hauptgraben noch einen Panzergraben an. Beiden Stätten sind ein wichtiger Teil unserer Grenzregion und unserer gemeinsamen Geschichte.

Wenn wir heute den vorliegenden Antrag debattieren, dann geht es aus unserer Sicht inhaltlich um mehr als die Frage, wie sich diese Stätten mit den anderen Welterbestätten des Landes vernetzen lassen. Daher halte ich den Antrag insgesamt für zu kurz gesprungen.

Richtig ist, dass wir die Welterbestätten nach innen und außen verkaufen und vermarkten müssen, um sie dem interessierten Publikum zugänglich zu machen, sozusagen als touristische Sehenswürdigkeit des Landes. Denn was nützt ein Welterbe, wenn niemand davon Kenntnis hat? Ob es die Lübecker Altstadt ist, das Wattenmeer oder nun auch Haithabu und das Danewerk, das sind Pfunde, mit denen wir wuchern können und die wir auch touristisch anbieten müssen. Dieses Ziel des Antrages teile ich durchaus. Es ist aber nur ein Prüfauftrag an die Landesregierung, und damit wird das Ziel leider verwässert.

Der Antrag ist eine Aufzählung des kulturellen Erbes des Landes Schleswig-Holstein, wobei es darum geht, zu prüfen, wie die Welterbestätten und das immaterielle Kulturerbe miteinander verschraubt werden können, um daraus eine Welterbe-

Route zu entwickeln. Dieser Ansatz des Antrages wirkt auf mich sehr konstruiert.

Was wir im Antrag vermissen, sind Aspekte der Erhaltungs- und Weiterentwicklungsstrategien. Soll heißen, mit der Auszeichnung als Welterbe folgt für uns als Land verstärkt auch eine Verantwortung für diese Stätten, aber auch für das immaterielle Kulturerbe.

Dank des bestehenden Denkmalschutzgesetzes sind bereits die wichtigsten Regelungen getroffen, wie Welterbestätten zu schützen sind und wie sie weiterentwickelt werden sollen - Stichwort Managementplan. Das ist für mich ein entscheidender Ansatz.

Wir wissen, dass sich die Aktiven vor Ort für ihr jeweiliges Welterbe starkgemacht haben und sich auch weiter für „ihr“ Welterbe einbringen. Es muss daher deutlicher hervorgehoben werden, dass das Land als zuverlässiger Partner an der Seite der Beteiligten vor Ort steht. Daher stünde es dem Antrag gut zu Gesicht, wenn dort eine klare Forderung an die Landesregierung gestellt worden wären, dass sich die Landesregierung mit den Akteuren vor Ort abstimmt, wie das jeweilige Welterbe erhalten und weiterentwickelt werden soll beziehungsweise wie sich gegebenenfalls eine gemeinsame Vernetzungsstrategie der Welterbestätten umsetzen ließe. Dann wäre es eine runde Sache gewesen.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Eintrag in die Welterbeliste der UNESCO, das ist in der Kultur wie ein Weltmeistertitel im Sport. Und wir haben sogar einen Hattrick geschafft: Mit Haithabu und Danewerk haben wir seit dem 30. Juni in Schleswig-Holstein sogar drei Welterbestätten: Erstens die Hansestadt Lübeck, zweitens den Nationalpark Wattenmeer und drittens den archäologischen Grenzkomplex Haithabu und Danewerk mit der Waldemarsmauer. Hinzu kommt unser immaterielles Kulturerbe, das uns eine noch größere kulturelle Vielfalt bietet. Gerade in der nächsten Woche findet ja zum Beispiel das traditionelle Biikebrennen statt.

Sie sehen, überall in Schleswig-Holstein ist Kultur auf Weltklasseniveau vorhanden. Daher ist es auch nicht verkehrt, eine Vernetzung all dieser Orte zu erreichen. Denn unsere Welterbestätten und unser Kulturgut sind vollkommen zu Recht „Publikumsmagneten“. Unser aller Ziel muss es sein, die Welterbestätten den Menschen in Schleswig-Holstein

(Ministerin Karin Prien)

und vor allem auch den Interessierten aus aller Welt zugänglich zu machen.

Für unser neuestes Weltkulturerbe sind wir noch mittendrin: In 14 Tagen werde ich am Danewerk zusammen mit dem SSF, dem Sydslesvigsk Forening, die neuen Autobahnschilder vorstellen, die den Einheimischen, Urlaubern und „Durchreisenden“ den Weg zum Weltkulturerbe weisen. Wir sind gemeinsam mit der Touristik in der Region dabei, das Welterbe für alle Interessierten zu beschreiben, und wir sind dabei, die Außenbeschilderung am Danerwerk zu modernisieren. Für diese Maßnahmen stehen 303.200 € in diesem Jahr zur Verfügung. Auch für die Sanierung der Waldemarsmauer haben wir über IMPULS 500.000 € zur Verfügung gestellt.

Die im Antrag der regierungstragenden Fraktionen gewünschte Vernetzung dieser ganzen Maßnahmen ist aus vielerlei Aspekten wesentlich: Unser kulturelles Erbe ist ein sichtbares Zeichen unserer Geschichte und unserer Identität. Unsere Aufgaben

sind sowohl die Pflege als auch die Vermittlung des Kulturellen Erbes. Das kann nur im Zusammenspiel aller geschehen.

Wir werden uns zur Erarbeitung einer solchen Strategie mit den verschiedenen Ansprechpartnern vor Ort, dem Nationalparkamt, der Hansestadt Lübeck, dem Denkmalamt, dem Archäologischen Landesamt zusammensetzen, um Kooperationsmöglichkeiten zu schaffen. Darüber hinaus sind wir mit dem Umwelt- und dem Wirtschaftsministerium im engen Austausch.

Denn im Welterbestatus liegt nicht nur ein Schutzauftrag für unser Land, sondern daraus ergeben sich auch vielfältige Möglichkeiten für Schleswig-Holstein, für die Zukunft des Landes. Gerade die Verschiedenheit der Welterbestätten und ihre Streuung auf der Landkarte bieten große Chancen, die die Regierungsfaktionen mit ihrem Antrag zur Entwicklung einer Netzwerkstrategie ausloten möchten. Diesen Prüfauftrag nehme ich gerne an. Ich freue mich auf die weitere Beratung. - Vielen Dank.